

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### Sechshunddreißigste öffentliche Sitzung

Nr. 36

Donnerstag, den 27. November 1947

II. Band

	Seite		Seite
Geschäftliches . . . . .	202, 217,	287	
Nachruf auf das verstorbene Mitglied des früheren Bayerischen Landtags Peter Graf, Peißenberg . . . . .	202		
Bemerkungen des Präsidenten über den Empfang des Altkleitrats beim Direktor der Militärregierung, Murray D. van Wagener . . . . .	202		
Bemerkungen des Präsidenten über die Bekämpfung der Wildschweinpilge in Bayern . . . . .	202,	283	
(Beschleunigte Behandlung durch Vorstellung bei der Militärregierung.)			
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 775) — Fortsetzung der Beratung.			
Redner:			
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung]	203		
Scharf (CSU)	203—204		
Maag (SPD)	204—206		
Fischer Wilhelm (SPD)	206—213		
Staatsminister Dr. Baumgartner	213		
Frau Zehner (CSU)	213		
Weinzierl Alois (CSU)	214—215		
Rübler (CSU)	215—217		
Dr. Sinnert (SPD)	217—219		
(Die Sitzung wird unterbrochen.)			
Bekanntgabe eines Schreibens des scheidenden Direktors der Militärregierung — Dankesworte an General Müller . . . . .	219—220		
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 775) — Fortsetzung der Beratung.			
Redner:			
Kraus (CSU)	220—222		
Niedmiller (SPD)	222—223		
Brunberger (CSU)	223—224		
Schmidt Gottlieb (BVP)	224—225		
Kaiser (CSU)	225		
Krempl (CSU)	225—227		
Dr. Schögl (CSU)	227—228		
Staatsminister Dr. Baumgartner	221, 228—233		
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Rühl und Genossen betreffend Ergänzung der Verordnung über die Tierseuchenkasse (Beilage 685).			
Hierzu Ergänzungsantrag der Abgeordneten Niedmiller und Genossen vom 27. November 1947.			
Redner:			
Scharf (CSU) [Berichterstatter]	233—234		
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung]	234		
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten			
1. Stöck und Genossen betreffend Aufhebung der Verordnung des Wirtschaftsministeriums über das			
Fermentieren und Schneiden von Kleinpflanzertabak,			
2. Dr. Zwicknagl und Genossen betreffend Bearbeitung von Kleinpflanzertabak im Lohn (Beilage 686).			
Hierzu Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Gundhammer und Genossen vom 22. Oktober 1947.			
Redner:			
Brunner (SPD) [Berichterstatter]	234		
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Held und Genossen betreffend Bedrohung der Südhornbestände der Oberpfalz durch Fische (Beilagen 511 u. 553).			
Redner:			
Frau Zehner (CSU) [Berichterstatterin]	234		
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Stöck und Genossen betreffend Ausbau des Referats für landwirtschaftliches Maschinenwesen im Landwirtschaftsministerium (Beilage 854).			
Redner:			
Maag (SPD) [Berichterstatter]	235		
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Stöck und Genossen betreffend Abgabe von Lebensmittelfakten an soziale Elemente (Beil. 855).			
Redner:			
Fischer Wilhelm (SPD) [Berichterstatter]	235		
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten			
1. Stöck und Genossen betreffend Regelung für das Beweiden und Streugewinnen in Wäldern und Südländern,			
2. Bezold Otto und Genossen betreffend Einfuhr von Kraftfuttermitteln für die durch die Dürre besonders betroffene Landwirtschaft,			
3. Guth und Genossen betreffend Abgabe von Waldstreu aus Staatsforstbetrieben in Gebieten, die außerordentlich von der Dürre betroffen sind,			
4. Nagengast und Genossen betreffend Behebung der durch die Dürre in Franken aufgetretenen Futternot,			
5. Sühler, Reißlein, Guth und Genossen betreffend Maßnahmen zur Behebung der katastrophalen Notlage der Landwirtschaft (Beilage 856).			
Redner:			
Kraus (CSU) [Berichterstatter]	235		
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Weiglein und Genossen betreffend Entschädigung der Bauern für den durch die angeordnete Schweinebestandsverminderung entstandenen Schaden (Beilage 857).			
Redner:			
Bogl (SPD) [Berichterstatter]	235		

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Antrag der Abgeordneten Stock und Genossen betreffend Einspruch gegen die Erneuerung von Schlange-Schönungen und Frohne zu Direktoren beim Wirtschaftsrat (Beilage 733).  
(Teil des Antrags betreffend Direktor Frohne wurde zurückgestellt.)

Redner:

Gehring (CSU) [Berichtersteller] . . . . .	235—236
Stock (SPD) . . . . .	236
Dr. Hundhammer (CSU) . . . . .	237
Dr. Dehler (FDP) . . . . .	237

Mündliche Berichte des Ausschusses für die Geschäftsordnung zu den Schreiben

- des Abgeordneten Pöschel vom 4. November 1947 betreffend Aufhebung seiner Immunität (Beilage 864),
- des Staatsministeriums der Justiz vom 14. November 1947 betreffend Strafverfolgung des Abgeordneten Meißner (Beilage 865) — Gegenstände wurden zurückgestellt.

Redner:

Dr. Gille (SPD) [Berichtersteller] . . . . .	237
--	-----

Festlegung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung . . . . . 237

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Sitzungssaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 12 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Frau Dehu, Dr. Franke, Freundl, Gräßler, Dr. Huber, Sauer, Seifried, Vidal, Dr. Vogtherr, Dr. Wühlhofer; anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Eder, Hauck, Höllerer, Prechtl, Scherber und Zihler.

Ich habe dem hohen Hause eine traurige Mitteilung zu machen. Ein langjähriges Mitglied des früheren Bayerischen Landtags, das Ihnen wohl auch aus der Vergangenheit bekannt ist und allgemein geschätzt und beliebt war, Herr Peter Graf aus Peißenberg, ist gestorben.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.)

Peter Graf hat durch seine Tüchtigkeit auf verschiedenen Gebieten dem Landtag wertvolle Dienste geleistet. Er war ein aufrichtiger Mensch, von außerordentlicher Verbindlichkeit und ein echter Demokrat. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Sie haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben; ich danke Ihnen.

Ich habe Ihnen noch folgende Mitteilung zu machen. Gestern war das Präsidium des Landtags und der Ältestenrat eingeladen zu einem Empfang bei dem neuen Direktor der Militärregierung, Herrn von Wagoner. Der Ältestenrat war vollzählig vertreten, und wir haben den Eindruck gewonnen, daß der neue Direktor der Militärregierung die freundschaftlichsten Beziehungen zur Vertretung des bayerischen Volkes, zum Bayerischen Landtag, unterhalten will. Er hat insbesondere darauf hingewiesen, daß das Präsidium, der Ältestenrat und überhaupt jeder Abgeordnete jederzeit Gelegenheit hat, seine Sorgen, die Sorgen, die das Land und ihn bewegen, bei ihm vorzubringen. Ich glaube, wir können dafür nur dankbar sein.

(Beifall.)

Weiterhin hat der Direktor der Militärregierung darauf hingewiesen, ihm wäre alles daran gelegen, daß Bayern beim Neuaufbau des deutschen Bundesstaates eine besonders hervorragende Rolle spielt. Ich glaube, wir können nur außerordentlich dankbar sein, wenn die Militärregierung uns nach dieser Richtung hin unterstützt. Ich habe als Präsident des Hauses erklärt, daß wir diese Stellungnahme außerordentlich begrüßen und daß uns alles daran liegt, im Volke den Sinn für das Wesen der Demokratie zu vertiefen, daß diesem Streben aber zwei Hindernisse entgegenstehen: einmal die wirtschaftliche Not, die wir zusammen mit der Militärregierung beheben wollen, und zum zweiten die

Not der Presse. Es ist doch Tatsache, daß die Verbindung zwischen Presse und Parlament schon allein aus räumlichen Gründen nicht in der gewünschten Weise hergestellt werden kann. Wenn ich mir unsere Tagungen in diesen Wochen vergegenwärtige, wo doch einige wesentliche und wichtige, für die Allgemeinheit bedeutungsvolle Dinge besprochen werden, dann muß ich mir sagen: Es ist doch eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit, wenn darüber nur in kurzen Abrissen am nächsten Samstag in der „Süddeutschen Zeitung“ und in den anderen Blättern berichtet werden kann. Angesichts der Notwendigkeit einer geistigen Vertiefung des Zusammenhanges zwischen Volk und Parlament ist das ein unerträglicher Zustand. Es muß unsere erste Aufgabe sein, im Benehmen mit der Militärregierung eine Besserung der Papierzuteilung herbeizuführen, damit die Presse in der Lage ist, die geistigen Grundlagen und Werte der Demokratie dem Volke nahezubringen.

Nun möchte ich Ihnen noch eine Sorge vortragen, wobei ich hoffe, dadurch unsere Debatte etwas abkürzen zu können. Von allen Seiten werde ich bestärkt, wir möchten uns dafür einsetzen, daß die so sehr wichtige Frage der Bekämpfung der Wildschweine in Bayern einer Lösung zugeführt wird. Es entsteht hier tatsächlich eine Gefahr für die Ernährung unseres Landes. Es ist ein ganz unmöglicher Zustand, wenn im fränkischen Gebiet sogar die Säue um den Wildschweinpark abgebrochen werden. Wir haben uns im Landtag schon einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigt, haben aber inzwischen von der Regierung nichts mehr darüber gehört. Es ist unbedingt notwendig, daß hier etwas geschieht; denn die Wildschweinplage breitet sich immer weiter aus. Sie hat jetzt auch auf Gebiete Mittelfrankens übergreifen und zeigt sich auch in Oberbayern, vor allem im Landsberger Gebiet, so daß die Feldbestellung und damit die Volksernährung ernstlich gefährdet ist.

(Stock: Es wäre festzustellen, welcher Beamte die Anweisung gegeben hat, daß das Wildgatter bei Rohrbrunn abgebrochen wurde.)

— Wenn das richtig ist, muß die Regierung den Dingen sofort nachgehen. Ich möchte dem Hause vorschlagen, daß die Regierung im Laufe der Debatte uns Auskunft gibt, wie weit die Verhandlungen mit der Militärregierung gediehen sind. Wenn sie noch zu keinem Abschluß gebracht wurden, wäre ich dafür, daß jene Abgeordneten des hohen Hauses, in deren Wahlkreis die Wildschweinplage eine besondere Rolle spielt, zusammen mit dem Herrn Ministerpräsidenten und dem zuständigen Fachreferenten beim Direktor der Militärregierung vorstellig werden. Die Angelegenheit ist so dringend, daß sie einer halbigen und endgültigen Lösung bedarf. Ich glaube, das Haus ist damit einverstanden, daß wir so verfahren.

Einer Wildschweinplage können wir nicht Herr werden: das sind die zwei einzigen Wildschweine, die herumlaufen. Aber der vierbeinigen können wir uns wahrscheinlich doch erwehren, wenn entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Ich bitte Sie, sich mit aller Tatkraft dafür einzusetzen.

Bevor wir die Debatte weiterführen, möchte ich noch folgendes sagen. Wir werden uns im Ältestenrat vor der Beratung der übrigen Staatshaushalte damit beschäftigen müssen, wie wir unsere Beratungen am zweckmäßigsten einteilen können. Wir wollen und müssen den Etat möglichst rasch zur Verabschiedung bringen; denn der neue Etat steht ja schon vor der Tür. Ich will damit nicht sagen, daß die Erörterung wichtiger Dinge eingeschränkt oder gar unterbunden werden soll, möchte aber doch den Rednern vorschlagen, die sich noch zum Worte melden, soweit sie nicht Hauptredner der einzelnen Fraktionen sind, sich auf eine kurze Behandlung der Gegenstände zu beschränken, die sie oder ihren Wahlkreis besonders interessieren. Denn in der Landwirtschaft spielen örtliche Angelegenheiten immerhin eine wesentliche Rolle. Früher ist das auch so gehandhabt worden. Dadurch wird die Debatte auch lebendiger. Glauben Sie mir, wenn nach den Hauptrednern noch lange Reden gehalten werden, so haben sie im allgemeinen nicht den Nutzen und die Wirkung, die man sich verspricht. Viel zweckmäßiger ist es, wenn man sich darauf beschränkt, neue Gesichtspunkte vorzubringen, statt schon einmal Gesagtes zu wiederholen. Wenn das hohe Haus die Redezeit zu beschränken wünscht, würde ich einen solchen Antrag zur Abstimmung stellen.

**Dr. Stang (CSU):** Ich bin der Anschauung, daß wir eine gewisse Ordnung in die Debatte bringen müssen,

(Stoß: sehr richtig!)

nicht daß der eine über Tierzucht spricht, der andere über Forsten und der dritte über Kartoffeln! Es ist auch im Interesse der Belegung der parlamentarischen Debatte notwendig bzw. nützlich, daß, wenn ein Redner über ein bestimmtes Thema gesprochen hat, sein Nachfolger, der doch jedenfalls einer anderen Partei angehört, dann zu diesen Ausführungen Stellung nimmt. Ich glaube, jeder, der hier etwas zu sagen hat, bereitet sich doch darauf vor oder überdenkt das doch wenigstens in einigen Sätzen. Wenn sich so verschiedene Redner zusammenhängend mit einem Thema beschäftigen, entsteht ein ganz anderes Bild. Es läßt sich das natürlich nicht vom Präsidium aus ordnen, das müßten die Herren unter sich ausmachen, wer zu einem von einem Redner angeschnittenen Thema sprechen soll. Früher war das insofern einfacher, als jeweils über einen bestimmten Abschnitt eines Etats referiert wurde und sich dann gleich die Debatte anschloß. Das läßt sich jetzt nicht mehr so durchführen, weil diese Behaglichkeit der früheren Verhältnisse infolge der Zeitnot nicht mehr gegeben ist. Deshalb sollte das Haus selbst zu einer gewissen Ordnung kommen. Der Präsident hat jederzeit das Recht, die Reihenfolge der gemeldeten Redner zu ändern, wenn das im Interesse der Debatte zweckmäßig ist.

**Präsident:** Der Ältestenrat wird sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Beim Etat des Landwirtschaftsministeriums ergeben sich insofern Schwierigkeiten, als er außerordentlich umfangreich ist und die Dinge oft ineinandergreifen.

Zum Wort hat sich gemeldet der Abgeordnete **Scharf**.

**Scharf (CSU):** Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Der Herr Staatsminister hat in seiner gestrigen Rede die Förderung der Landwirtschaft in ihrer Erzeugung als eine seiner Hauptaufgaben und Ziele herausgestellt, und ich glaube, daß wohl niemand im Hause ist, der ihm auf diesem Wege nicht folgen wollte. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung setzt nicht nur das Vorhandensein der notwendigen Betriebsmittel, der Arbeitskräfte, der Düngemittel, des Saatguts usw. voraus, sondern gleichzeitig auch den ordnungs- und sachgemäßen Einsatz der vorhandenen Betriebsmittel. Hier hat nun die Fachberatung in der Landwirtschaft einzusetzen, die in Bayern schon seit nahezu fünf Jahrzehnten in den Händen des Staates liegt und ausgeübt wird von den staatlichen Fachberatern, den landwirtschaftlichen Räten und Landwirtschaftsstellen. Ich vermag beim besten Willen nicht in dem Vorhandensein dieses Verwaltungszweiges im Staatsministerium für die Landwirtschaft, wie mein Kollege Dr. Schlögl, ein Überbleibsel aus der Nazizeit zu erblicken. Herr Kollege Dr. Schlögl hat gestern mit ganz besonderer Betonung gefordert, daß die Einrichtungen der Fachberatung in Zukunft in die Hände des Bauernverbandes übergeben sollten, weil es nicht den demokratischen Grundätzen entspreche, daß die Fachberatung durch Beamte ausgeübt wird und die Bauern durch Beamte des Staates bevormundet werden. Ich kann es mir nicht versagen, in ganz kurzen Zügen das Wesen der Fachberatung darzulegen. Es ist bestimmt nicht so, daß der Fachberater die Leute, die er beraten will, kommandiert. Die Mittel der Fachberatung sind in erster Linie die Massenberatung und weiter die Einzelberatung des Bauern. In der Massenberatung bringt der Fachberater die aktuellen Aufgaben der landwirtschaftlichen Technik durch Vorträge einer größeren Masse von Bauern nahe, in der Einzelberatung berät er denjenigen, der zu ihm kommt, und nimmt mit ihm Verbindung auf. Damit zeichnet sich ganz deutlich ab, daß das Wesen der Fachberatung in Wirklichkeit auf der breitesten Grundlage eines freiwilligen Vertrauens basiert, das der Bauer dem, der ihm beratend entgegentritt, entgegenbringt. Ich müßte mir tatsächlich keinen deutlicheren Ausdruck der Demokratie als gerade diese Form der Beratung, wo es keinen Zwang gibt, sondern tatsächlich derjenige, der Beratung und Aufklärung sucht, sich freiwillig zu seinem Berater begibt. Es dürfte auch Ihnen nicht unbekannt sein, daß die gewaltigen Fortschritte, die unsere Landwirtschaft im Laufe der letzten Jahrzehnte gemacht hat, nicht zuletzt mit ein Verdienst der Tätigkeit unserer landwirtschaftlichen Fachberatung sind, was auch in weitesten Kreisen unserer Bauern voll-

auf anerkannt wird. Die Wertschätzung, die diese Einrichtung des Staates genießt, ist bestimmt größer, als das in der gestrigen Rede unseres Kollegen Dr. Schlögl zum Ausdruck gekommen ist. Allerdings muß sich die Fachberatung im Interesse eines ersprießlichen Wirkens auf die Zusammenarbeit stützen, einerseits mit den beteiligten staatlichen Stellen, zum anderen mit den Fachvereinen in der Landwirtschaft. Heute ist diese Zusammenarbeit freilich dadurch erschwert, daß die Fachvereine in der Landwirtschaft mit der Errichtung des Reichsnährstands aufgelöst wurden. Unsere segensreichste Fachvereinigung in der Landwirtschaft, die es je gegeben hat, war der landwirtschaftliche Verein, der gleichzeitig auch als amtliches Beratungsvorgan der Staatsregierung diente. Gerade in den Zeiten des landwirtschaftlichen Vereins sehen wir die gewaltigen Fortschritte, die auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung in Bayern errungen wurden. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Fachvereine wieder zu neuem Leben erwecken. Die Grundlagen sind vorhanden. Wenn unser Kollege Dr. Schlögl im vergangenen Jahr einen Anspruch anmeldete auf das Haus, in dem heute das Staatsministerium für die Landwirtschaft untergebracht ist, so dürfte er einem Irrtum verfallen sein; denn dieses Haus war Eigentum des Bayerischen Landwirtschaftsrats, d. h. des landwirtschaftlichen Vereins, dem es seinerzeit von den Nazis geraubt wurde. Wenn daher der landwirtschaftliche Verein in Bayern sich neu konstituiert, ist er zweifellos als Rechtsnachfolger des früheren landwirtschaftlichen Vereins anzuerkennen.

Die Zeit des Fortschritts in der Landwirtschaft fällt, wie ich schon betont habe, unbedingt zusammen mit dem Ausbau des landwirtschaftlichen Beratungswesens. Wir haben da leider Gottes eine Zeit der trübsten Erfahrungen auf diesem Gebiet hinter uns in den vergangenen zwölf Jahren, als der Reichsnährstand die Institute der landwirtschaftlichen Fachberatung an sich zog und der damalige Ministerpräsident Siebert dieses wertvolle Instrument dem Reichsnährstand auslieferte. Gerade wir, die wir in diesem Beruf tätig sind, wissen, wie außerordentlich schädlich es war, daß der Reichsnährstand diese Sache an sich zog und sich als Berufsorganisation der Landwirtschaft ausgab. Deshalb haben wir die größten Bedenken dagegen, daß heute eine andere Organisation als Berufsvertretung die Übernahme des Fachberatungswesens in ihre Hände fordert. Ich glaube, das gesamte bayerische Volk erfüllt hier eine Dankeschuld, wenn es diesen Bestrebungen ein noli me tangere entgegenruft. Der Bauernverband sollte sich auch überlegen, welches die finanziellen Auswirkungen eines solchen Schrittes sind. Sie sehen aus den Haushaltsansätzen, welche Summen für die Fachberatung einschließlich des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens in Frage kommen, und ich möchte es dahingestellt sein lassen, ob die bayerischen Bauern besonders entzückt wären, wenn sie durch eine Umlage für die Kosten der Fachberatung und des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens aufkommen müßten.

Was ich von der Fachberatung gesagt habe, gilt in gleichem Maße für das landwirtschaftliche Fachschulwesen. Man muß hier überhaupt einmal grundsätzlich herausstellen: Die Sicherung der Ernährung ist vornehmste Aufgabe des Staates und nicht irgendeiner berufsständischen Organisation. Deshalb hat auch die gesamte bayerische Bevölkerung, haben auch die bayerischen Verbraucher es als eine Selbstverständlichkeit empfunden, für die Finanzierung dieser Einrichtungen, sowohl der Beratung, wie auch des Schulwesens, aufzukommen.

Einsichtlich des landwirtschaftlichen Schulwesens wäre nur eine Forderung zu stellen, nämlich die auf Beseitigung des Dualismus, der mit der Unterstellung des Fachschulwesens einerseits unter das Kultusministerium und andererseits unter das Landwirtschaftsministerium gegeben ist. Über die Lösung dieser Frage möchte ich mich heute nicht auslassen. Außer jedem Zweifel muß aber sein, daß das landwirtschaftliche Fachschulwesen auch weiterhin in der Hand des Staates bleibt. Was Herr Kollege Dr. Schlögl über die Bildung von sogenannten Schulpflegschaften gesagt hat, geht an dem Kern der Sache vorbei; denn in den landwirtschaftlichen Schulen haben wir keine Kinder mehr, sondern schulentlassene Leute, und das Durchschnittsalter der Besucher unserer landwirtschaftlichen Schulen schwankt zwischen 21 und 24 Jahren. Die brauchen keine Bevormundung mehr. Was hier gefordert wird, wäre gerade das Gegenteil von Demokratie. Wünschenswert wäre

(Scharf [CSU])

nur, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Schulen wesentlich vergrößert wird. Der Herr Minister hat uns gestern bekanntgegeben, daß von den 75 Schulen, die wir in Rest-Bayern haben, bis jetzt nur 65 in Betrieb genommen werden konnten. Als Idealzustand müßte angesehen werden, daß jeder Landkreis seine eigene landwirtschaftliche Fachschule besitzt. Ob unser verarmter Staat in der Lage sein wird, diesem dringenden Bedürfnis Rechnung zu tragen, muß allerdings dahingestellt bleiben. Das schließt aber nach unserer Verfassung nicht aus, daß auch private landwirtschaftliche Fachschulen ins Leben gerufen werden können. Ich möchte nicht versäumen, bei dieser Gelegenheit anerkennend der gegenwärtigen Einrichtung zu gedenken, die Herr Dr. Heim seinerzeit in Gestalt der Bauernschulen gegründet hat. Es bleibt auch dem Bauernverband unbenommen, wenn er gerade überflüssiges Geld hat, solche oder ähnliche Schulen einzurichten. Aber die Aufsicht und die Ordnung der Leitung dieser Schulen muß nach wie vor in den Händen des Staates sein.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß nicht nur die Fachschulen für unsere Bauernjöhne eine sehr wichtige und notwendige Einrichtung sind, sondern ebenso auch die landwirtschaftlichen Hauswirtschaftsschulen, deren Entwicklung gerade in den zwanziger Jahren einen erfreulichen Aufschwung aufweist. Wollen wir uns darüber nicht täuschen, daß gerade der Erfolg auch in der Beratung wesentlich von der Entwicklung dieser Schulen abhängt; denn die entlassenen Schüler der Landwirtschaftsschulen sind ja die Pioniere, auf denen sich eine fruchtbare Arbeit der landwirtschaftlichen Beratung aufbauen kann.

(Dr. Stang: Sehr richtig!)

In gleichem Maße gilt das auch für unsere Jungbäuerinnen, die unsere Hauswirtschaftsschulen besuchen,

(sehr richtig!)

und ich möchte fast sagen, mit noch mehr Erfolg. Wir merken es gerade in den etwas rückständigen Gebieten unseres engeren Heimatlandes. Wenn man die Bäuerinnen für den Fortschritt in der Landwirtschaft zu interessieren versteht, kommt man oft weiter, als wenn man seine ganze Mühe und Kraft auf den Bauern selbst verwendet. Ein altes Sprichwort sagt, daß die Bäuerin mit der Schürze mehr hinausbringen kann als dem Hof, als der Bauer mit dem Fuhrwerk hereinbringt. Deshalb möchte ich gerade an die Staatsregierung die dringende Bitte richten, in Zukunft ihr ganz besonderes Augenmerk der Förderung des landwirtschaftlichen Hauswirtschaftswesens zu schenken.

Damit komme ich zur Personalfrage. Es ist dringend notwendig, daß für den Nachwuchs bei unseren Schul- und Beratungskräften gesorgt wird. Was uns hier aus der Nazizeit noch verblieben ist an soliden Fachkräften, ist verhältnismäßig wenig und zum Teil überaltert. Wir müssen daher mit allem Nachdruck daran gehen, für einen soliden Nachwuchs zu sorgen, und ich habe es deshalb bedauert, daß in diesem Jahr nicht wie früher eine Prüfung für den höheren landwirtschaftlichen Unterricht- und Verwaltungsdienst durchgeführt worden ist. Ich habe mich erkundigt, weshalb das bis heute nicht erfolgt ist, aber es wurde mit einer Ehrfurcht, die man gewöhnlich nur dem lieben Gott entgegenbringt, gesagt: Ja, das Landespersonalamt hat das bis heute noch nicht genehmigt!

(Seiterkeit.)

Dieses Landespersonalamt, ich kann nicht umhin, das zu sagen, scheint ein Institut zur Rücktuna für den Staats-hämorrhoidarius zu sein.

(Zuruf: Von den Amerikanern eingeseht!)

Es wäre wünschenswert, daß hier seitens des Ministeriums etwas Nachdruck darauf gelegt wird, daß endlich solche Prüfungen stattfinden, die uns den nötigen Nachwuchs sichern. Ebenso wichtig halte ich es vor allem, daß für unsere guten Kräfte bei den Wirtschaftsliefererinnen durch Vorrückungsmöglichkeiten gesorgt wird. Sie sind bis heute gewissermaßen das Stiefkind unserer Verwaltung gewesen, und wenn wir irgendwo eine tüchtige Wirtschaftsliefererin haben, die vielleicht auch das Glück einer schönen Larve besitzt, dann bleibt sie nicht lange dort, denn sie wird weggeheiratet, und es sind meist nicht die dümmsten Männer, die ehemalige Hauswirtschaftslehrerinnen heiraten.

(Seiterkeit.)

Wir müssen also dafür sorgen, daß diesen Lehrerinnen auch eine Befoldung und Existenzsicherung gewährt wird, wie sie die Lehrerinnen sogar an den Volksschulen genießen.

(Zuruf: Aber heiraten wollen sie alle!)

— Das können wir ihnen nicht nehmen, aber wir wollen sie möglichst lange dem Beruf erhalten; das können wir nur dann, wenn wir ihnen auch günstige wirtschaftliche Bedingungen bieten können.

Das sind so die Wünsche, die ich dem Herrn Minister unterbreiten möchte. Gleichzeitig möchte ich ihm auch sagen, daß er diese Forderungen, die der Bauernverband stellt, als Minister für Landwirtschaft und als Vertreter des Staates nicht allzu willig aufnehmen möge. Er darf ruhig den Fuß von der Plattform des Bauernverbands auch auf seine Fraktion setzen, und ich glaube, er hat noch eine breitere Grundlage im ganzen Haus; denn die Person unseres Herrn Ministers, die das Vertrauen und das Ansehen der ganzen bayerischen Bevölkerung genießt, ist nicht angewiesen auf die Gunst oder Mißgunst irgendeiner einzelnen Organisation, und deshalb rufe ich ihm Mut zu zu seinem Kampf um die Erhaltung unserer bayerischen Beratung und unseres Schulwesens für den Staat.

(Bravo!)

**I. Vizepräsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Maag.

**Maag (SPD):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Mein Fraktion hat sich den Anregungen gemäß darauf geeinigt, daß mein Kollege Ziesch über den gesamten Etat, meine Wenigkeit über die Erzeugung und der nachfolgende Redner noch über die Verteilung spricht.

Wenn ich zur Erzeugung und vor allem zur Mehrerzeugung etwas sagen darf, so darf ich vielleicht da beginnen, wo unser Herr Minister ungefähr aufgehört hat: bei seinen Darlegungen über die Bodenreform und den Siedlungsgedanken, die uns als Sozialdemokraten weder im Gesetz noch in der Durchführung befriedigen können.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Die 20 Millionen Mark, die im Etat vorgesehen sind, erregen keine Bedenken, weil das wohl genügen dürfte. Andererseits haben wir schon 1946 einen Antrag gestellt, daß die Bodenreform, bevor sie durchgeführt wird, im Landtag beraten werde. Durch das Bonengesetz wurde das überholt. Wir haben uns aber damals schon vorbehalten, bei der Durchführung etwaige Wänderungsanträge zu stellen. Wenn Staatsrat Dr. Nilas gestern meinte, er möchte nicht haben, daß an seinem Grabstein einmal die Kinder und Kindesfinder stehen und über die durchgeführte Bodenreform Klage führen, so, glaube ich, kann er beruhigt sein: Es wird das nicht der Fall sein; denn sein Eifer in der Frage der Bodenreform ist nicht so übermäßig,

(sehr gut! bei der SPD.)

daß er sich hierüber Gedanken machen müßte, ob er nicht gar über das Gesetz hinaus die Bodenreform durchführte. Vielleicht muß er sich aber Gedanken darüber machen, ob nicht von den über 10 000 Antragstellern einmal Kinder dieser Leute an dem Grabstein stehen und sich fragen: Hat die damalige Staatsregierung alles getan, um unseren Eltern den Hunger nach Land und Acker auch wirklich zu befriedigen, den er in so ergreifenden Worten so schön dargestellt hat? Denn es sind nur 283 Großbesitze, die in Frage stehen, auf der anderen Seite stehen Tausende Landhungerige, die darauf warten, daß etwas erfolgt. Nun haben wir schon gesagt, und auch Herr Dr. Sinnert hat darauf hingewiesen, daß man nicht alles mit der Materialnot begründen kann, sondern es muß auch gesagt werden, daß die Anlieger-siedlung und die Garten-siedlung keine Baustoffe benötigen. Hier muß man den guten Willen einsehen, der nach unserer Meinung in den bescheidenen Zahlen, die hier bekanntgegeben wurden, noch nicht ganz zum Ausdruck kommt. Insbesondere muß auch Wert darauf gelegt werden, daß nach der Bodenreform die Besitzungen von landfremden Leuten, die es in Bayern auch noch geben soll, endlich in Bauernhand übergeführt werden, wie es in der Verfassung steht, daß Bauernland in Bauernhand kommen soll.

(Stod: Sehr gut!)

Bei der Flurbereinigung sind 507 Beamte und 525 Angestellte eingesetzt. Ihre Leistungen werden draußen im Lande allgemein sehr skeptisch beurteilt. Der Minister

(Maag [SPD])

selbst hat gestern auf die Wichtigkeit der Flurbereinigung und der Modernisierung des landwirtschaftlichen Maschinenparks hingewiesen. Von ihr hängt die Zukunft der Landwirtschaft ab. Vielleicht ist der Gedanke zu erwägen, ob man nicht wie in Dänemark mit seiner fortschrittlichen Landwirtschaft auch in Bayern zu einer freiwilligen Zusammenlegung kommen kann, und zwar möglichst durch staatliche Auffklärung. Auch die Auffklärungsarbeit des Bauernverbandes wäre hier zweckmäßig einzuschalten, und die zuständige Verwaltungsbehörde könnte freiwillige Zusammenlegungen anerkennen. Gerade die freiwillige Flurbereinigung ist eine wichtige Zukunftsaufgabe; denn eine parzellierte Landwirtschaft kann nicht rentabel wirtschaften.

Mit Recht hat man auf die steigende Bedeutung des Maschinenwesens hingewiesen. Der Landwirtschaftsausschuß hat in seiner letzten Sitzung einen Antrag meiner Fraktion behandelt, der die Veranstaltung von Preisanschreiben und die Festsetzung von Prämien zur Entwicklung geeigneter landwirtschaftlicher Maschinen forderte. Auch der Minister hat dargelegt, daß es uns gelingen müsse, einen Schlepper zum Preis von 900 Mark zu schaffen. Wir teilen diese Auffassung. Wir kennen dieses Projekt seit langem. In diesem Jahr mußte in der unterfränkischen Landwirtschaft als Folge der Dürre Zugvieh abgeschafft werden. Gerade unter solchen Umständen ist die Beschaffung von Maschinen vorrangig. Es trifft übrigens nicht ganz zu, wenn man sagt, daß heute viele Leute einen Schlepper haben wollen, die früher keinen hatten. Das mag da und dort zutreffen, aber immerhin sind die Verhältnisse im einzelnen zu prüfen. Die Grundbesitzverhältnisse mögen sich geändert haben, und vielleicht ist der Bauer oder sein zurückgekehrter Sohn kriegsbeschädigt. Nicht immer wird der Antrag auf Zuteilung eines Schleppers wegen des Geldüberhangs allein gestellt. Es ist zugegeben, daß das manchmal so ist. Aber es gibt auch Fälle, wo die Eigenart des Grundbesitzes oder besondere Verhältnisse den Besitzer zwingen, einen Schlepper einzusetzen.

Was die landwirtschaftlichen Schulen angeht, so haben wir Sozialdemokraten seit jeher gefordert, daß nach Möglichkeit in jedem Kreis eine Landwirtschafts- und eine Hauswirtschaftsschule sein sollte. Auch mein Vorredner hat das mit Recht betont.

Ich bin überzeugt: Die Regierung wird von sich aus zur Förderung der Kleintierzucht, auf die ich später noch zu sprechen kommen werde, alles tun, was möglich ist, um besonders auch die Bäuerinnen aufzuklären. Diese Schulen gehören auf das Land, und es genügt, wenn in den Städten Sprechstunden durch einige städtische Kräfte abgehalten werden. Auf den Landwirtschaftsschulen wäre zweckmäßig ein Schülerrat zu bilden, der in allen wichtigen Angelegenheiten Einfluß nehmen könnte. Die Schüler sind in der Regel alt genug, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Man braucht da nicht an eine Schulpflegschaft zu denken.

Was Unterfranken betrifft, so ist im Sommer ein Antrag der CDU behandelt worden, der wieder aufgenommen werden sollte; unsere Fraktion hat einen Zusatzantrag gestellt, daß möglichst bald ein neuer, rühriger und umständlicher Weinwanderlehrer aufgestellt wird. Ich weiß nicht, was bis jetzt auf den Antrag hin geschehen ist, der damals einstimmig angenommen wurde. Aber was sich gerade auf diesem Gebiet in diesem Jahr ereignet hat, das war ungeheuerlich. Ich brauche nur auf den Apfelmot hinzuweisen. Hier könnte man mit Goethe sprechen: Alle Schuld rächt sich auf Erden. Manche hundert Zentner Apfel hätte man noch in die Städte bringen können, ohne Zweifel, aber man hat 30 Hektoliter Apfelmot gemacht, unsachgemäß eingekellert, und nun stellt man fest, daß Hunderte von Hektolitern schwarz werden, sauer werden müssen, weil sie nicht mit dem nötigen Verstand eingekellert wurden. Hier fehlt es an der Auffklärung. Das Obst ist oft zu frühzeitig von den Bäumen gekommen. Wenn ein Weinwanderlehrer oder ein Landwirtschaftsrat nur einmal einen aufklärenden Artikel in der Tagespresse geschrieben hätte, hätte man das vermeiden können, das unsachgemäß gehandelt wurde. Ich verneine mich überhaupt, daß unsere Presse, die sonst so viel übrig hat für Artikel, die nicht gerade lesenswert sind, nicht für die Landwirtschaft zu gegebener Zeit einige Hinweise

auf besonders vorzunehmende Arbeiten gibt. Das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ kommt zu wenig in die Bauern hinein. Das ist ein Gebiet, auf dem unsere Landwirtschaftsräte aufklärend wirken könnten. Nicht nur Apfelmot, sondern auch Hunderte von Hektolitern von Traubenmost sind durch unsachgemäße Einkellierung kaputt gegangen. Hier fehlt es an der Auffklärung über dieses wertvolle Volksgut, das heuer so gut gewachsen ist.

In Bezug auf Saatgut ist in diesem Jahre das Augenmerk des Ministeriums nicht so sehr auf die Verbesserung gerichtet — dazu ist die Zeit zu kurz —, sondern auf die Bereitstellung von Saatgut. Ich erinnere daran, daß wir nach dem schönen Aktionsplan 120 000 Hektar mehr anbauen sollen, und frage mich nur, ob auch das Saatgut dazu bereitgestellt wird, um diese 394 000 Hektar anzubauen, die auf dem Papier dazu bereitstehen. Gerade in Bayern muß gesorgt werden für sachgemäße Ausführung. Sie wissen, daß unler magerer Boden besonders geeignet ist, bodenkundiges Saatgut zu erzeugen, nicht allein für Bayern, sondern über Bayern hinaus zur Ausfuhr. Ich vertrete überhaupt den Standpunkt, daß nicht alles, was im Dritten Reich gemacht worden ist, falsch war. Es waren auch zum Teil Landwirte und Landwirtschaftsräte dabei beteiligt. Man müßte auf manchem Gebiet ernstlich darüber nachdenken, ob nicht manches, besonders auf dem Gebiet der Erzeugung, nicht auf dem der Organisation, fortgesetzt werden könnte. Es wäre schon zu überlegen, ob man nicht in jedem Kreis ein Beispielgut, in den Gemeinden ein Versuchsfeld einrichtet, das den übrigen Landwirten ein Beispiel gibt, wie man es macht und wie man bessere Erträge erzielt. Das Beispiel muß man den Landwirten praktisch vor Augen führen; es wirkt überzeugend. So schwerfällig unsere Leute sind und so wenig sie auf Vorträge geben, auf das praktische Beispiel geben sie alles.

In der Düngemittelversorgung war es in diesem Jahre besser wie in den Vorjahren. Wir hoffen nur, daß auch die Auslieferung im Jahre 1947, wie im vergangenen Jahr zum Teil, nicht zu spät, sondern rechtzeitig kommt.

Auf die Tierzucht möchte ich noch kurz eingehen und erklären, daß auf dieses Gebiet zu wenig Nachdruck gelegt wird. Wenn wir die Statistik verfolgen, sehen wir, daß je nach der Betriebsgröße bis zu 70 Prozent des Einkommens in der Landwirtschaft aus der Tierzucht stammen, ein Problem also, dem wir die höchste Aufmerksamkeit schenken müssen. Aber hier liegen die Dinge zum Teil sehr im argen. Die Zuchtverbände, ganz gleich wie sie heißen, haben hier Hervorragendes geleistet. Die Staatsregierung hat dazu die Aufgabe, diese Zweckverbände zu überwachen, damit sich dort nicht Einzelinteressen, egoistische Interessen durchsetzen. Die Staatsregierung möge, obwohl wir die Leistungen im großen ganzen als sehr gut anerkennen, doch ein wachsames Auge haben, besonders auch bei der Durchführung des Nährgesetzes.

Damit möchte ich auch das Augenmerk der Staatsregierung noch einmal auf die so mühsam aufgebaute Regiehaltung in Franken lenken, wo wir, darin besteht die Gefahr, nicht auf regelmäßige Futterzuweisungen rechnen können — besonders in Franken spielt das eine große Rolle —, damit sie nicht im Winter oder im Frühjahr zusammenbricht. Es ist eine Aufgabe der Staatsregierung, hier soweit wie möglich zu helfen.

Bei der Tierzucht muß ich noch eine kleine Zwischenbemerkung machen und fragen, ob die Staatsregierung merkt, daß es zum Beispiel gerade in München noch sehr viel Reitpferde gibt, während man auf der Seite der gewerblichen Tierzucht nicht genügend Futterzuweisungen geben kann.

Dann habe ich noch zu erklären, daß wir den Antrag gestellt haben, Landwirten, die mehr als 20 vom Hundert Vieh aufgeben mußten, eine bessere Kunstdüngerversorgung zu geben.

Die Streuerversorgung aus den Forsten ist erwähnt worden. Die Staatsregierung hat die Staatsforsten angewiesen, aber wir wollen wünschen, daß ebenso auf die Privatforsten eingewirkt wird, damit auch sie freigiebig sind.

Noch ein Spezialgebiet von mir: die Kleintierzucht. Auf diesem Gebiet haben wir in den letzten zwei Jahren gerade den Vorprung wieder verloren, den Bayern zum Teil hatte. Leider ist der Kleintierzucht viel zu wenig Augenmerk geschenkt worden. Hier ist es die Aufgabe der Landwirtschaftsschulen, bei den Bäuerinnen dafür zu for-

(Maag [SPD])

gen, daß das besser wird. Im letzten Jahr sind die Rücken- aufzuchtstationen, die in Unterfranken bestehen, wieder ver- lundert, wie man mit Betrübnis sieht, wenn man durch das Land reist. Diese Rücken- aufzucht war sehr bedeutungsvoll und hat lange Jahre gedauert. 500 bis 1000 junge Tiere sind sechs bis acht Wochen herangezogen und an die Bauern ver- teilt worden. Das war ferner auch eine Arbeiter- sparnis für die Bäuerinnen, die sich nicht mit der Aufzucht beschäf- tigen müssen, und zweitens sind um so mehr Leistungstiere an die Landwirtschaft hinausgegangen. Gerade auf diesem Gebiet wird viel gesündigt. Ein schlechtes Huhn, das tief unter dem Durchschnitt bleibt, frißt so viel Körner, daß man drei Monate lang davon Brot bekommen müßte. Es ist falsch, wenn man sagt: Der Bauer weiß schon selbst, was er will. Nein, das weiß er nicht immer. Ein Winter- ei schädigt zehn Sommer- eier, sagt ein fränkisches Sprichwort. Das ist nicht nur längst überholt, sondern ein Huhn kann heute im Winter, im Dezember, Januar, Februar 20 Eier im Monat legen, wo 40 bis 50 Hühner in diesen drei Monaten kein Ei gelegt haben. Besonders muß über die Rücken- aufzucht Aufklärung geschaffen werden. Es muß besondere Auf- merksamkeit darauf verwendet werden, daß man den Bauern gute Tiere zuführt und auch das Futter, das heuer so wenig war, zweckmäßig verwendet wird.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort für die neu- errichtete Landesanstalt Grub- Wallenburg. Sachverständige erklären mir, daß sie glauben, daß diese Tierzuchtanstalt nicht so sehr geeignet ist für die Tierzucht, und es gibt auch in der persönlichen Besetzung dort einige Bedenken. Wir werden vielleicht im Landwirtschaftsausschuß darüber noch zu reden haben.

Wenn ich nun das Gebiet der gesamten Tierzucht ver- lasse, möchte ich noch einige Worte sagen über die Wild- schweinplage und die Füchse. Wenn wir in diesem Jahre verhältnismäßig etwas mehr Ruhe mit den Wild- schweinen hatten, so nur deshalb, weil eine hervorragende Bucheckern- ernte im Frühjahr die Wildschweinplage nicht so gefährlich werden ließ. Was werden soll, wenn dieser Bucheckernvorrat in Wegfall kommt, erscheint trostlos. Das gilt nicht nur für Wildschweine, sondern auch für Füchse und anderes Raubzeug, das bei den Kleintieren erheblichen Schaden anrichtet. Hier, insbesondere beim Raubzeug, können wir nicht nur mit Gewehren rechnen, sondern das Landwirtschaftsministerium wird durch seine Fachreferenten die Herstellung von Fallen usw. stark fördern müssen, um diesem Raubzeug scharf entgegenzutreten zu können.

Abschließend darf ich sagen: Ich weiß, daß die von uns gewünschte Hebung der Erzeugung davon abhängt, daß für den Bauern auch das wirtschaftlich Erforderliche heraus- kommt. Ich als Arbeiter- und Gewerkschaftsvertreter weiß, daß der Preis- und Lohnstopp ein unheiliges Gebilde ist, aber die Landwirtschaft muß bedenken, daß es nicht nur Preisstopp, sondern Preis- und Lohnstopp heißt. Das gilt auch für die breiten Massen der Arbeiterschaft. Wir wollen haben, daß der ordentlich wirtschaftende Bauer auf eigener Scholle seinen gerechten Preis erhält.

Wenn ich noch zur Arbeitsgemeinschaft Bau- ernverband und Gewerkschaften etwas sagen darf, so habe ich beinahe das Gefühl: Es ist hier genau so wie bei der Koalition. Die war in München ganz schön, aber über München hinaus hat man nichts mehr davon bemerkt. Ich glaube, bei der Arbeitsgemeinschaft Bauernverband und Ge- werkschaften ist es ähnlich. Ich habe das Gefühl, daß diese Gemeinschaft zwischen einem Präsidenten und einem General- sekretär besteht, daß aber unten in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden der einzelne wenig davon merkt.

(Sehr richtig! links.)

Bei den Landwirtschaftsschulen könnte ich mir vorstellen, daß hier auch einmal ein Gewerkschaftsvertreter zu einem Vortrag eingeladen wird, zumal wenn er selbst Kleinlandwirt ist und aus bäuerlicher Gegend kommt, damit man auch dort einmal hört, wie es in den Gewerkschaften aussieht und daß dies nicht ein Buch mit sieben Siegeln für viele Menschen bleibt. Dies wäre nach meiner Meinung sehr notwendig; denn es helfen keine Gemeinschaften, die nur zwischen Präsidenten bestehen.

Ich darf zum Schluß kommen. Kriegsnachwirkungen, Familienleid und nicht zuletzt Entnazifizierung haben eine gewisse Lethargie auch in der Landwirtschaft erzeugt. Wir

wissen, daß der Fleiß der Bauern und vor allem auch die Anhänglichkeit und Treue unserer vielen Landarbeiter, die trotz Bekleidungs- mangels und oft schlechter Wohnungen Tag für Tag in Wind und Wetter ihre Pflicht tun, es nicht erreichen können, unsere Landwirtschaft so zu heben und zu fördern, wie es notwendig wäre. Das Landwirtschafts- ministerium aber mit seinem weiterverzeigten Apparat darf nicht nur Güter einer alten Tradition sein, sondern es muß die neuen Ideen, die ihm nahegebracht werden, för- dern und in die breite Landwirtschaft hineinbringen. Es muß dafür sorgen, daß dadurch nicht nur der Verbraucher einen besseren Lebensmittelsatz erhält, sondern daß auch die Land- wirtschaft auf dem harten Weg im Konkurrenz- kampf der Weltagrarkultur bestehen kann.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

Fischer Wilhelm (SPD): Meine Damen und Herren! Von meinem Vorredner ist bereits die Stellungnahme meiner Fraktion zu den landwirtschaftlichen und haus- wirtschaftlichen Schulen vorgetragen worden. Ge- statten Sie mir, daß ich Ihnen aus meinem nächsten Bereich Fürth einige Zahlen verlese, die darüber Aufschluß geben, wie die Mädchenabteilung einer solchen Landwirtschaftsschule zu ihren Kursen einlädt. Es sind zwei Winterkurse ange- setzt und dabei wird unter anderem vorausgesetzt, daß die Mäd- chen vom Lande für den praktischen Unterricht folgendes mit- zubringen haben: ein waschbares Arbeitskleid, zwei Ar- beitschürzen, ein Kopftuch, einen Fuchlappen, zwei Spül- lappen, einen Wollappen, ein Paar leichte Schuhe; leihweise mit vollem Namen gezeichnet ein helles Handtuch, ein dunkles Handtuch und zwei Geschirrtücher farbig; ferner 100 Gramm Kopf- oder Ruchschwanzhaare, feinen Draht, alte Bürsten- rücken oder auch Besen, Maiskränze. Für den Kochunterricht sind mitzubringen — es wird Mittagessen und Nachmittags- kaffee gegeben — einmalig anfangs oder innerhalb des Kur- ses 1½ Zentner Kartoffeln, zwei Liter Sirup, ein halber Zentner Gemüse (Weißkraut, Wirsing, Rosenkohl, Blaukraut, Kohlrabi), 10 Pfund Obst oder Beeren, 3 Pfund Zwiebeln, 20 Pfund Weizenmehl, eine Henne oder ein Hahn oder ein Gans.

(hört, hört! links)

250 Gramm Speck oder 200 Gramm Öl, 10 Pfund gelbe Rüben, 10 Pfund rote Rüben, 10 Pfund Lauch, Sellerie, Petersilie, 5 Pfund Sauerkraut, 2 Pfund Hüheln, 3 Pfund Weizen, 3 Pfund Grieß, ein Glas eingekochtes Obst (1 bis 2 Liter), 7 Pfund Fleisch, davon 3 Pfund in Marken, 125 Gramm Mohn. Monatlich sind mitzubringen Backaromen, ein Back- pulver, Hefe, ein Vanillezucker, 250 Gramm Zucker, 500 Gramm Quark nach Möglichkeit. Wöchentlich sind mitzubringen 1½ Liter Milch, 3 Eier, 125 Gramm Butter — das bekommt die Milchleistungsgruppe 3 im Monat! —, 70 Gramm Schweine- fett, 3 Pfund Brot, 250 Gramm Brotmehl. Und dann kommt noch ein Haufen Sachen zum Flick- und Stopfen, Wäsche und Strümpfe, Stoff und Material für Haus- schuhe, Stoff für Bettwäsche (Kopfkissen), Stücgarn, Stoff für Schürze, neu oder zum Ändern, Stoff für Bluse, Stoff für Kleid, Kleider zum Flick- und Stoff für Leibwäsche.

(hört, hört!)

Ich bin überzeugt, daß da unsere Bauern wahrhaftig kom- pensieren müssen, wenn sie ihre Töchter in diese Schule schicken wollen. Ich möchte allerdings gleich weiter fragen, für welch paradiesisches Zeitalter diese Mädchen geschult werden sollen.

(Zuruf von der CDU: Von wann ist dieses Schreiben?)

Es ist vom 5. August 1947.

(Zuruf von der SPD: Welche Schule ist das?)

Die Landwirtschaftsschule Fürth, Mädchenabteilung.

(Zuruf von der SPD: Wann ist das gedruckt worden?)

Am 5. August 1947, also nicht etwa 1933 oder sonst irgend- wann in Friedenszeiten.

Eigentlich gehört dies nicht zu meiner Aufgabe, das Schreiben ist mir nur auf den Tisch geflattert. Ich habe viel- mehr zum Etat bzw. zum Bericht des Herrn Ministers vom Standpunkt der Verbraucher aus Stellung zu nehmen; denn ich habe das Gefühl, daß die 7 Millionen Verbraucher in Bayern sowohl im Bericht als auch in der bisherigen Aussprache zu kurz gekommen sind wie bei den Fett- und Fleischrationen. Wir sind auch vom Standpunkt der Ver-

(Fischer Wilhelm [SPD])

braucher aus davon überzeugt, daß das Ernährungssystem sich gewissermaßen zu einem Krisenzustand entwickelt hat, weil von vornherein die Ernährungsdecke für unser Volk zu kurz ist. Wir sind aber gerade deshalb der Auffassung, daß das Vorhandene einer gerechten Verteilung — und das heißt auch eine gerechte Erfassung voraus — zugeführt werden muß und daß sowohl bei der Verteilung wie auch bei der Erfassung die strengste Kontrolle eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Die Normalverbraucher bekommen auf dem Papier heute 1550 Kalorien. Wer, wie ich, als Leiter eines Ernährungsamtes B, damit zu tun hat, weiß, daß wir in den Städten kaum über 1400 Kalorien hinauskommen. Man fragt sich nun, ist es ein biologisches Wunder oder eine Lüge, wenn behauptet wird, daß Tausende von Menschen in den Städten tatsächlich nur auf ihre Lebensmittelkarten zu leben gezwungen sind? Auf meinen vielen Dienstreisen sowohl für den Landtag als für mein Amt wird mir sehr oft gesagt: Sie leben bestimmt auch nicht von Ihren Marken. Es hat eine gewisse Psychose eingekehrt, die davon ausgeht, daß in Bayern und Deutschland niemand mehr vorhanden sei, der nicht irgendwelche Zuschüsse bekommt. Man vergißt aber dabei, daß ein großer Kreis der Flüchtlinge, der Alten und Kranken, und daß auch ein großer Kreis der Berufstätigen, zum Teil aus Zeitmangel, zum Teil aus Warenmangel, sich nicht auf das Land begeben kann, um dort irgendwelche Tausch- oder Kompensationsgeschäfte durchzuführen. Die Franzosen werben z. B. jetzt um deutsche Arbeiter. Diese französischen Arztkommissionen haben festgestellt, daß unter den Bewerbern sich ganze 20 Prozent voll arbeitsfähiger Menschen befinden.

(Hört, hört!)

So ist nach meinen Erfahrungen die Entwicklung auch in den Städten.

Man braucht nur einmal zu beobachten, wie sprunghaft von Monat zu Monat bei einem Ernährungsamt die Krankenzuweisungen in die Höhe gehen. Wir haben in München erlebt, wie bei dieser dramatischen Festsetzung — ich sage bewußt dramatische Festsetzung — der 50 Grammfettration die Eisenbahner in den verschiedenen Werkstätten bereits zum Streik übergegangen sind. Man braucht nicht unbedingt ein Freund solcher Kampfmittel zu sein, man muß aber diese Dinge sehen, um zu wissen, wie die Entwicklung sich immer mehr und mehr zu einem bedrohlichen Zustand nicht nur für den Staat schlechthin, sondern für die Demokratie überhaupt gestaltet.

(Zuruf von der SPD: Das sind Symptome.)

— Ja, das sind Symptome unserer Zeit, die leider sehr häufig übersehen werden.

Wir haben vor einiger Zeit einen Bericht in der Presse gelesen, der die Verwirrungen und Verwirrungen von Lebensmitteln aufzeigt. Es handelt sich um einen Halbjahresbericht der Landesprüfstelle des Ernährungs- und Landwirtschaftsministeriums für das erste Halbjahr 1947. Demnach waren veruntreut, verschoben oder durch Mißwirtschaft verschwunden 650 000 kg Fleisch, 186 000 kg Nährmittel, 875 000 kg Hülsenfrüchte, 242 000 kg Zucker, 132 000 kg Fett, 232 000 kg Butter, 500 000 kg Kartoffeln, etwa 1 Million Stück Eier, eine entsprechende Menge an Bohnenkaffee, Tee, Süßstoff usw. Es hat sich jemand die Mühe gemacht, diese Mengen nach den derzeit geltenden Kalorienätzen umzurechnen. Er kommt dabei zu dem phantastischen Ergebnis von 7 747 000 000 Kalorien. Übertragen auf unsere 1500 Kalorien pro Tag, ergibt dies eine Versorgung für eine Zuteilungsperiode von vier Wochen für eine Stadt von 184 450 Normalverbrauchern.

(Hört, hört!)

Ich denke aber auch daran, daß insbesondere beim Fett in kurzen Zeitabschnitten immer wieder Skandale bekannt werden wie beispielsweise bei der Milchzentrale in Coburg mit 36 Zentnern Fett, bei der Molkerei Dachau mit 26 1/2 Zentnern Fett und im Frühjahr bei der Keßfabrik Landshut mit 30 Zentnern Fett.

(Rübler: Das hat nicht gestimmt.)

— Es ist aber in der Öffentlichkeit bekanntgemacht worden. Wenn Herr Kollege Rübler meint, es hat nicht gestimmt, dann erlaube ich mir die Anfrage, ob es deshalb nicht stimmt,

weil angeblich ein Kompensationsgeschäft zugrunde liegt. Es wird sogar behauptet, daß dieses Kompensationsgeschäft mit Zement vom Ernährungsministerium die Genehmigung erhalten haben soll. Es wäre deshalb immerhin interessant, darüber Näheres zu hören; denn es spricht sich bei weiten Bevölkerungskreisen immer mehr herum, daß die Versorgung durch den Schwarzmarkt allmählich besser wird als die auf dem offiziellen Wege.

(Sehr gut! links.)

Ich bin der Meinung, es genügt nicht, daß in Großkundgebungen darauf aufmerksam gemacht wird, daß man endlich einmal mit strengsten Strafen vorgehen werde; denn auf diese strengsten Strafen warten die Verbraucher schon mindestens zwei Jahre.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Es wird Zeit, daß Exempel statuiert werden. Mit Deklamationen ist uns in dieser Beziehung wenig geholfen.

Der Herr Staatsminister hat gestern von seiner Unpopularität gesprochen. Er möge seinem Herrgott danken, daß er nicht Leiter eines örtlichen Ernährungsamtes ist und unmittelbar mit den Verbrauchern in Verbindung stehen muß. Jeder, der heute öffentlich mit der Bewirtschaftung zu tun hat und eine weiße Weste behält, glaubt oft, die Klagen der Verbraucher nicht mehr ertragen zu können. Auch wir als die Exekutivorgane des Ministeriums sind nach dieser Seite den härtesten Belastungsproben ausgesetzt.

Bei den verschiedensten Besprechungen haben wir eine Reihe von Problemen zu klären gesucht, und ich möchte auch heute nochmals versuchen, sie zu streifen, weil sie nicht nur Probleme meines Amtes, sondern der Allgemeinheit sind. Wir haben mit Hilfe des Arbeitsministeriums und der Arbeitsämter den Versuch unternommen, eine Kontrolle der Nichtarbeitenden, der Berufssaulenzen durchzuführen, und zwar durch die sogenannten Arbeitsregisterkarten. Ich glaube, selten war ein Meißel so groß als der mit der Einführung der Arbeitsregisterkarte. Daß sich die Herren Nazis von vornherein gegenseitig die Stempel auf die Karte gedrückt haben, schien selbstverständlich zu sein.

(Zuruf links: Und die Arztele)

Darüber hinaus haben aber eine Reihe von Gewerbetreibenden — und das muß offen gesagt werden — aus Gefälligkeit sehr häufig den Stempel auf die Arbeitsregisterkarte gedrückt. Man braucht sich nur vorzustellen, daß nach Presseberichten in München etwa 40 000 Schwarzmieter wohnen sollen. Ich glaube, Sie sind mit mir der Ansicht, daß diese 40 000 Schwarzmieter auch 40 000 Schwarzhändler oder Faulenzer sind, die keinem ordentlichen Beruf oder Geschäft nachgehen. Man muß versuchen, sie zu erfassen. Ich weiß, man wird sie nie hundertprozentig erfassen können; wenn aber die eine Methode verlagert, muß man nach anderen und neuen Methoden suchen. Aber hier heißt es, das geht das Ernährungsministerium nichts an, weil es Sache des Arbeitsministeriums ist. Ich glaube, wir haben nur eine bayerische Regierung, und hier haben die zuständigen Ministerien so zusammenzuarbeiten, daß wirklich wirksame Methoden gefunden werden können. Ich kann mir vorstellen, daß in Verbindung mit den Arbeitsämtern auch die Ernährungsämter den Auftrag bekommen können, Betriebsprüfungen durchzuführen.

(Stod: Krankenkassenprüfungen!)

— Krankenkassenprüfungen? Ich habe hier praktische Erfahrungen. Wer ein Paket Zigaretten um 120 Mark verkauft, bezahlt gerne für seinen Stempel 5 oder 6 Mark Krankenkassenbeitrag. Das hilft nichts. Aber Betriebsprüfungen, um die Lohnbuchhaltungen nachzuprüfen, dürften besonders brauchbare Möglichkeiten bieten. Ich glaube, wir kommen auch nicht darum herum, hier über die Gewerkschaften die Betriebsräte mit einzuschalten, weil die arbeitenden Menschen das größte Interesse daran haben, daß hier endlich einmal reiner Tisch geschaffen wird.

Wir haben aber noch ein Problem, das stets und ständig durch die Presse geistert, und das ist das System des Zulagewesens. Wir haben beispielsweise noch im vorigen Monat mit etwa 7 Prozent der Bevölkerung in meiner Heimatstadt einen relativ günstigen Prozentsatz gehabt. Regensburg und andere Städte haben schon vor Monaten 10 und mehr Prozent gehabt. Auch bei uns steigen nun die Zahlen sprunghaft an. Es ist gewiß zum Teil ein Zeichen der

(Fischer Wilhelm [SPD])

kolossalen Verlesung unseres Volkes. Wer aber praktisch mit diesen Fragen zu tun hat, sieht und weiß, daß es im Krankenzulagewesen heute bereits eine Art von Rentenbeziehern gibt, die seit Jahr und Tag mit Hilfe ihres Privatärztes in den Genuß horrender Zulagen kommen.

(Hört, hört!)

Ich weiß, daß in diesem Saale eine Reihe von Männern sitzen, die kein Frühstück dabei haben, und möchte es mir deshalb versagen, die einzelnen Sätze für die Krankenzulagen hier zur Verlesung zu bringen. Es würden manchem, der sie noch nicht kennt, die Haare zu Berge stehen. Ich habe, ohne daß ich weiß, ob ich dafür zuständig bin, mit Ärztekammern und staatlichen Gesundheitsämtern verhandelt und habe mich mit Fachleuten unterhalten, um festzustellen, welche Möglichkeiten wir überhaupt haben, um dieser Gefahr zu Leibe zu rücken; denn man behauptet, daß durch das Zulagewesen insgesamt allein mehr als 30 Prozent unserer Gesamtrationen in Anspruch genommen werden. Hier muß zugunsten der Normalverbraucher etwas getan werden; denn jede Erhöhung der Zulagen geht faktisch aus dem schmalen Topf der Normalverbraucher.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Der Kranke soll selbstverständlich seine Krankenzulagen bekommen. Die Ärztekammer erklärte mir inoffiziell: Wir geben das alles zu, aber, mein lieber Herr Fischer, so einfach sind die Dinge nicht. Wenn nämlich der eine Arzt den Patienten abweist, schreibt bestimmt der nächste Arzt das Attest.

(Hört, hört!)

Es ist genau so wie mit den Arbeitskarten und den Bescheinigungen für die Spruchkammern. Der nächste Weg war zum staatlichen Gesundheitsamt. Die Männer auf den Gesundheitsämtern — das muß ich zugeben — sind heute mit Arbeiten überlastet. Der leitende Arzt sagte mir: Ihre Gedanken sind richtig, aber in der Praxis nicht durchführbar. Ich dachte nämlich an periodische Nachuntersuchungen bestimmter Gruppen. Die staatlichen Gesundheitsämter sind bei dem heutigen Durchschnittsfrankenstand nicht in der Lage, größere Nachuntersuchungen vorzunehmen, sie sind aber auch technisch nicht in der Lage, die verschiedenartigen Spezialkrankheiten zu untersuchen. Um einigermaßen der Gefahr einer Überschwemmung mit Krankenzulagen Herr zu werden, war ich gezwungen, ohne dazu eigentlich berechtigt zu sein, einmal durch eigene Angestellte die gesamte Kartei durchprüfen zu lassen. Ich wollte damit die Familienbände kennen lernen, die hier vorliegen, und feststellen, wo ganze Familien für jeden einzelnen Kopf die Krankenzulage beziehen.

(Hört, hört!)

Nach meinen Erfahrungen darf ich sagen, es gibt auch im Krankenzulagewesen sogenannte verschämte Arme, die nicht zum Arzt zu gehen und Antrag auf Krankenzulagen zu stellen wagen. Auch das könnte ich im einzelnen bemerken. Auffallend ist nach meinen bisherigen Feststellungen die soziale Stellung dieser Zulagenpensionisten, wenn ich sie so nennen darf.

Ich sage — und ich weiß, daß es ein kritisches Problem ist —, daß auch auf dem Gebiet der gewerblichen Zulagen, der Teilschwer-, Schwer- und Schwerstarbeiterkarten leider nichts Entscheidendes geschehen ist, um dieses Problem vernünftig zu lösen. Man hat im Gegenteil im heurigen Jahre die Zulagen noch ausgemeitet, angeblich um die wachsende Unzufriedenheit unter der arbeitenden Bevölkerung einzudämmen. In Wirklichkeit hat man sie vergrößert und den Betriebsrat zu dem Mann degradiert, der den Kampf um die Eingruppierung des einzelnen Arbeiters durchzuführen hat. Es ist ein absolut ungesunder Zustand, wenn man hier allein vier Gruppen von arbeitenden Menschen einführt, nämlich Arbeiter, Teilschwerarbeiter, Schwerarbeiter und Schwerstarbeiter. An die geistigen Berufe hat man überhaupt nicht gedacht.

(Sehr richtig!)

Ich behaupte, daß die einfachste Tippmamsell — man entschuldige den Ausdruck; er ist nicht böse gemeint — neben ihrer körperlichen Arbeit noch geistige Arbeit zu leisten hat.

Dies ließe sich auf viele Berufe übertragen und ich behaupte noch dazu, daß die Schwielen im Kopf mindestens so schmerzhaft können wie die Schwielen in der Hand.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Aber hier hat man bisher überhaupt nichts getan und nur hat man die günstige Gelegenheit, sich auf den bizonalen Wirtschaftsrat berufen zu können. Ich bringe meine Klage aber trotzdem vor, weil ich unsere Regierung für verpflichtet halte, daß sie dann eben in Frankfurt entsprechend auf den Tisch schlägt. Innerhalb der Betriebe gibt es ungeheure Spannungen; denn das Berufsgruppenverzeichnis, das seitens des Arbeitsministeriums, der Landesaufsichtsbehörde, festgelegt worden ist, läßt, weil es eben nur tote Buchstaben sind, die verschiedenartigsten Auslegungen zu und der Kampf um die Eingruppierung spielt sich in den Betrieben selbst ab.

Die Gewerbeaufsichtsämter — ich unterstreiche Aufsichtsämter — sind ebenfalls nicht mehr in der Lage, etwas Entscheidendes dagegen zu tun, weil ihnen dieses Zulagewesen fast über den Kopf gewachsen ist. Wochenlang müssen zunächst die Antragsteller auf die Entscheidung warten. Das Gewerbeaufsichtsamt ist nicht in der Lage, eine wirtschaftliche Überprüfung im Betriebe selbst vorzunehmen, sondern es entscheidet nur nach seinen praktischen Erfahrungen oder vielleicht nach Gutdünken und schießt uns dann die genehmigten Anträge zu. Nach den bestehenden Vorschriften ist das Ernährungsamt lediglich dazu da, die vom Gewerbeaufsichtsamt genehmigten Zulagen zur Ausgabe zu bringen. Ich habe mir trotzdem erlaubt, meine Leute von der Ausgabestelle für gewerbliche Zulagen zu verpflichten, vormittags die Ausgabe vorzunehmen und nachmittags Betriebsprüfungen durchzuführen. Die bisherigen Ergebnisse sind verheerend. Es ergab sich, daß nicht nur der Kartenvorwahrer selbst auf Abrechnungen, Rücklieferungen usw. nicht den entscheidenden Wert legt, sondern daß auch ein Teil der Unternehmer diese Zulagen verwirtschaftet. Ich habe eine Rundfunkfirma festgestellt, die 100 Karten in einem Monat, allerdings zugunsten der Angestellten, einfach in die Werkkuche mit hineingeschüttet hat. Ich werde dafür sorgen, daß diese Firma einer entsprechenden Bestrafung zugeführt wird. Im letzten Landwirtschaftsausschuß ist davon berichtet worden, daß in Augsburg eine Firma festgestellt wurde, die überhaupt nicht existiert, aber 1400 Zulagekarten verwirtschaftet hat.

Das sind nur Teilergebnisse unserer mühevollen Arbeit und ich bin überzeugt, daß bei einer durchgreifenden Prüfung für den Normalverbraucher wirklich noch so manches gerettet werden könnte. Insbesondere aber bitte ich das Ministerium, zu berücksichtigen, daß gerade beim Zulagewesen auch den Ernährungsamtsleitungen eine größere Entscheidungsbesugnis zuerkannt werden muß. In Frankfurt hat man sich mit dieser Neuordnung beschäftigt und ist zu der genialen Lösung gekommen, wiederum vier Gruppen, zu diesen vier Gruppen aber noch zusätzlich eine sogenannte Berufskarte zu schaffen. Die Einzelheiten kennt man leider zu wenig.

(Zuruf von der SPD: Ruhpoldding!)

— Nicht nur Ruhpoldding! Ich habe gehört, daß es Herrn Dr. Schlange-Schöningen in Bayern auch sehr gut gefällt. Diese neue Berufskarte dürfte ein ähnlicher Reifall werden wie die Arbeitsregistratorkarte. Ich möchte deshalb das Ministerium oder den zuständigen Sachbearbeiter bitten, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Clou dieser Dinge ist aber, daß diese Neuordnung des Zulagewesens nach den neuesten Mitteilungen voraussichtlich bis zur 110. Periode noch nicht durchgeführt werden kann. Wir haben jetzt die 108. Periode. Man hätte zwei Monate Zeit, man tut aber nichts dergleichen, um derartige Dinge zu beschleunigen. Sie dürfen mir glauben: Dieses langsame Mahlen unserer Mühlen bringt die Menschen allmählich zur Verzweiflung. Ich sage Ihnen, das ist auch ein Problem, ob wir die Menschen für die Demokratie gewinnen können oder sie vom demokratischen Gedanken abstoßen.

Ich habe nun ein anderes Problem auch vom Standpunkt der Verbraucher aus zu behandeln und das greift nun bereits in die Arbeit der sogenannten Wirtschaftsverbände über, die gestern von Herrn Kollegen Dr. Schlögl ebenfalls sehr gut gekennzeichnet worden sind. Wer von uns weiß noch etwas von Bienenhonig? Ich glaube, die Ermäßigungen

**(Fischer Wilhelm [SPD])**

würden gerne zugunsten ihrer Kinder darauf verzichten. Die „Nürnberger Nachrichten“ haben Ende August einen Bericht über eine Tagung des Eierwirtschaftsverbandes, der für die Bienenhonigerfassung zuständig ist, gebracht. Aus diesem Tagungsbericht ergibt sich folgendes:

(Zuruf: Daß die Bienen streifen!)

Vom 1. April 1946 bis zum Juni 1947 sind für die Bienenvölker in Bayern 3 Millionen kg Aufzuchtzucker ausgegeben worden. Das Ergebnis hiervon sollen gewesen sein 258 000 kg Honig. Aus dem Jahre 1946 lag ein Bestand von 80 000 kg Honig vor, so daß also zusammen ein Bestand von 338 000 kg Honig vorhanden war. Davon sind zur Verteilung gekommen für Krankenhäuser, Lungenheilstätten, Opfer des Faschismus 104 600 kg, für Säuglinge und Kleinkinder sage und schreibe 7000 kg, für Schulspeisungen sind vorgesehen 180 000 kg. Ich habe bis heute nicht gehört, daß bisher bei den Schulspeisungen überhaupt Honig verwendet worden ist. Auf dieser Tagung ist aber auch zum Ausdruck gekommen, daß in Niederbayern viele Zentner Honig unabgeholt liegen sollen, daß in Schaffenburg und Augsburg Honig wegen Nichtabholung verdorben sei und daß beispielsweise in Rohgrab 66 Zentner Honig auf Abholung warten.

Nun stellte sich aber während dieser Tagung, bei der der Dienststellenleiter des Eierwirtschaftsverbandes, Dr. Ulrich, anwesend war, heraus, daß diese 258 000 kg erfaßter Honig überhaupt nicht stimmen. Denn dabei wären nur die amtlich gezählten Völker gerechnet worden, nämlich 336 000 Völker, während in Bayern 463 000 Völker vorhanden sind. Nach den Prüfungen des Verbandes ergibt sich für diese 463 000 Völker ein Honigertrag von rund 500 000 kg. Man fragt sich also: Wo sind diese 240 000 kg, also nahezu 50 Prozent des Honigertrags, geblieben? Sind sie auch kompensiert worden, wie das Fremdwort für Schleichhandel in Deutschland heute heißt? Ich bin der Meinung, daß auch dieses Beispiel für den Wunsch des Kollegen Dr. Schögl spricht, daß man diese nationalsozialistischen Wirtschaftsverbände so rasch wie möglich auflöst und eine direkte Kontrollmöglichkeit durch das Ministerium schafft.

Ich könnte Ihnen ähnliche Zahlen des gleichen Verbandes über die Geflügelbewirtschaftung bringen. Aber ich möchte auch anderen Kollegen die Gelegenheit geben, noch zum Etat zu sprechen.

Die Frage der Fischversorgung ist für den Normalverbraucher heute ein sehr wesentliches Problem, weil der Fisch bekanntlich eine wesentliche Ergänzung der Mahlzeit bedeutet. Der Fisch ist heute ein Hauptnahrungsmittel geworden. Wir sehen, daß trotz einer angeblich ausreichenden Belieferung in den Städten die Schlangen vor den Fischgeschäften nicht abreißen. Es ist uns wiederholt zugesichert worden, daß die aufgerufenen Mengen von 1 kg pro Monat und Kopf wirklich geliefert werden. Tatsächlich sind wir gezwungen, einen Monat über den anderen zu überprüfen, weil die Belieferung mit Fischen nur 50 Prozent der zugesagten Menge ausmacht. Nun wird an dem Fischproblem im bayerischen Landwirtschaftsministerium nach meinem Wissen schon nahezu zwei Jahre herumorganisiert und herumlaboriert. Aber nicht nur die Großstädte, auch die Landbezirke sind sehr wesentlich in der Fischversorgung benachteiligt. Sie klopfen immer wieder bei den städtischen Behörden an, sie in dieser Frage zu unterstützen, weil in ihrem Ernährungsamtsbereich eine Reihe von Randstedlern, evakuierten Großstädtern wohnen und schließlich auch die Landgemeinden heute mit Flüchtlingen überfüllt sind.

Nun fand vor einigen Wochen in München eine Tagung des Fischgroßhandels statt, bei der auch die Hauptstelle Fische von Hamburg vertreten war. Deren Vertreter hat hierbei die Behauptung aufgestellt, daß nach den vorhandenen Mengen das eine Kilogramm Fisch pro Monat und Kopf für jeden Normalverbraucher gewährleistet sei, jedoch sei infolge der organisatorischen Mängel bei den bayerischen Stellen weniger als die Hälfte der zustehenden Mengen nach Bayern gekommen. Es wird hier also nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß unsere bayerischen Stellen, also vor allem das Fischerreferat unseres Ministeriums, verlagert haben. Ich glaube, ich spreche kein Geheimnis aus — wenigstens in den Kreisen der Ernährungsamtsleiter ist man sich seit Jahr und Tag darüber klar —, wenn ich sage, daß der

Referent der Abteilung Fische, Herr von Hausen, der denkbar ungeeignetste Mann überhaupt ist. Auch im Ministerium hat man sich in Privatunterhaltungen gerne nach dieser Richtung geäußert, aber niemand hat bisher diesen Mann durch einen wirklich geeigneten Referenten ersetzt.

(Zuruf: Also kein Recht im Karpfenteich!)

Die Frage der Milchversorgung der Städte ist ein äußerst heikles Kapitel, an das man sich ebenfalls nur mit Zaudern und Zögern heranwagt, weil ich es schon verstehen kann, daß man als Landwirtschaftsminister die Schraube nicht gerne so scharf anzieht, als es die Versorgung im allgemeinen notwendig machen würde. Ich will schweigen vom Anwachsen der Kinderkrankheiten, der Rachitis, der Tuberkulose, auch bei den Erwachsenen ist eine Zunahme dieser Krankheit ersichtlich. Ich stelle nur fest, daß heute in den Städten für Kinder bis zu 10 Jahren statt 6 Liter entrahmter Milch nur 3 Liter, für Jugendliche von 11 bis 20 Jahren statt 6 Liter Magermilch nur 2 Liter, für Erwachsene statt 3 Liter nur 1 Liter und an Altermilch statt 7 Liter nur 2 Liter in der ganzen Periode zur Ausgabe gelangen. Nun weiß man, was in diesem blauen Wasser noch ganz und gar enthalten ist, von Kalorien kann man kaum noch sprechen. Aber der Mensch braucht unbedingt ein Minimum an tierischen Eiweißstoffen; deshalb drängen sich die Menschen nach jedem Tropfen Magermilch. Dürre und Viehabschlachten haben zweifellos die Ergebnisse des Milchaufkommens wesentlich beeinträchtigt, aber die katastrophalen Zahlen der letzten Wochen sind nicht ausschließlich auf diese Naturkatastrophe zurückzuführen. In unserem Bereich in Mittelfranken sind in der Woche vom 8. bis 9. November Zahlen festgestellt worden, die um 46,6 Prozent niedriger liegen als in der gleichen Zeit im November 1946. Unterfranken hat ein Minus an Aufkommen von 33,7 Prozent, das sich dadurch erklärt, daß vorher schon die Erfassung nicht so straff war als in Mittelfranken. Die Durchschnittsablieferung pro Kuh und Tag hat im dritten Quartal 1947 betragen in Oberfranken 1,99 kg, in Mittelfranken 2,15 kg, in Unterfranken 1,72 kg, in Nördlingen 2,73 kg, in Heilngries und Neumarkt 2,14 kg, durchschnittlich etwa 2 kg. Die Butterherstellung ist in der Woche vom 8. bis 9. November um 45,84 Prozent gegen die gleiche Zeit des Jahres 1946 abgefallen. Die Butterrückgabe an die Milchlieferanten betrug in der Zeit vom Januar bis Februar 1947 im Durchschnitt 650 Gramm oder 35 Prozent der Gesamtproduktion. Nun sind auf Grund einer Anregung des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes Ende September in München Verhandlungen geführt worden, die vor allen Dingen das Ergebnis hatten, die im März festgesetzten drei Leistungsgruppen in der Milch von 625 Gramm, 500 Gramm und 250 Gramm Butter entsprechend herabzusetzen. Diese Milchleistungsgruppen, die im März geschaffen worden waren, hatten nämlich nur einen Anfangserfolg gezeitigt, weil schließlich der eine oder andere doch versucht hat, den relativ günstigsten Satz zu erreichen. Es ist deshalb infolge der Notlage der Versuch unternommen worden, dieses sogenannte Leistungssystem abzuschaffen und auf eine vernünftige Form zu bringen. Bis zum Augenblick ist das nicht gelungen. Es ist lediglich gelungen, die Milchleistungsgruppe I auf 500 Gramm Butter festzusetzen, die Gruppe II auf 300 Gramm und die Gruppe III auf 125 Gramm. Man hat dabei mit dem nicht sehr fairen Mittel gearbeitet, zu behaupten, daß den Bauern mindestens die Rationen des Schwerarbeiters zustehen. Das stimmt im Prinzip, und wir stimmen dem auch zu. Man darf aber nicht einfach schematisch behaupten, daß der Schwerarbeiter ähnliche oder gleiche Rationen wie der Bauer hat. Es ist nach meinem Dafürhalten ein Unterschied; denn der Selbstversorger bekommt die 500 Gramm Butter in vier Wochen nicht nur für seine Person allein, sondern für die gesamte Selbstversorgergemeinschaft einschließlich seiner Kinder und Dienstboten, während der Schwerarbeiter seine Schwerarbeiterration nur für seine Person erhält, aber sie jedenfalls offensichtlich auch in den Küchentopf seiner Hausfrau wirft, also die ganze Familie davon zu zehren hat. Immerhin ist durch diese Herabsetzung der Butterrückgabe ein Mehraufkommen von rund 100 Tonnen Butter erreicht worden, die dem allgemeinen Verbrauch zugeführt werden können. Man hat damals auch die Magermilchrückgabe von 30 Prozent, in Schwaben waren es sogar 32 bis 35 Prozent, auf 15 Prozent herabgesetzt, und teilweise muß in Franken infolge des geringen Milchaufkommens ein noch geringerer Milchrückgabe-

(Höher Wilhelm [SPD])

jaß durchgeführt werden. Die Milchversorgung Nürnberg—Fürth hat mir berichtet, daß das tägliche Milchaufkommen an Vollmilch einmal 110 000 Liter betragen hat und sich heute nur noch auf ganze 36 000 Liter beläuft, während dieser Wirtschaftsbereich Nürnberg—Fürth—Erlangen täglich für Kinder- sowie für Alters- und Krankenmilch 45 000 Liter benötigt. Das ist nur dadurch zu schaffen, daß der Milch- und Fettwirtschaftsverband entsprechende Milchzuschüsse leistet.

Nun komme ich auf einen heißen Punkt. Wenn solche Sätze für die Milchrückgabe, für die Butterrückgabe vorgehen und Bestimmungen getroffen werden, daß die Käseprämi en usw. nicht mehr gewährt werden dürfen, dann müßte das Ministerium stark genug sein, sie auch einheitlich in ganz Bayern zur Durchführung zu bringen. Man hat nämlich festgestellt, daß in Schwaben vor dem 1. Oktober allein an Käseprämien 6 Millionen Kilogramm ungefähr zur Ausgabe gebracht wurden, daß auf einen Hof unter Umständen eine Prämie von 42 kg Käse in einer Periode gekommen sei. Man muß sich einmal dagegen die Ration des Normalverbrauchers mit 125 Gramm vorstellen.

(Kübler: Nicht übertreiben!)

Das ist in der Sitzung des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes vom 28. September zur Sprache gekommen. Ich habe mich gestern gelegentlich der Sitzung des Wirtschaftsausschusses, weil auch die Milchwirtschaftsfachleute tagten, noch einmal erkundigt, ob ich nicht damals einem Pörfchler unterlegen sei. Es ist mir erneut bestätigt worden, und es wird nach wie vor behauptet, daß in Schwaben nicht nur der halbe Liter Milch pro Kopf zurückbehalten werden kann, wie es vereinbart worden ist, sondern daß in weiten Kreisen Schwabens, zum Teil auch in Oberbayern nach wie vor ein Liter Vollmilch pro Kopf zurückbehalten wird, daß in Schwaben auch nach wie vor Käseprämien zur Ausgabe gelangen. Es waren Fachleute, die mir das Material übermittelten und mir sagten, ich dürfte das im Parlament zur Sprache bringen, weil man in Fachkreisen der Meinung ist, man möchte gegen den Minister a. D. Dr. Fehr, als den Seniorchef des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums, nicht doch zu hart vorgehen, und duldet nur deshalb stillschweigend solche Außenseiter, die wahrhaftig die allgemeine Versorgung nur schädigen. Man ist der Auffassung, daß dieses Prämiensystem in der Milchleistung hinten und vorne keine Schattenseiten hat. Man muß sich vorstellen, wir haben in Franken zum Teil in der Praxis zu verzeichnen, daß die Milchleistungsgruppen in einem Landratsbezirk anders sind wie im benachbarten, ja sich selbst bei verschiedenen Gemeinden unterscheiden. So kann es passieren, daß eine Gemeinde oder ein Landratsbezirk mit einem Durchschnittsaufkommen pro Kuh von 2,5 kg Milch in die Leistungsgruppe I kommt, in einem Nachbarbezirk aber 2 kg genügen. Ich weiß, daß verschiedene Gegebenheiten ebenfalls für die Beurteilung dieser Differenzierung von Bedeutung sind. Es kann nun passieren, daß der Bauer mit 2,4 kg Milch in die Leistungsgruppe II kommt und in der Nachbargemeinde kommt einer mit 2 kg in die Leistungsgruppe I wie der andere auch. Das ist eine Ungerechtigkeit, die unter den Bauern einen ungeheuren Unwillen auslöst, und man würde es begrüßen, wenn eine Form gefunden werden könnte, die diesen Wünschen einigermaßen Rechnung trägt. Ich könnte mir vorstellen, daß diese Eingruppierung so vor sich gehen könnte, daß man das Aufkommen der Molkerei zugrunde legt. Wenn ein Bauer über 50 Prozent des Durchschnittsaufkommens der Molkerei erreicht, bekommt er eine Prämie, aber sonst gilt allgemein nur eine einzige Gruppe, die der Butterrücklieferung zugrunde gelegt wird. Das erscheint mir unbedingt notwendig. Man muß sich darüber klar sein, wenn von Seiten des Ministeriums Lebensmittelkarten herausgegeben und plötzlich nur 50 Gramm Fett aufgerufen werden, dann darf man nicht mehr glauben, daß daraus entstehende Revolten oder Demonstrationen kommunistischen Ursprungs seien, sondern man darf überzeugt sein, daß der Normalverbraucher damit zur Verzweiflung getrieben wird. Es ist mehr als einmal betont worden, daß 150 Gramm Fett im Monat die unterste Grenze des Erträglichsten sind. Wenn man auf der anderen Seite immer wieder feststellt, daß der arbeitende Mensch pro Tag 30 Gramm Fett oder 2 Gramm Fettsäure benötigt, um überhaupt seinen Körper arbeitsfähig zu erhalten, daß er also nur für fünf Tage der Periode mit Fett versorgt ist,

so möchte ich davor warnen, den Versuch zu unternehmen, die Rationen besonders bei Fett weiter herabzusetzen. Da sage ich, muß eben in den sauren Apfel gebissen werden, und die Selbstversorgungsmöglichkeiten müssen einheitlich auf 250 Gramm Butter herabgesetzt werden. Wir haben 2 400 000 Selbstversorger in Bayern. Es mag sich jeder selbst ausrechnen, wie sich das in einzelnen auswirken würde. Es ist aber auch notwendig, daß den besonders notleidenden Gebieten, die ihre Städte nicht mit Milch versorgen können, ein zusätzliches Milcheinzugsgebiet zugewiesen wird. Ich bitte das Ministerium, sich besonders nach dieser Richtung mit dem Problem eingehender zu beschäftigen.

Ein Kapitel, das gestern auch schon gestreift worden ist, ist folgendes. Das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ hat am 15. November geschrieben: Der Reichsnährstand ist tot, es lebe der Reichsnährstand! Ich hatte zunächst vermutet, es seien damit die Wirtschaftsverbände gemeint. In Wirklichkeit meinte man den Wirtschaftsrat in Frankfurt. Es sind im Landwirtschaftsausschuß wiederholt Fragen zur Erörterung gekommen, die sich insbesondere mit den Wirtschaftsverbänden befaßten, und in der vorletzten Sitzung, die vor etwa vier oder fünf Wochen stattfand, hat der Minister selbst zugesagt, daß so schnell wie möglich eine Sonderitzung dieses Ausschusses einberufen werden soll, die sich speziell mit der Organisation und überhaupt mit diesen Wirtschaftsverbänden befaßt. Wir warten noch auf diese Ausschußsitzung, und es wäre dringend zu wünschen, daß der Ausschuß dieses Problem sehr bald auf seine Tagesordnung setzt.

In der Presse sind wiederholt Angriffe insbesondere gegen den Gartenbauwirtschaftsverband erfolgt. Hier hat sich aber auch das Ministerium bemüht, den Darstellungen des Gartenbauwirtschaftsverbandes soweit wie möglich Rechnung zu tragen. Ich habe praktische Erfahrungen gerade mit dieser Organisation gemacht. Ich habe den Eindruck gewonnen, das sage ich frei heraus, daß dieser Verband eine der größten Sabotageorganisationen unserer Ernährungswirtschaft ist. Daß die Obst- und Gemüsezufuhr durch den Gartenbauwirtschaftsverband nicht in einer Art und Weise erfolgen kann, wie das in Friedenszeiten möglich war, ist jedem Einsichtigen klar, weil wir seinerzeit aus Holland, aus Italien und sonstwoher Gemüse und Obst eingeführt haben. Wir sind uns jedoch auch darüber klar, daß die in Deutschland vorhandenen Mengen zu mehr als 50 Prozent verwirtschaftet worden sind. Ich sage ganz offen: Der Gartenbauwirtschaftsverband hat durch seine eigenen, sich widersprechenden Anordnungen in Bayern den Schwarzhandel mit Obst unterstützt. Die Anordnung Nr. 3/46 § 1 spricht von der Ablieferungspflicht bei sämtlichem im Erwerbsgartenbau und landwirtschaftlichen Feldbau erzeugten Gemüse und Obst. Abs. 1 nimmt von der Ablieferungspflicht den Eigenbedarf aus. Der Gartenbauwirtschaftsverband setzt nach Abs. 2, soweit erforderlich, die Mindestablieferung fest. Die Ernteschäher gingen hinaus und fragten: Wieviel Zentner Apfel willst Du abliefern? So ist abgeliefert worden. Ich habe einen Briefwechsel mit dem Ministerium hier, in dem der Gartenbauwirtschaftsverband bestätigt, daß Anweisungen erteilt worden sind. Wenn der betreffende Fahrer, der Obst befördert, eine Bescheinigung des Bürgermeisters nachweisen kann, daß der Obstbauer seine Ablieferungspflicht erfüllt hat, möge man ihn frei passieren lassen. Da liegt der Hund begraben. Präsident Frühwald hat kürzlich auf einer Tagung erklärt: Im Prinzip ist jeder in der Zwangswirtschaft ablieferungspflichtig für all das, was seinen Eigenbedarf, seinen Saatgutbedarf übersteigt. Obwohl man die Mangelage gerade bei Obst kannte und mußte, daß unsere Kinder an einem überaus großen Vitaminmangel leiden, hat der Gartenbauwirtschaftsverband nichts dergleichen getan, um hier auch nur einigermaßen einzugreifen. Ich habe hier ein Schreiben des gleichen Gartenbauwirtschaftsverbandes hinsichtlich der Versorgung mit Gemüse an mein Amt. Der letzte Absatz dieses Schreibens lautet:

Bei Berücksichtigung der Belieferung der bevorzugten Bedarfsträger ist es leider nicht möglich, in der nächsten Zeit größere Mengen für den Stadtkreis Fürth zusätzlich einzusteuern. Die Gemüsenot muß gemetn- sam in Kauf genommen werden.

Das sind Gemeinplätze, Präsen für Wahlvermittlungen, aber keine Entschuldigung für den Gartenbauwirtschaftsverband. Hier hat es an der Lenkung ganz bedenklich gefehlt. Ich habe sehr lange, bis zur letzten Sonderaktion, den Kartoffelwirt-

## (Fischer Wilhelm (SPD))

Schaftsverband gelobt. Wenn wir eine Ladeverfügung bekamen, so mußten wir, diese Kartoffeln sind vorhanden. Aber da hinten im Gartenbauwirtschaftsverband, da rumpelt man umeinander wie eine Wespe im Sirupfaß, da werden Verfügungen herausgegeben, ohne daß man weiß, ob der Versandhändler überhaupt im Besitz der Ware ist. Man wehrt sich gegen eine namentliche Lenkung, damit der Versandhandel in Niederbayern und in der Oberpfalz oder sonstwo noch die Möglichkeit hat, den zu beliefern, den er am liebsten beliefern will, ohne Rücksicht auf den Bedarf der einzelnen Städte. Daher ist es gekommen, daß gerade diese *N a z i h ä n d l e r*, die mit Mühe und Not ihre Lizenzen retten konnten, ihr Gemüse nach den Fremdenverkehrsorten Oberbayerns liefern konnten, während die Fabriken und die Großstädte Bayerns kaum mit Gemüse versorgt worden sind. Man soll mir da nichts erzählen. Ich habe den Versuch unternommen, mit den sogenannten Wästen in Straubing, den Bezirksabgabestellen, zu verhandeln, alles so wunderbare, so schöne Einrichtungen, die wir noch aus dem Dritten Reich herübergerettet haben. Der Gartenbauwirtschaftsverband ist, wie gestern schon gesagt worden ist, das legitime Kind einer Berliner Hauptvereinigung, die nach dem Reichsnährstandsgesetz vom 13. September 1933 gebildet worden ist. Vorsitzender, Stellvertreter und Verwaltungsrat waren vom Reichsbauernführer bestellt und berufen; es galt dort das Führerprinzip. Die Befugnisse des Reichsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind auf Grund eines Befehls der Militärregierung bzw. einer Anordnung des seinerzeitigen Ministerpräsidenten auf das bayerische Landwirtschaftsministerium übergegangen. Darauf stützt sich der Gartenbauwirtschaftsverband heute noch. Schließlich ist auf Vorschlag des Gärtnereiverbandes ein Vorsitzender aufgestellt, nicht etwa gewählt worden. Gestern war die Rede davon, daß inzwischen auch Beiräte und Verwaltungsräte geschaffen worden seien. Meines Wissens besteht für den Gartenbauwirtschaftsverband ein Verwaltungsrat noch nicht. Der Geschäftsführer von Wenzel übt sachungsmäßige Befugnisse aus, ohne daß sie ihm zustehen, weil seine Stellung in der Satzung des Gartenbauwirtschaftsverbandes überhaupt nicht vorgesehen ist. Herr von Wenzel bekleidete seit 1933 ein leitende Stelle im Reichsnährstand. Auch sein Assessor war nach meinen Informationen noch im Jahre 1943 im Auftrag des Reichsbeauftragten als verantwortlich Zeichnender tätig. Nach Abschnitt D II 3 des Befreiungsgesetzes gehören leitende Beamte des Reichsnährstandes in die Klasse II des Entnazifizierungsgesetzes.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Nach Art. 53 in der Fassung vom 7. Oktober 1947 dürfen sie nur in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt werden. Kommentar überflüssig! Ich glaube, daß gerade diese Frage das Ministerium mehr als bisher interessieren muß.

Die Erfassung und die Sicherstellung des Obstes von Württemberg mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Württemberger Partikularisten eben einmal den bayerischen Partikularisten ihren Dicksopf zeigen. Aber eines steht fest: daß die Erfassung des bereits zugestandenen Obstes vom Gartenbauwirtschaftsverband verfehlt worden ist, weil er mit seiner Erfassungsfaktion viel zu spät eingeseht hat. Der Gartenbauwirtschaftsverband soll allerdings in Sonderzuweisungen an seinen eigenen Angestellten großzügiger handeln. Herrn von Wenzel sind auf einer der letzten Sitzungen oder in einer der letzten Versammlungen des Einzelhandelsverbands entsprechende Vorwürfe gemacht worden, und er hat sie bis heute auf sich sitzen lassen.

Es ist gestern davon gesprochen worden — der Herr Minister hat das in einer Ausschußsitzung schon einmal gesagt — die Einordnung der Befugnisse dieser Wirtschaftsverbände in das Ministerium würde eine ungeheuerere Belastung bedeuten und einen Wasserkopf erzeugen; diese Verbände aber würden sich selbst finanzieren. Schön und gut! Der Versandverteiler kann einen Satz von 7 Prozent, vom Erzeugerpreis gerechnet, für sich in Anspruch nehmen. Der Gartenbauwirtschaftsverband nimmt aus dem Umsatz 1 Prozent von seinen Mitgliedern und hat schätzungsweise damit ein Einkommen von rund 500 000 Mark Einnahmen. Bis heute ist von diesem Gartenbauwirtschaftsverband kein gültiger Haushaltsplan aufgestellt worden.

(Hört, hört! links.)

Meines Erachtens ist es notwendig, ihn an Rumpf und Gliedern umzugestalten und nicht nur vom Staatsministerium einen Beauftragten dorthin zu setzen. Nach meiner Auffassung gehört dieser Verband und mit ihm auch die anderen Wirtschaftsverbände bejeitigt. Ich bin kein Jurist, aber bei der Auslegung der Kontrollratsgesetze bin ich der Meinung, daß wirtschaftliche Vereinigungen nicht berechtigt sind, Regierungsbefugnisse auszuüben.

(Sehr richtig! links.)

Deshalb ist es höchste Zeit, an eine Demokratisierung dieser Verbände zu denken. Bisher werden sie ausschließlich von privaten Interessentengruppen beeinflusst und geleitet.

Die Kartoffelversorgung — ich muß darüber sprechen, auch wenn schon betont worden ist, daß dieses Thema doch schon weidlich genug behandelt worden sei — ist eine Tragödie, weil, wie jeder Krieg, auch dieser Kartoffelkrieg auf den Schultern der breiten Massen ausgetragen worden ist, nicht ausgetragen wird, sondern, ich wiederhole es, ausgetragen worden ist. Ich werde Ihnen den Beweis dafür noch liefern. Der Streit geht darum, ob das Statistische Landesamt mit 79 Doppelzentnern Erntertrag oder die Militärregierung mit 143 Doppelzentnern oder Frankfurt mit 110 Doppelzentnern oder das Landwirtschaftsministerium mit 92,2 Doppelzentnern recht hat. In diesem Streit hat man ungeheuer viel Zeit verloren. Mit Mühe konnten wir in den Städten die normale Verteilung von Kartoffeln durchführen. Wir waren vier bis sechs Wochen in Verzug, um die gesamten 8 Kilogramm in der Kleinverteilung überhaupt auf die Beine zu bringen. Endlich, am 1. und 2. November, hat man eine *G r o ß a k t i o n* gestartet. Es brennt, hat man in die Säle gerufen, alles muß zurückstehen; es kommen nur die Städte München, Nürnberg und Fürth vordringlich zur Versorgung, dann erst kann das übrige Gebiet versorgt werden. Man hat diese Aktion in der Zwischenzeit stillschweigend abgedrosselt, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, ob wirklich die drei Städte in der entsprechenden Zeit ausreichend versorgt worden sind. Nach privaten Informationen — ich bin nicht in der glücklichen Lage, überall amtliche Ziffern zu erhalten, ich stelle das deshalb hier zur Diskussion — soll München mit 90 bis 100 Prozent bei dieser Aktion für die Einkellerung versorgt worden sein. Für Nürnberg schwanken die Angaben zwischen 78 und 90 Prozent. Die dritte Stadt, nämlich Fürth, hat Ende der vergangenen Woche an Einkellerungskartoffeln 88 Prozent aufzuweisen gehabt. Trotzdem wird abgekoppt, trotzdem werden andere Dispositionen getroffen, für den Landkreis, für Erlangen. Dabei bin ich mir darüber klar, daß die Normalverbraucher auch in diesen Bezirken unbedingt mindestens den einen Zentner Kartoffeln benötigen. Was ich sage, ist nur ein Beweis dafür, daß diese Sondererfassung, weil sie zu spät gestartet ist, eben nicht mehr die Methode war, die eine Belieferung der Städte zufriedenstellend ermöglichte. Erlangen muß beispielsweise ausschreiben, daß in die Kliniken nur Menschen aufgenommen werden können, die ihre Kartoffeln mitbringen.

Nun jagt der Herr Minister in seinem Memorandum, daß sich aus seiner Rechnung 69 000 Tonnen Defizit herausstellen, wenn 92,2 Doppelzentner pro Hektar als Erntertrag zugrunde gelegt werden. Staatsrat Niklas hat gestern davon gesprochen, daß 600 000 Tonnen Kartoffeln erfaßt seien und demnach 137 000 Tonnen noch zu erfassen wären. Ich habe mir diese Rechnung des Herrn Ministers auch hin und her überlegt und habe zunächst einmal festgestellt, daß ein nicht unwichtiger Teil in seiner Rechnung fehlt; das sind die Zulagekarten, die je nach der Verschiedenheit, nach der Struktur der Städte, mitunter bis zu 20 Prozent der normalen Kartoffelversorgung ausmachen. Abgesehen davon stoße ich mich auf Grund eines praktischen Versuchs an folgendem: Man errechnet eine gesamte Anbaufläche von 277 421 Hektar mit einem Gesamtergebnis von rund 2 525 000 Tonnen an Kartoffeln. Nach Abzug von 18 Prozent Schwund besteht ein Pflanzkartoffelbedarf für 395 000 Hektar. Wenn ich nun zunächst einmal rein rechnerisch nicht das Anbausoll von 395 000 Hektar, sondern die neuer angebaute Fläche zugrunde lege, dann käme ich auf ein Plus von rund 200 000 Tonnen in der Endrechnung. Ich sage das deswegen, weil dann nach meiner Meinung keine Schwierigkeit bestehen würde, dem Verbraucher zum mindesten den einen Zentner zuzuführen. Nun weiß ich, Herr Minister, daß das Anbau-

(Fischer Wilhelm [SPD])

soll von der Militärregierung vorgeschrieben ist. Sie sagten gestern aber selbst, daß es unmöglich sein wird, dieses Soll zu erfüllen.

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Aber die Saatkartoffeln brauche ich doch dafür!)

— Für die 395 000 Hektar, wenn sie nicht angebaut werden?

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Ich muß die Saatkartoffeln bereitstellen, Herr Abgeordneter!)

— Ich weiß das, ich komme darauf zu sprechen. Ich bin der Ansicht: Wenn ich für 395 000 Hektar Saatkartoffeln zurückbehalte, die nicht voll zum Anbau verwendet werden, und soundso viele Menschen nicht einen Zentner Einkellerungskartoffeln haben, dann gehen die Einkellerungskartoffeln vor.

(Dr. Sinnert: Sehr richtig!)

Ich bin der Meinung, daß das dann auch der Militärregierung gesagt werden muß.

(Dr. Korff: Wenn die Leute verhungern, nutzen die Saatkartoffeln nichts mehr!)

Es herrscht die eigenartige Psychose, anscheinend besonders in München, selbst bei Wirtschaftsverbänden, daß man ganz offen sagt: „Na, hören Sie einmal, diese Kartoffeln, die in der Rechnung des Herrn Ministers stehen, sind gar nicht mehr vorhanden. Das kommt daher, Herr Fischer: Sie werden uns doch nicht weismachen wollen, daß Sie nicht mehr als einen Zentner Kartoffeln pro Kopf im Keller zu Hause haben!“ Ich empfinde das als eine sehr eigenartige Psychose, als eine sehr eigenartige Argumentation. Faktisch muß ich von jedem dieser Leute, die mir das entgegen, annehmen, daß sie schwarzhandeln und damit an der falschen Stelle sitzen. So können die Dinge nicht gehen. Hier muß nach meiner Ansicht etwas getan werden, und sei es auf dem Wege über Verhandlungen mit der Militärregierung.

Man hat monatelang darum gestritten, wer schuld ist. Man hat in Bayern nur eine fiktive Zahl, die sich nie verändert, das sind die 95 Prozent der guten Ablieferer. Seit zweieinhalb Jahren hört man ein und dasselbe. Wenn man beim Kartoffelwirtschaftsverband steht und zufällig das Glück hat, einen Leiter des Ernährungsamts A aus irgendeinem Bezirk zu hören, dann jammern diese Leute, daß bereits die letzte Kartoffel bei den Bauern aus den Wieten herausgeholt sei. Wie diese Rechnung zu bewerten ist, wie diese Rechnung überhaupt aufgehen soll, das ist mir zunächst noch ein Rätsel. Man hat aber immerhin einen Schuldigen gefunden. Es hat eine Zeit gegeben, da war es an der Tagesordnung, zu sagen, der Jude ist schuld. Es gibt heute eine Zeit, wo die Menschen sagen, die Sozis sind schuld. Der Herr Minister Baumgartner sagt, der Dr. Schumacher und Bodogn sind schuld. Das liegt ungefähr auf einer Linie. Ich habe einen Artikel gelesen, den Herr Schlange-Schönungen geschrieben hat, insbesondere über die Kartoffelerfassung. Er schildert hier, wie eine Anordnung nach der anderen durchgeführt werden mußte und wie die zweite bei der Militärregierung auf Schwierigkeiten stieß usw. Aber durch seinen ganzen Artikel zieht sich immer und immer wieder sein „Ich“. Man liest „Ich habe angeordnet, ich habe verfügt“. Er ist ja auch der Mann, der da oben zuständig ist für das Gebiet Ernährung und Landwirtschaft. Wie gestern bereits gesagt worden ist, ist Herr Schlange-Schönungen Mitglied der CDU, also Ihrer Bruderpartei, meine Herren von der CSU. Es war sehr zu bedauern, daß der Name Bodogn in diesem Zusammenhang überhaupt in die Debatte genommen wurde. Ich persönlich habe das Gefühl nicht losbekommen, als ob das so ein kleiner Wechsel auf die nächsten Wahlen sein sollte.

Nach meiner Auffassung muß hier doch das Ministerium in Bayern in erster Linie verantwortlich gemacht werden; denn mit Staatskundgebungen allein läßt sich nach meinem Dafürhalten ein Großmaß an guter Ablieferung nicht erreichen. Wenn ich den Bauern erkläre, ihr braucht am Sonntag gar nicht erst in die Kirche zu gehen, wenn ihr nicht eurer Ablieferungspflicht, eurer Christenpflicht nachkommt, so mag das an sich eine ganz gute Belehrung sein. Der gute, der anständige Ablieferer wird sich sagen: Jawohl, ich muß meine Pflicht erfüllen. Der schlechte Ablieferer aber, um den es sich in der Hauptsache dreht, wird sich so wenig darum

kümmern wie ein Schwarzhändler, dem ich etwa heute sagen wollte: Du mußt um Gottes willen im Interesse der Volksernährung deinen Schwarzhandel einstellen! Sie werden sich ganz einfach nicht darum kümmern. Es sind die strengsten Maßnahmen nötig. Sie sind nach meiner Überzeugung zu spät getroffen worden. Man hätte nicht schon den ganzen Sommer damit kommen sollen, welche ungeheure Missernte heuer zu erwarten steht. Damit hat man beim Erzeuger und beim Verbraucher von vornherein eine Angstpsychose erzeugt. Diese hat dazu geführt, daß die Bauern, die noch einigermaßen auch an Einkellerer draußen in den Landbezirken hätten abliefern können, von vornherein sogar die Einkellerer abgelehnt haben. Sie wollten auf jeden Fall einmal zunächst von ihren Kartoffeln nicht abgehen.

Mag man nun sagen, die Frankfurter Anordnung sei zu spät erfolgt! Aber man soll doch auch einigermaßen praktisch denken. Ich setze voraus, daß man das in unserem Ministerium kann. Ich kann mir doch vorstellen, daß jeder Bauer wissen kann, wieviel er ungefähr an Saatgut, wieviel er an Selbstverbrauch zurückhalten kann. Daraus kann er so ungefähr errechnen, was er unter allen Umständen abliefern muß. Wenn dann die Rechnungen der statistischen Ämter und die Rechnungen des Ministeriums ergeben, daß nicht mehr als ein Zentner geliefert werden kann, dann war es eben für jeden Kartoffelerzeuger höchste Zeit, ein Größtmaß zur Ablieferung zu bringen, damit auch wirklich der eine Zentner vor dem Einbruch der Winterkälte geliefert werden konnte. Wir haben doch wahrhaftig ein ganz ungewöhnliches Glück, daß wir auf den Nullpunkt in unserem Klima jetzt erst Ende des Monats und nicht schon Anfang November gekommen sind; denn dann hätte es brennen können, wie es wollte, es wäre nie so viel Hitze erzeugt worden, daß wir unsere Kartoffeln noch hätten sicher transportieren können. Meines Erachtens ist deswegen in dieser Beziehung Kritik absolut am Platze.

Wiederholt ist damit gedroht worden, daß Sünder unter Umständen enteignet werden. Ich habe in Bayern nicht einen einzigen Fall kennengelernt, daß hier etwa ein Sünder tatsächlich besonders scharf angefaßt worden wäre. Auch die Androhung der Todesstrafe ist nach meiner Meinung zunächst nur eine rein rhetorische Leistung, solange nicht der Minister selbst versucht, an den zuständigen Stellen, und sei es im Kabinettsrat, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Ich habe aber, wenn ich den Bericht des Herrn Ministers höre, auch das Gefühl, daß eine gewisse Diskrepanz zu erklären ist, daß es sich eben einfach nicht vereinbaren läßt, wenn ein Landwirtschaftsminister, der sehr wohl berechtigte Interessen der Landwirtschaft zu vertreten hat, zugleich Ernährungsminister ist. Er kommt dann mit den zwei Seelen, die er zweifellos in der Brust haben muß, dauernd in Konflikt.

(Zuruf von der CSU: Einen neuen Minister brauchen wir noch! — Heiterkeit.)

— Na ja, vielleicht werden Sie dazu vorgeschlagen.

(Erneute Heiterkeit.)

Nach meiner Ansicht soll bei solchen Aktionen auch nicht erst immer gewartet werden, bis ein Befehl der Militärregierung kommt; denn nur dann, wenn wir selbst versuchen, das Beste aus den Misserträgen, wie sie berechnet worden sind, herauszuholen, wird man im Ausland auch Verständnis für unsere Notlage haben und uns entsprechend versorgen. Ich meine, es ist beschämend für uns, wenn wir, solange wir fühlen und sehen, daß die eigene Bewirtschaftung nicht hinreicht und nicht eine geregelte Versorgung ermöglicht, als Deutsche immer wieder vor das Ausland treten müssen, um ihm zu sagen, daß wir unbedingt noch eine Hilfe von ihm nötig haben. Es ist viel beraten worden, es ist viel gesehnen, aber man hat immer das Gefühl, daß zu wenig Praktisches geschieht und erst dann, wenn es brennt, schnell unter Einfluß aller Mittel versucht wird, den Dingen noch eine andere Wendung zu geben. Ich hielt mich für verpflichtet, diese Frage hier zu ventilieren; denn derjenige, der draußen in der Praxis steht, weiß, daß diesen Berechnungen sehr oft nur rein theoretische Zahlen zugrunde liegen, die mit der nackten Wirklichkeit nicht in Übereinstimmung zu bringen sind.

Man kann als Ernährungsamtsleiter nicht mehr tun, als zwei- und dreimal in der Woche nach München zu fahren und eine Stelle nach der anderen abzuklopfen, um dort zu

(Fischer Wilhelm [SPD])

erreichen, wenigstens zunächst einmal auf 50 Prozent der Einkommenszuwachs zu kommen. Wir tun das nicht, um dort in Ehren zu bestehen, sondern weil wir wissen: Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Man soll sich darüber nicht täuschen und soll sich nicht in Selbstsicherheit wiegen. Über Nacht kann diese Flamme emporschlagen, wie gestern bereits zum Ausdruck gebracht worden ist.

(Zuruf.)

— Das sind keine Drohungen, Herr Landrat Kübler, sondern das ist die Stimmung draußen unter den arbeitenden Menschen.

(Zuruf.)

— Herr Kollege, seien Sie sich darüber klar: Wir haben keine Ursache, zu drohen. Wenn einmal der Teufel losgeht, dann sind wir Sozialdemokraten genau so gefährdet wie Sie alle, weil dann die Demokratie gefährdet ist.

(Sehr richtig! bei der SPD. — Kübler: Richtig!

Darum wollen wir das nicht.)

— Wir wollen das auch nicht. Wir halten uns aber für verpflichtet, auf diese Gefahren aufmerksam zu machen, weil man den Menschen nicht mehr zumuten kann. Ich habe wohl — und mit Recht — ein Wort des Dankes für die Landwirte, aber nicht ein einziges Wort des Dankes für den Normalverbraucher gehört, daß er bei 1500 Kalorien noch ruhig bleibt.

Staatsminister Dr. Baumgartner: Das habe ich schon sehr oft zu den Normalverbrauchern gesprochen; da ist das ganze Haus Zeuge.

Fischer Wilhelm (SPD): Das hat mit Demagogie nichts zu tun. Heute steht der Bericht des Herrn Ministers von gestern zur Diskussion. Es ist eine Statberatung, die für das gesamte Geschäftsjahr von Bedeutung ist. Es liegt uns ferne, Demagogie zu betreiben. Strecken Sie, meine Herren, ruhig weiterhin den Kopf in den Sand, die Ereignisse werden unter Umständen auch über Sie hinwegschreiten!

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Es spricht Frau Abgeordnete Zehner.

Frau Zehner (CSU): Frauen und Männer des hohen Hauses! Im Laufe des Vormittags wurde heute schon manches über die Ausbildung der Bäuerin und der Landmädchen gesprochen. Der Kollege Scharf hat auch den Satz gebracht: Es kann die Bäuerin mit der Schürze mehr aus dem Hause hinaustragen, als der Bauer mit dem Heuwagen hineinfahren kann. Ich bin selbst Bauerntochter und dazu auch Wirtschaftslehrerin und gehöre zu der Kategorie, die nicht geheiratet hat und heute noch in ihrem Beruf steht. Der Herr Kollege Scharf hat ja betont, daß die Wirtschaftslehrerinnen meistens alle weggeheiratet werden, so daß wir gerade auf diesem Gebiete sehr wenig tüchtige Kräfte haben. Ich habe vor dem Jahre 1933 die Wirtschaftsberatung durchgeführt, die gerade heute von uns so dringlich verlangt wird. Ich kann aus Erfahrung sprechen und Ihnen sagen: Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, der Ausbildung der Bäuerinnen und der Landmädchen noch weit mehr Bedeutung zuzulegen als bisher. Ich möchte daher auch an den Herrn Landwirtschaftsminister eine Frage richten. Ich hörte gestern, daß ungefähr 7 Millionen Mark für die Ausbildung der Bauern ausgegeben werden. Wie viele Millionen Mark werden für die Ausbildung und die Schulung der Bäuerinnen und der Landmädchen ausgemworfen? Wir wissen alle, daß die Bäuerin zu ihrem vielseitigen Beruf geschult werden muß; denn sie ist wirklich diejenige, die daheim in Haus und Hof alles zusammenhalten muß. Der Kollege Maag hat schon davon gesprochen, daß die Bäuerin unbedingt gerade in der Kleintierzucht Befähigung weiß, daß hier sehr viel produziert oder nicht produziert werden kann, je nachdem, ob die Bäuerin es versteht oder nicht versteht. Deshalb möchte ich ganz besonders einem Gedanken Ausdruck geben: Es nützt uns allein nichts, wenn wir genügend Wirtschaftslehrerinnen haben, sondern es müssen Wirtschaftslehrerinnen sein, die aus dem Bauernstand herauswachsen; denn eine Bäuerin, ein Landmädchen hat ein klares Gefühl dafür, ob die Wirtschaftslehrerin sich wirklich von Grund auf auf ihren Beruf versteht oder ob sie ihn nur erlernt hat.

Eines habe ich in den ganzen Ausführungen vermisst. Die fachliche Schulung der Bäuerinnen und Landmädchen ist, wie ich noch einmal betone, eine unbedingte Notwendigkeit. Aber neben dieser fachlichen Schulung muß unbedingt auch eine geistige, eine ethische, eine religiöse und kulturelle Ausbildung stehen. Ich bedauere außerordentlich, daß gerade hierauf von den Landwirtschaftsstellen und den Landwirtschaftsschulen aus sehr wenig Wert gelegt wird; denn wir würden letzten Endes das Gegenteil erreichen, wir würden den Zeitgeist, der, wie wir heute schon so oft gehört haben, da und dort schon überhand nimmt, nur noch bestärken, wenn wir bei der Ausbildung der Bäuerinnen und Landmädchen nicht ganz besonders großen Wert darauf legen würden, daß sie es verstehen, daheim im Hause auch etwas gemütlisch zu gestalten, daß sie sich auch der kulturellen Grundlage annehmen. Eine rein materialistische Ausbildung gerade der Bäuerinnen und der Landmädchen wäre nur eine halbe Ausbildung. Ich habe vor dem Jahre 1933 einmal eine Wirtschaftsberatung mitgemacht, die von den Landwirtschaftsschulen durchgeführt wurde. Ich habe damals sehr bedauert, daß die Wirtschaftslehrerin mit einer brennenden Zigarette in den Bauernhof hineinging, um dort die Wirtschaftsberatung zu beginnen. Ich habe gefühlt, wie die Bäuerin von sich aus zurückgeschreckt ist und sich gedacht hat: Von dieser Wirtschaftslehrerin lasse ich mir nichts sagen, die versteht ja nichts von meinem Bauernhof. Es müssen bodenständige Wirtschaftsschülerinnen sein, die hinausgehen und draußen die Wirtschaftsberatung übernehmen; sonst wäre das ganze Geld, das hier vom Landwirtschaftsministerium ausgegeben wird, umsonst ausgegeben.

Ein Zweites möchte ich noch hervorheben. Heute wurde auch viel über die Ernährungslage gesprochen. Als Frau halte ich es für meine Pflicht, daß ich hierzu wiederum, wie schon einmal, das Wort ergreife und für unsere Normalverbraucher spreche. Ich habe hier in natura die Ration mitgebracht, die ein Normalverbraucher im Tag verbrauchen darf, und möchte sie dem Hause vorzeigen. Das hier ist die Kartoffelmenge eines Normalverbrauchers für den ganzen Tag! Das ist die Fettmenge für den ganzen Tag! Das ist die Zuckermenge für den ganzen Tag! Das ist die Nahrungsmittelmenge! Es erübrigt sich, hier noch ein Wort weiter zu reden. Diese Rationen zeigen uns, daß der Mensch buchstäblich nach und nach verhungern muß.

Trotzdem möchte ich noch ein Wort hinzufügen. Es nützt uns alles nichts, wenn wir hier von diesem Podium aus immer wieder schimpfen, daß wir mehr bräuchten, das wissen wir alle. Ich habe im Laufe des Sommers das ganze Frankenland durchreist und habe gesehen, daß wir uns bei dieser furchtbaren Naturkatastrophe unmöglich selbst ernähren können. Wir sind also unbedingt auf die Hilfe des Auslandes angewiesen. Ich bedauere außerordentlich, daß gerade in Ernährungsfragen nicht auch Frauen herangezogen werden. Wenn in Frankfurt da und dort eine Frau säße und diese Frau wieder zu amerikanischen Frauen spräche, die doch die Not der Frauen und Mütter ganz besonders verstehen müssen, könnte, wie ich glaube, da und dort eine Schärfe abgebogen werden. Darum bitte ich ganz besonders, daß zur Behandlung solcher Fragen in Zukunft Frauen herangezogen werden. Weil wir wissen, daß wir von uns aus unsere Ernährungsfrage nicht verbessern können, richte ich an die Befehlsmacht und an die amerikanischen Frauen die Bitte, doch nicht noch mehr Opfer von uns zu verlangen, als es durch den Nationalsozialismus schon gesehen ist; denn wir Frauen mußten gerade durch den Nord, der im nationalsozialistischen Staat sich vollzogen hat, ungeheure Opfer bringen. Wir müssen auch jetzt wieder ungeheure Opfer bringen, weil sonst so viele Menschen verhungern würden, wenn die Befehlsmacht nicht tatkräftig eingreift.

I. Vizepräsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich bitten, sich die eben gehörte Rednerin als Beispiel zu nehmen und möglichst kurz zu fassen; denn sonst werden wir heute unmöglich mit dem Landwirtschaftssetat fertig.

Ich möchte dann noch etwas bekanntgeben: Während der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fischer wurden von Vertretern der Wirtschaftsverbände Zurufe wie „Schwarzen!“ usw. gemacht. Ich bitte doch, das in Zukunft zu unterlassen.

**(Vizepräsident)**

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Weinzierl Alois.

**Weinzierl Alois (CSU):** Hohes Haus, meine lieben Frauen und Männer! Als ich die Rede des Herrn Kollegen Fischer und verschiedener anderer Herren anhörte, fiel mir auf, daß sich durch alle wie ein roter Faden eine gewisse Feindschaft zwischen Stadt und Land zieht. Ich kann das nicht recht begreifen; denn wir Bauern haben jetzt so viele Verwandte und Vettern in den Städten, daß wir doch sicher sehr nahe verwandt sind. Meine Frau hat erst vorgestern einen Brief bekommen: „Liebe Base! Du weißt doch noch ganz gut, daß meine Urgroßmutter zu Deiner Großmutter eine Tante war.“ Also sind wir doch verwandt. Warum die Gefälligkeit? Das als Einleitung. Ich möchte mich befließigen, kurz zu sein. Ich will auch als Schüler meinem Rektor, dem Herrn Professor Stang, folgen und nicht das sagen, was schon andere gesagt haben.

Die Ernährungslage ist ernst. Begeben wir uns nicht auf das Glatteis, sie politisch oder verhandlich zu betrachten. Als ich vor 14 Tagen am Radio die Reden der Herren Generalsekretäre Reuter und Dr. Alois Schlägl hörte, habe ich sie mit etwas — gestatten Sie mir, daß ich es sage — gemischten Gefühlen aufgenommen; denn es heißt „Generalsekretär“. General ist für mich als Antimilitaristen schon immer ein gewisses Schreckzeichen gewesen. Man könnte auch Abteilungsleiter oder sogar Direktor sagen, warum Generalsekretär?

Ein Vorredner, ich glaube der Herr Kollege Maag war es, hat vorhin die Ehe zwischen Gewerkschaftsbund und Bauernverband angezweifelt. Ich habe vor dieser Ehe gemarnt; denn man sollte zuerst die Verlobung feiern und nicht gleich eine Ehe eingehen. Wir wissen, gerade in der Jetztzeit erfolgen Ehescheidungen am laufenden Band, weil keine Verlobungen stattgefunden haben. Der Herr Generalsekretär Reuter hat in seinem Radiovortrag die Ehescheidung eingereicht, und mein Freund und Namensvetter Alst hat sie mehr oder weniger, so halb und halb, angenommen. Das nur nebenbei.

Ich möchte weiter allen Ernstes sagen: Die Lage ist sehr ernst. Herr Kollege Dr. Sinnert hat gestern den Zuruf gemacht — schade, daß er nicht da ist —: „Endlich bringen die Bauern ein Opfer.“

(Dr. Korff: „Endlich einmal ein Opfer!“)

Herr Dr. Sinnert, ich will Ihnen keinen Vorwurf machen, aber Ihrem Aussehen nach haben Sie auch verwandtschaftliche Beziehungen zum Lande.

(Heiterkeit.)

— Nur Ruhe, ich bin gleich fertig, meine Damen und Herren. Vorhin hat der Herr Kollege Fischer angeführt, daß der Bauer als Selbstversorger die gleiche Fettration hat wie der Schwerstarbeiter. Er hat daran gezweifelt, daß die Bäuerin berechtigt sei, die Schwerstarbeiterzulage zu bekommen.

(Fischer: Nein, nein!)

— Herr Kollege Fischer, ich habe so etwas, nicht tatsächlich, aber in Ihren Gedankengängen, gehört.

(Fischer: Entschuldigen Sie, ich habe mich gegen den Vergleich gewandt, weil dort nur einer die Ration bekommt und hier jedes Familienmitglied.)

— Ich bin schon ein alter Mann, aber ich rege mich nicht gleich auf.

(Stöck: Das ist nicht gefährlich!)

— Das ist nicht gefährlich. Sie haben sich aber vorgestern etwas aufgeregt, Herr Kollege Stöck. In dem Moment, in dem der Mensch sich aufregt, zeigt er eine Schwäche.

(Stöck: Manchmal. — Manchmal denkt man auch dabei an die Vergangenheit.)

Ich meine nur, daß gerade die Bäuerin wie während des Krieges auch heute ungemein viel Arbeit leisten muß. Ich glaube, es wird keine Frau im ganzen Land Bayern wie in Deutschland geben, die so schwer arbeiten muß wie gerade die Bäuerin.

(Sehr richtig!)

Es fällt besonders schwer, heute Stallpersonal für den Bauernhof zu bekommen. Man muß es wie ein Edelweiß auf dem höchsten Berg suchen.

(Fischer: Das unterstreichen wir.)

Tagestarbeiter bekommen wir genügend. Aber das erste Wort ist: „Ja, Bauer, gibst du mir einen Weizen? Gibst du mir ein Fett? Dann arbeite ich, anders nicht.“ Gerade das Arbeitspersonal auf dem Lande muß wieder mehr werden; andernfalls können wir die Ernährung nicht mehr sichern. Der Herr Kollege Vogl von der SPD wird es mir als Bauer bestätigen, daß heute eine Bäuerin mit sieben oder acht Kindern bei einem Besitz von 200 Tagwerk die Stallmagd machen muß.

Jetzt komme ich kurz noch auf ein anderes Gebiet, auf die sogenannten Wirtschaftsverbände. Der Herr Kollege Wimmer, Bürgermeister der Stadt München, den ich schon jahrzehntelang als guten Demokraten kenne, hat gestern den Zwischenruf gemacht: „Wenn die Wirtschaftsverbände abgebaut werden, dann müßten bessere Landräte und bessere Bürgermeister da sein.“ Herr Kollege Wimmer, ich bin in meinem Nebenberuf zur Zeit leider Landrat. Ich möchte Sie, Herr Kollege Wimmer, als alten Demokraten fragen: Wissen Sie nicht auch, daß gerade die Verwaltungsbearbeiter heute mit Sehnsucht darauf warten, daß die Landräte nicht mehr gewählt werden? Solange man die Krise jetzt hat, wollen sie nicht Landräte werden. Denn jetzt sucht man sich Landräte sogar aus Bayern, wie ich einer bin, und noch verschiedene andere; aber wenn die Krise wieder vorüber ist, dann wäre der Oberregierungsrat wieder da.

(Piehl: Sehr gut!)

(Wimmer: Ich habe gesagt, die Landräte müssen stark werden; ich habe gar nicht an einen Oberregierungsrat gedacht.)

— Ich bin nicht so stark, Herr Kollege Wimmer. Aber ich möchte Ihnen nur sagen: Wir sind draußen stark genug. Die 45 Bürgermeister und ich in meinem Landkreis, wir sind stark genug, vor die Bauern hinautreten und ihnen zu sagen, daß sie ihre Pflicht erfüllen müssen. Ich gebe zu, daß es bei unseren Bauern — ich spreche das als Bauer aus — auch Lumpen gibt. Sind nicht in jedem Stand solche Kreise? Sind nicht in jedem Stand, sei er, wo er will, kriminelle Personen, vielleicht 10 Prozent? Ist nicht jeder Stand gewillt, diese kriminellen Personen auszumerzen? Auch wir Bauern sind gewillt, diese Lumpen unschädlich zu machen, und wir sind ihnen energisch zu Leibe gegangen. Aber ab und zu fällt uns — ich bin in der Vorstandschaft des Bayerischen Bauernverbandes — der hochblöbliche Generalsekretär des Bauernverbandes schon etwas in den Arm. Ich würde meinen Namensvetter Alois dringend bitten, uns nicht in den Arm zu fallen, damit wir Landräte draußen nicht immer die Prellböcke sind.

Besonders möchte ich mich auch an den Viehwirtschaftsverband wenden. In meinem Wahlkreis Vogen — ich bin nämlich in zwei Kreisen vertreten: im Kreis Deggendorf als Landrat und im Kreis Vogen als Abgeordneter; ich bin also, um mir einen Lorbeerkranz umzuhängen, eine berühmte Person; ich bin 1,60 Meter groß, humoristisch bemerkt — hat eine Metzgermeistersfrau an den Viehwirtschaftsverband geschrieben, daß ein Viehhändler, der ein guter Nazi war, von den Metzgern, denen er das Vieh liefert, pro Woche soundso viel Fleisch gratis bekommt. Und wie ist die Geschichte ausgegangen? Bald hätte die Metzgermeisterin eine Strafe bekommen und nicht der Viehhändler. Ich habe mich dann als Abgeordneter dahinter gesetzt, und dann hat der Kontrolleur, oder was er ist — ich will ihn in seiner Ehre nicht kränken, weil ich nicht weiß, was er ist — in Vogen gesagt: Ja, jetzt muß ich der Sache schon etwas nachgehen, weil ein Abgeordneter dahinter steckt. Aber der Viehhändler ist heute noch Viehhändler. Ich bitte daher den Herrn Landwirtschaftsminister dringend, einmal etwas nachzusehen, ob die Geschichte ganz stimmt.

Wir Landräte haben an sich mit den Ernährungsämtern A nichts zu tun. Ich komme mit meinem Ernährungsamt A sehr gut aus; ich arbeite mit ihm sehr gut zusammen; bevor ich vor zwei Jahren Landrat geworden bin, war ich ehrenamtlicher Leiter des Ernährungsamtes A. Wir sind sehr bemüht, die Viehhändler, die nach unserer Meinung nicht so ganz tadellos sind, auszumerzen. Aber gerade der Viehwirtschaftsverband ist für die Zulassung der Viehhändler zuständig. Wenn wir ihn aufmerksam machen,

**(Weinziel Alois (CSU))**

daß vielleicht der oder jener nicht zugelassen werden sollte, dann wird gerade der zugelassen, weil er natürlich zur Hebung der Ernährung sehr notwendig ist, weil er auch die anderen Kanäle kennt.

Einer meiner Vorredner — ich glaube, es war der Herr Kollege Maag — hat von den Schlepfern gesprochen. Da gebe ich ihm vollkommen recht. Aber da treibt der Reichsnährstand immer noch sein Unwesen. Wenn man früher im Reichsnährstand gute Beziehungen hatte, so heißt es im Volksmund, bekommt man auch eher einen Schlepper. Sehen Sie, eine Kriegerwitfrau in meinem Landkreis, nach Angabe des Bürgermeisters eine ziemlich tüchtige Bäuerin, bekommt halt keinen Schlepper, weil ihr Mann einrückte, weil er bei der Partei nicht so gut angeschrieben war, und weil einige der Herren, die früher dem Reichsnährstand sehr nahegestanden sind, sagen, daß diese Bäuerin den Schlepper nicht braucht. Ich würde daher den Herrn Landwirtschaftsminister dringend bitten, auch da nach dem Rechten zu sehen.

Jetzt komme ich noch auf die Kartoffelaktion zu sprechen. Wir im Landkreis Deggendorf sind dem Herrn Landwirtschaftsminister dankbar, daß er diese Kontrolle hinausgeschickt hat. Alle ehrlichen Bauern sind ihm dankbar, daß die Bauern, die ihre Lieferpflicht nicht erfüllen, endlich gepackt werden. Es heißt jetzt, die Aktion wäre abgestoppt und man habe die Polizei zurückgezogen. Ich glaube, Herr Minister, daß es nicht wahr ist. Aber wenn es wahr wäre, hätten Sie die Verfehlten zurückgezogen. Ich glaube, daß unser Ehepartner, die Gewerkschaftsmenschen, die jetzt vom Bauernstand sehr viel verstehen, vielleicht doch etwas gefährlicher sind als die Polizisten.

(Seiterkeit.)

— Regen Sie sich nicht auf, meine Herren! Ich war in jungen Jahren auch in München und anderen Städten gewerkschaftlich organisiert. Ich achte und ehre die Gewerkschaften, aber nur bis zu einem gewissen Grade. Ich kann nur nicht verstehen, daß man uns Bauern nicht in die Betriebe hinein und einmal kontrollieren läßt,

(sehr richtig.)

wie dort gearbeitet wird.

(Haas: Wir haben nichts dagegen, im Gegenteil.)

— Im Gegenteil! Ist ja gar nicht wahr!

(Haas: Die Arbeiter haben nichts drin zu verstecken.)

— Ja, ich weiß es nicht. Gerade vom englisch besetzten Gebiet herunter kommen ja die Industriellen. Da kommen meist die Arbeiter herunter, die uns Landwirten das schöne Zeug bringen, das wir eintauschen können.

(Zuruf von der SPD: Das sind die Nicht-Arbeiter.)

— So, habt Ihr auch Lumpen dabei?

(Beifall und Seiterkeit.)

Ich will jetzt zum Schluß kommen. Meine Herren, seien wir ehrlich! Tun wir, was wir tun können. Zünden Sie nicht die Flamme an! Sehen Sie, nur kurz ein Beispiel: Im Jahr 1919 war ich Bürgermeister einer größeren Landgemeinde. Damals kamen verschiedene Herren und sagten, Einwohnerwehren müssen gegründet werden. Ich habe gesagt: „Warum brauche ich eine Einwohnerwehr in meiner Gemeinde?“ — „Ja, die Roten von München kommen.“ Da habe ich gesagt: Sie dürfen ruhig kommen, wir haben vier Jahre geschossen, von 1914 bis 1918. Jetzt schießen wir nicht mehr. Wenn sie kommen, dann reden wir mit ihnen. Ich bin auch ohne Einwohnerwehr ausgekommen. Wahlen wir nicht heute mit dem großen Marsch, Herr Kollege Fischer, wie Sie vorhin angedeutet haben! Wir haben jetzt jahrelang vernichtet, und was haben wir erreicht? Wir wollen nicht weiter vernichten, wir wollen miteinander arbeiten.

(Fischer: Das wollen wir!)

Denken wir an das heiligste Wort der Demokratie. Es ist das zweite Gebot Gottes: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! So bauen wir die Demokratie auf.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kübler.

Kübler (CSU): Meine Damen und Herren! In früheren Jahren war die Haushaltsberatung im Landtag eine sehr

große Sache. Es war da die Möglichkeit gegeben, Wünsche und Anregungen zu bringen und Kritik zu üben. Heute ist es wesentlich anders, weil der Etat, mit dem wir uns beschäftigen, zum großen Teil einer Zeit angehört, die schon hinter uns liegt; wir können ihn also durch unser Reden und unsere Kritik nicht mehr stark beeinflussen. Wir können lediglich Wünsche vorbringen und Beschwerden anmelden, damit sie im kommenden Jahr beim Haushalt ihre Berücksichtigung finden.

Es liegt uns ganz besonders am Herzen — da kann der Herr Minister überzeugt sein, daß wir hier im hohen Hause alle einig sind, wenn wir diesen Wunsch aussprechen —, daß in der Führung des Ministeriums größtmögliche Sparsamkeit geübt wird. Wir wollen keinen aufgeblähten bürokratischen Apparat, sondern wir wollen die ganze Tätigkeit des Ministeriums auf das Leben abstellen, so wie dieses es heute fordert: Sparsamkeit in allen Dingen und am rechten Platze. Vielleicht läßt sich beim nächsten Etat des Landwirtschaftsministeriums, wenn er uns vorliegt, nach der Richtung hin mancher Abstrich machen. Es soll uns recht sein.

Auch wir können verschiedene Beschwerden vorbringen, und es ist von dieser Möglichkeit schon ausgiebiger Gebrauch gemacht worden. Ich möchte auch einige solcher Dinge anmelden, gerade was den Gartenbauwirtschaftsverband betrifft. Ich kann es nicht verstehen, daß irgendein Hochstapler in Dienststellen des Ministeriums und auch der Verbände, wenn er dort mit großen Worten auftritt, so willfähriges Ohr findet. Ich kann mich an einen Fall erinnern, daß hier ein solcher Hochstapler auftrat, der behauptete, eine Marmeladefabrik zu besitzen. Ihm wurden dann 150 Zentner Zucker zugeteilt, natürlich nicht um dem wirtschaftlichen Zweck zugeführt zu werden, sondern wieder einmal um in schwarze Kanäle zu verschwinden. Es ist sonderbar, daß das möglich ist, weil die Herren auf der anderen Seite manchmal sehr zugeknöpft sind, wenn wir berechtigte Wünsche vortragen. Als ich mich dann einschaltete und als Landrat diesen Zucker beschlagnahmen ließ, da wurde mir gesagt, dazu stünde mir überhaupt kein Recht zu. Die Regierung verfügte dann, daß dieser Zucker wieder freigegeben werden sollte. Ich habe das nicht getan, sondern gesehen, daß der Zucker dahin kam, wo er hinkommen mußte, nämlich nicht in den Schwarzhandel, sondern zum Verbraucher. Es sind mir einige solche Beispiele bekannt, wo Menschen, hinter denen nichts steht, kraft ihrer Sprüche und ihres Auftretens bei beamteten Stellen ein willfähriges Ohr und Gerechtigkeit finden, ihre Wünsche durchzuführen. Das müßte anders werden. Es besteht die Möglichkeit, sich hier die nötigen Unterlagen zu verschaffen und solchen Dingen vorzubeugen.

Es war ein Mißgriff schwerer Art, als man bei dem Aufruf in dieser Periode mit den 50 Gramm Fett operierte, wenn man schon vorher wußte, daß diese 50 Gramm Fett nicht die endgültige Leistung, sondern ein erstmaliger Aufruf sind. Es war ein Mißgriff, daß man das hinausgab und dann, als sich Widerstände ergaben, als ein gewisser Teil von Arbeitern sogar zum Streik überging, sofort einlenkte und sagte: Ihr bekommt nicht 50 Gramm, sondern 150 Gramm Fett. Das sind Fehler, die nicht begangen werden dürfen.

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Pödenyn hat das gemacht, nicht ich.)

— Ich weiß, das Landwirtschaftsministerium ist hieran mehr oder weniger unschuldig. Aber ich meine, wer heute in dieser gespannten Atmosphäre so handelt, der öffnet radikalen Elementen Tür und Tor, die sich heute immer mehr an die Oberfläche wagen, um sich erfolgreich zu betätigen. Es mußte den Eindruck erwecken: Wenn auf den Tisch geklopft und gesagt wird, wir arbeiten nicht mehr, wenn wir nicht mehr bekommen, dann sind die Lebensmittel auf einmal da und können gewährt werden. Solche Fehlrechnungen dürfen in Zukunft unter gar keinen Umständen mehr vorkommen. Das wäre der größte Fehler. Ich möchte also wünschen, daß immer an das Leben und weniger an Bürokratismus und insbesondere die Paragraphen gedacht wird. Wenn sich manche Dienststellen in ihren ganzen Handlungen mehr auf das Leben und die Notwendigkeit konzentrieren würden, dann würden manche Fehler und Ungeheuerlichkeiten, die jetzt in dieser schweren Periode der von der Katastrophe bedrohten Menschheit, jetzt, wo wir alle auf einem Pulverfaß sitzen, so leicht zur Explosion führen können. Ich

(Müller [CSU])

finde es sehr bedauerlich, daß man diese Notlage, in der wir uns jetzt befinden — der eine Teil der Bevölkerung mehr, der andere vielleicht noch weniger; er weiß aber nicht, ob er nicht morgen genau so von der Notlage bedroht ist wie der andere, dem es heute schon schlechter geht —, manchmal in demagogischer Weise dazu ausnützt, um parteipolitische Interessen oder Interessen gewisser Volkskreise in den Vordergrund zu schieben. Wer heute so handelt, begeht ein Verbrechen an unserem Volk.

(Sehr gut!)

Ich bedauere auch diesen scharfen Ton, als ob die Menschen, die hier drüben sitzen (nach rechts gewendet), nicht auch die Not des Volkes kennen würden.

(Zuruf: Man soll auch die Zeichen sehen!)

— Mein lieber Kollege Fischer, wir kennen auch die Zeiten und die Not.

(Fischer: Die Zeichen!)

— Auch die Zeichen. Die kenne ich so gut wie Sie. Ich würde Sie einladen, mit mir hinauszugehen, wenn ich zu den Bauern spreche. Da wird den Bauern die Notlage so sehr vor Augen geführt, die furchtbare Not in den Großstädten. Das können Sie nicht besser, als ich es tue. Sie tun dem Bauern unrecht, wenn Sie immer wieder sagen, er erfülle seine Pflicht nicht. Ich habe jetzt die Zeit über, in der wir keine Verhandlungen des Landtags pflegten, jeden Tag Versammlungen gehalten, bin hinaus zu den Bauern und habe ihnen die Notlage drastisch vor Augen geführt. Ich freue mich, feststellen zu können: Ich bin nie auf Widerspruch gestoßen, sondern meine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen, und das Ergebnis hat sich auch darin gezeigt, daß die Ablieferung an Kartoffeln in einer manchmal überraschenden Weise erfolgt ist. Gestern hat der Kollege Brunner die Frage aufgeworfen: Wo sind denn die Kartoffeln? Die Frage, wo denn die Kartoffeln sind, wenn die Rechnung nicht aufgeht, die das Ministerium macht, kann ich Ihnen schon beantworten. Man hat in die Welt hinausposaunt: Die Kartoffelernte ist so schlecht, es wird zu einer Katastrophe kommen. Das wirkte wie ein Alarmruf. Das wirkt ungefähr so, wie wenn ich erfahre, daß die Bank, bei der ich meine Ersparnisse angelegt habe, auf schlechten Füßen steht, ins Wanken kommt. Alles wird hinrennen und die Gelder abheben, und das Institut wird zusammenbrechen. So ähnlich war es auch hier. Sie hätten sehen sollen, was für ein Sturm auf die Bauernhöfe losging.

Der Bauer mußte damals noch nicht, daß er alle seine Erträge abliefern mußte, abzüglich dessen, was er für seine Selbstversorgung und für Saatgut noch benötigte. Er hat nicht allein an Freunde und Verwandte abgegeben. Es kommen auch andere Leute. Es sind nicht immer Kommerzienräte und solche, die die Not nicht kennen; es sind sehr viele Menschen aus dem Kreis der Verbraucher. Es hat eine 40-Stunden-Woche gegeben. Ich habe damals gesagt: Diese 40-Stunden-Woche ist eine Schleichhandelsmöglichkeit mehr. Sie hätten das einmal erleben müssen, wie diese Zeit dazu benutzt wurde, um die Bauernhöfe zu überlaufen. Und der Bauer gibt immer. Er gibt bedauerlicherweise nicht nur dem, den der Hunger hinaustreibt; er gibt auch dem anderen, der wieder verkauft, was er erhält. Sie dürfen überzeugt sein, daß wir dagegen mit aller Schärfe angehen. Was wir hier den Bauern sagen, wird auch ad notam genommen, wenigstens bei den anständigen Bauern. Für den anderen haben wir keine schützende Hand und sagen, daß hier die exemplarischste und schärfste Strafe angebracht ist.

Aber, meine Herren, ich führe den Kampf gegen den Schleichhandel nicht nur beim Bauern. Wichtig: Wenn der Bauer nichts verkaufen würde, so hätte der Schleichhandel, der nichts erzeugt, auch nichts zu verkaufen. Ich führe den Kampf auch gegen jene, die den Bauern dazu bringen, den Schwarzhandel zu beliefern. Sie müssen sich in die Dinge hineinsetzen. Mit den regulären Preisen, die heute für landwirtschaftliche Erzeugnisse gegeben werden, ist die Landwirtschaft überhaupt nicht mehr aufrechtzuerhalten.

(Dr. Hille: Der Arbeiter muß aber von seinem Lohn leben!)

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist dies unmöglich. Infolgedessen ist die Versuchung für den Bauern sehr groß, auf dem Tauschweg oder gegen höhere Preise manchmal etwas abzusetzen. Aber schauen Sie sich die Leute an, die hier mit die Träger des Schwarzhandels sind! Auf der einen Seite ist es der Bauer, der gewissenlos genug ist, gegen einen Judaslohn, gegen ein Geld, auf dem, wie ich immer sage, bestimmt kein Segen liegen kann, seine Waren abzugeben, auf der andern Seite sind es die Leute, die den Bauern dazu bringen. Es sind das vielfach Leute aus Ihren Kreisen. Sie kommen aus der Großstadt; sie nennen sich auch Arbeiter, gehen aber der Arbeit meisthaft aus dem Wege. So liegen die Dinge in der Wirklichkeit, und diese Auswüchse können wir nur gemeinsam bekämpfen. Sie und wir, wir müssen zusammenhalten, um dem Recht wieder zum Recht zu verhelfen. Darum möchte ich Sie herzlichst bitten.

Meine Herren, es ist davon gesprochen worden, die Förderung der Erzeugung sei das Grundlegende. Richtig! Es kann nur das verteilt werden, was erzeugt ist. Wir müssen also erst daran gehen, einmal die Möglichkeiten für die Erzeugung zu schaffen, und ich bitte deshalb, daß gerade vom Landwirtschaftsministerium aus alles getan wird, um dem Bauern die Möglichkeit dazu zu geben. Es darf nicht mehr so sein wie in den verflochtenen Jahren, daß sich der Bauer die Dinge, die er unbedingt braucht, um seinen Hof ertragsfähig zu gestalten, auf dem Wege des Schwarzhandels und der Kompensation einzutauschen muß. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Ich kann Ihnen sagen, daß die Bauern bei der Kartoffelerntungsaktion nicht darüber geklagt haben, daß sie abliefern müssen, sondern sie sagten mir: Ihr nehmt uns jetzt alles weg. Welche Möglichkeiten haben wir, uns unsere Bedarfsartikel zu beschaffen? Wir können jetzt nichts mehr im Tauschwege hingeben. — Deshalb möchte ich Ihnen, Herr Minister, sagen: Sorgen Sie dafür, daß der Bauer Schuhe und Kleidung, seine Bedarfsartikel, die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen auf dem regulären Wege kaufen kann, und daß er auch die Arbeitskräfte nicht nur gegen Hergabe von Erzeugnissen, sondern gegen Bezahlung bekommt. Die Zeit muß nun endlich einmal aufhören, daß ein jeder vom Bauern das und jenes verlangt, wenn er für ihn arbeiten soll. Das möchte ich Ihnen, meine Herren von der linken Seite des Hauses, sagen.

Es gibt nicht nur eine Pflicht der Ablieferung, sondern es gibt auch für den Staatsbürger eine Pflicht zur Arbeit. Ich möchte Sie bitten, sich Ihres Einflusses zu bedienen, um die Kreise, die Ihnen nahestehen, dahin zu bringen, sich auch wieder wirklich nutzbringender Arbeit hinzugeben. Da fehlt es manchmal sehr weit. Es ist eine Schande sondergleichen, daß man im Frühjahr, wenn beim Bauern die Arbeit beginnt, nicht die notwendigen Arbeitskräfte bekommt. Es müssen da z. B. die Pflanzen verzogen werden, damit sie später Erträge liefern. Diese Arbeit muß unbedingt durchgeführt werden. Ich habe mich tatsächlich geschämt — ich habe in diesem Hause schon einmal darüber gesprochen —, daß ich die Schule stillen mußte, um das Verziehen der Pflanzen auf den Bauernhöfen durchführen zu können, damit wir im Herbst wieder etwas zu ernten haben.

Meine Herren! Mit solchen Sprüchen, wie sie Herr Reuter am Radio gebracht hat, ist nichts getan: Wir warnen... wir warnen... und immer wieder: wir warnen... — Das kann man pflichtvergessenen Menschen gegenüber tun. Aber das sind unsere Bauern nicht. Einige wenige sind darunter. Das wird zugegeben. Gegen jene gehen wir mit Recht rücksichtslos vor. Ich habe kürzlich in einer Spruchkammerverhandlung mit Überraschung gehört, wie ein paar Bauern, die sich zu verantworten hatten, weil sie Nazi waren, ihre nationalsozialistische Einstellung damit beweisen wollten, daß sie sagten, sie wären in der Nazizeit die schlechtesten Ablieferer gewesen.

(Dr. Hundhammer: Und heute sind sie auch die schlechtesten Ablieferer!)

Das ist für mich kein Beweis; denn dem, der alles verschoben und einen braunen Bonzen beliefert hatte, wurde durch die Finger gesehen. Ich habe mir die Hoffarte dieser Leute herausgesucht und mußte feststellen, daß sie das, was sie jetzt zu ihren eigenen Gunsten dafür in die Waagschale

(Rübler [CSU])

werfen wollten, daß sie keine Nazi waren, später genau so gut für sich dafür in Anspruch nehmen könnten, daß sie jetzt keine Demokraten waren, weil sie nämlich jetzt noch genau so schlecht abliefern.

Meine Herren! Sie können sich denken, daß wir diese Leute nicht ungeschoren lassen. Da bin gerade ich der richtige Mann dazu. Solchen Leuten gehe ich an die Gurgel und werde sie an ihre Pflicht erinnern. Ich werde sie mit aller Schärfe belangen. Mit allen Möglichkeiten, die der Staat als Druckmittel in der Hand hat, werde ich sie dazu zwingen, ihre Pflicht zu erfüllen. So wollen wir es halten. Gemeinsam wollen wir diesen Kampf gegen die Not und die furchtbare, drohende Katastrophe führen. Dann werden wir auch beim Volk Verständnis finden, ganz gleich, ob dies der Bauer ist, der dazu verpflichtet ist, seine Erzeugnisse restlos abzugeben, oder ob es sich um den Arbeiter handelt, dem wir sagen: Wir wissen, es geht dir schlecht; aber es hilft uns nichts, wir müssen unsere Pflicht tun. Ihr Arbeiter müßt helfen, die Produktion zu fördern! Nur in dieser gegenseitigen Angleichung werden wir über diese furchtbar schwere Lage hinwegkommen. Ich möchte Sie dringend darum bitten.

Gestern wurde der Zwischenruf gemacht: Wenn die Verwaltung unten auf eine breitere Basis gestellt werden soll, dann müßten wir erst andere Landräte schaffen. Es ist wirklich nicht schön, daß man hier immer so verallgemeinert. Wir haben Landräte, die in der allerschwersten Zeit ihre Pflicht voll und ganz getan haben. Es wird vielleicht eine Zeit kommen, in der man die Arbeit dieser in eine solche Materie hineingestellten Männer lobend anerkennen wird. Ich möchte bitten, einmal eine Statistik herauszugeben, in der aufgeführt wird, welche Landräte ihre Pflicht erfüllt haben. Sie werden überrascht sein: Es sind nur wenige hodenständige Männer, die ihre Pflicht nicht getan haben. Ein großer Teil hat restlos erfüllt, was er versprochen hat.

Meine Herren! Ich appelliere an Sie: Wir wollen uns gerade den Etat des Landwirtschaftsministeriums als Richtschnur dienen lassen. Arbeiten wir zusammen, wenn auch ein Riß in der Ehe zwischen Gewerkschaft und Bauernverband besteht. Er ist gar nicht notwendig. Wenn wir uns von dem Gedanken leiten lassen, in dieser furchtbaren Not- und Katastrophenzeit weiter unsere Pflicht zu tun, dann werden wir auch den richtigen Weg finden.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Ich darf bekannt geben: Abgeordneter Schraml ist heute vormittag wegen dienstlicher Inanspruchnahme entschuldigt.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sinnerl.

Dr. Sinnerl (FDP): Meine Damen und Herren! Ich bin gestern durch wenig erfreuliche Zurufe beehrt worden. Es wurde sogar „Fuui!“ gerufen. Ich glaube, das ist mir bis jetzt bei aller Gegensätzlichkeit der Meinungen noch nicht passiert, und hier muß ein Mißverständnis vorliegen. Man sollte doch mit solchen Zurufen etwas vorsichtiger sein. Wir hatten nämlich über die Frage der Ernährung schon im Ältestenrat in Anwesenheit des Herrn Landwirtschaftsministers eingehend gesprochen. Das meiste von dem, was gestern und heute hier gesagt wurde, ist auch dort besprochen worden. Ich habe mir die bescheidene Bemerkung erlaubt, daß, wenn die Not in den Städten so groß ist, man auch Opfer bringen müsse und nicht nur von den Opfern reden dürfe.

Ich besitze den Mut, zu sagen, daß ich Großstädter zeit meines Lebens bin. Infolgedessen kenne ich auch die Großstadtverhältnisse, und ich habe mir nie angewagt, zu behaupten, die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu kennen. Aber wir sind doch hier die Vertreter unseres Volkes, und ich glaube, die Großstädter gehören genau so zum bayerischen Volk wie meinerwegen die Landwirte, die heute so beredete Vertreter gefunden haben. Unser Minister heißt auch nicht Minister für die Landwirtschaft, sondern Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. Ich habe gefunden, daß man bei all den Auseinandersetzungen dieses zweite Amt, für Ernährung, zu wenig gewürdigt hat.

Ich vermisse in den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers vor allen Dingen einen Aufbauplan, Stenogr. Ber. des Bayer. Landtags 1947/48. Bd. II. 36. Sitzung. (NMFV)

wie man sich denn eigentlich die Entwicklung denkt. Denn was wir heute hier reden und tun, gehört eigentlich alles der Vergangenheit an, daran können wir nicht mehr sehr viel ändern. Aber wir sollten aus den gemachten Fehlern lernen, und deshalb müssen wir doch auf die Vergangenheit eingehen.

Der größte Fehler, den das Landwirtschaftsministerium überhaupt gemacht hat, liegt wohl darin, daß man den Landwirten draußen zu spät gesagt hat, um was es geht. Man hat den Bauern viel zu spät begrifflich gemacht, daß die Not in den Städten wirklich groß ist, insbesondere wegen der riesigen Dürre, unter der wir besonders in Franken zu leiden hatten. Wenn man das, was man im Oktober von uns verlangte, daß wir an die Bauern herantreten sollen, vielleicht schon zwei Monate früher gemacht hätte, wäre eine bessere Auswirkung zu erzielen gewesen. Vor zwei Monaten wußte man genau so gut, daß die Ernte nicht mehr gut ausfallen konnte. Es fehlte hier etwas am psychologischen Verständnis, wie man ja bei der Ernährungsfrage ohne die Berücksichtigung der psychologischen Seite nicht ganz auskommen kann.

Meiner Ansicht nach fehlt auch folgendes: Man müßte die Möglichkeit schaffen, daß wir auf sechs, acht und zehn Monate hinaus mit dem versehen sind, was wir dringend brauchen, damit die Bevölkerung in den Städten nicht aus Angst hamstert. Das geschieht nämlich oft, weil keiner weiß, ob er in vier Wochen noch das erhält, was er heute bekommt. Wenn der Bevölkerung klargemacht werden kann, daß wir auf Monate hinaus mit den notwendigsten Nahrungsmitteln eingedeckt sind, dann wird zweifellos die bestehende Unruhe in der Bevölkerung und damit das Hamstern ein Ende nehmen.

Und nun spreche ich wieder als Großstädter. Ich habe das auch schon dem Herrn Landwirtschaftsminister gesagt. Gehen Sie doch einmal — auch Sie, die Sie Bauernvertreter sind — an einen der Vorkorbahnhöfe in den Großstädten. Seit August, seitdem es Frühkartoffeln gibt, werden dort täglich Hunderte und Tausende von Zentnern Kartoffeln hereingeschleppt. Ich rede nur von dem Hereingeschleppten und nicht von Lastkraftwagen und Personautos. Machen Sie es dann den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten, die nichts haben, klar, daß es auf dem Lande nichts mehr gibt, wenn sie sehen, daß monatelang jeden Tag, den der Herrgott gibt, Hunderte und Tausende von Zentnern — das wird mir jeder Großstädter bestätigen — hereingeschleppt werden! Er sieht es ja! Ich greife keinen Bauern an. Ich denke gar nicht daran. Ich betrachte es rein psychologisch. Der Städter muß sich sagen: Es ist alles da. Ich kriege alles, wenn ich die entsprechenden Tauschmittel oder auch die entsprechenden Verwandten auf dem Lande habe. — Es ist nicht so, Herr Kollege Weingierl, daß ich auf dem Lande draußen Verwandte habe, und mein furchtbarer Körperumfang rührt bestimmt nicht davon her. Wenn Sie ihn so schrecklich gefunden haben, so seien Sie überzeugt: Das hat andere Gründe, für deren Beurteilung Sie nicht zuständig sind. Angesichts der geschilderten Verhältnisse müßte man aufklärend wirken.

Das gleiche gilt auch für andere Bezirke. Meine Damen und Herren, ich komme infolge meiner Stellung im Berufsleben auch in andere Zonen, und immer wieder erlebe ich dort, daß uns vorgehalten wird: Bei euch in Bayern gibt es alles, da kann man alles haben, und wir kriegen nichts. Ich weiß, daß das nicht so liegt; ich weiß aber, daß jeder, der aus Solingen oder Remscheid kommt und nur eine Aktentasche voll Schlösser mitbringt, aus Hamburg eine Aktentasche voll Hufnägel oder sonst etwas, eine Portion Taschenmesser, mit Butter nach Hause geht; das weiß jeder droben. Das sind nicht die großen Schleichhändler, von denen man manchmal redet. Meine Herren, ich greife niemanden an, ich stelle nur fest, daß das so ist.

Ich könnte Ihnen einen andern Fall nennen, wo jemand aus Württemberg mit 50 Flaschen Wein im Auto ins Allgäu gefahren ist. Es ist einer meiner Kollegen gewesen. Er ist mit 50 Pfund Butter wiedergekehrt. Den Leuten machen Sie es einmal begrifflich, daß es bei uns nichts gibt und daß bei uns die Bauern richtig abliefern! Ich weiß natürlich, daß das nicht Millionen Menschen sind, die das tun. Ich denke gar nicht daran, zu sagen: Die Bauern sind

(Dr. Sinnert [FDP])

hundertprozentig schlecht oder gut oder sonst etwas. Aber beachten Sie einmal alle diese Faktoren!

Nach meiner Ansicht müßte eben endlich — und hierin unterscheide ich mich doch auch von einigen Rednern des heutigen Tages — der so gepriesene deutsche Zusammenhalt sich auch hierin in etwas zeigen, nämlich daß nicht der Bayer dem Württemberger vorwirft: du lieferst uns keine Äpfel, und daß nicht umgekehrt die Württemberger uns vorwerfen: ihr gebt uns keine Butter, keinen Käse und keine Eier. Das gleiche gilt für die Zone, daß der eine sagt: Du gibst uns keine Kohle und daher kriegst du keine Lebensmittel. So dürfte es doch nicht gehen.

Wenn wir schon einen Versuch machen — denn, meine Damen und Herren, mehr ist doch der Wirtschaftsrat in Frankfurt wirklich nicht als gewissermaßen ein Versuch, die deutsche Wirtschaft wieder etwas zusammenzubringen; sie ist ja merkwürdigerweise in zwei Jahren so auseinandergerissen worden, daß sich beinahe eine Zonenfremde heiratsfähig hat —, dann sollte man den Versuch doch nicht dadurch stören, daß wir nur den bayerischen Standpunkt vertreten und der andere sich auf den andern Standpunkt stellt.

Ich verstehe nach der Ansicht unseres Kollegen Schögl nichts von der Landwirtschaft. Ich gebe ihm vollkommen recht. Aber ich glaube, in dem Hause spricht jeder nicht immer nur von seinem Beruf aus, sondern füllt sein Amt auch als Volksvertreter aus und muß sich zwangsläufig mit Dingen befassen, die er nicht versteht; die muß er eben lernen. Und ich glaube, Herr Dr. Schögl, es sind auch manche Landwirtschaftsvertreter, seien es nun Staatskommissare oder Generalsekretäre, nicht als Bauernbuben ihr ganzes Leben herumgelaufen, sondern sie haben schließlich auch mit etwas anderen Gegenständen zu tun gehabt. Wir Großstädter haben ein Interesse daran, daß diese Fragen hier aufgeklärt werden, nicht weil wir hier drohen oder etwas Ähnliches können, da gebe ich dem Kollegen Weinzierl recht. Wir müssen miteinander reden, und weil wir das tun wollen, darum müssen Sie auch einmal den Städten anhören, wie er empfunden. Das ist nicht böse Meinung, das soll nicht bössartig wirken; aber um Verständnis müssen wir bitten.

Ich darf in dem Zusammenhang ruhig sagen: Es hat auch gar keinen Zweck, wenn die Gewerkschaftsvertreter sich so sehr aufs hohe Ross gegenüber der Landwirtschaft setzen. Der Arbeiter kompensiert nämlich ganz genau so; der macht es kein Haar anders. Ich kann es Ihnen aus meinen eigenen Aufbaumöglichkeiten — versuchten Möglichkeiten — heraus sagen, daß es heute auch in der Großstadt keinen Menschen mehr gibt, der nicht Ersatz verlangt statt Geld. Das ist nicht bloß beim Bauern so, das ist überall so. Als es mir vor wenigen Wochen nach einem Jahr des Wartens gelungen ist, endlich einen Spengler zu finden, der einen Teil meines Daches in zwei Stunden fertiggemacht hat, ist er zur Tür hereingekommen und hat gesagt: Was kriege ich zum Frühstück?

Das ist in der Stadt um kein Haar anders. Darum habe ich bei der Auseinandersetzung im Arbeitsrat gesagt: Die Not ist nicht bloß in der Landwirtschaft, die Not ist allgemein. Bei der Landwirtschaft ist es nur ein Ausschnitt aus der allgemeinen Not; und was den einen drückt, drückt den anderen genau so. Es kriegt ja nicht bloß der Bauer keine Schuhe; auch der Stadtarbeiter bekommt keine Schuhe, und der braucht sie doch auch. Wir müssen also doch wirklich hier auf eine gemeinschaftliche Basis kommen und versuchen, uns einander zu nähern.

Die Zwangswirtschaft, die ganz besonders notwendig auf dem Ernährungssektor ist, ist die Grundlage alles dessen, was heute hier an Angriffen vorgebracht worden ist. Die Zwangswirtschaft führt automatisch zunächst zum Verschwinden und dann zum Verschleichen der Artikel. Ob das der Bauer ist oder der Handwerker oder sonst jemand, ist vollkommen gleichgültig; hier kann wirklich keiner dem anderen irgend etwas vorwerfen.

Darum habe ich es auch bedauert, daß Herr Kollege Fischer in seiner nach meiner Auffassung als der eines Großstädtlers ausgezeichneten Rede wieder einmal von der linken Seite

des Hauses die Ärzte angegriffen hat. Er sagt, die Ärzte stellten die Bescheinigung aus, damit die Leute Kranken- z u l a g e n bekommen und die Ärztekammer hätte ihm bestätigt, das gefsche, weil es ein anderer Arzt doch machen würde. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein verantwortlicher Arzt das gesagt hat. Herr Fischer hat sich selber gleich nachher Lügen gestraft; er hat uns nämlich hier erzählt, daß französische Ärzte bei uns waren, die Bevölkerung nach- untersucht und festgestellt haben, daß nur 20 Prozent normal ernährt sind. Jetzt übertragen Sie, bitte, diese Zahl auf den Arzt! Das heißt, auf deutsch gesagt, bei gutem Gewissen muß er 80 Prozent als unterernährt anerkennen. Das ist also die überwiegende Mehrheit. Die anderen 20 Prozent gehen gar nicht zum Arzt.

(Fischer: Ich lade Sie zum Ernährungsamt Fürth, Krankenabteilung, ein!)

— Ich weiß, was hier gespielt wird, ich kenne es. Aber Sie können nicht auf der einen Seite sagen, das deutsche Volk ist zu vier Fünfteln unterernährt, und dann dem Arztestand den Vorwurf machen, daß er diesen unterernährten Menschen hilft!

(Stoß: Die bekommen ja auch die Zulagen nicht!)

— Ich weiß es ganz genau. Ich bin keiner von ihnen; ich bin Zahnarzt und schreibe keine Nahrungsmittelzulagen heraus. Ich kann also hier vollkommen frei reden und bin in keiner Weise selbst davon betroffen. Aber ich muß das zur Rettung der Ehre des Arztestandes hier anführen.

Damit komme ich auf ein weiteres Kapitel — ich vermissе eigentlich, daß der Herr Ernährungsminister darauf eingegangen ist —, und das ist das leidige Zulagewesen. Man behauptet, daß es, wenn man es genau durchsieht, bei uns nicht weniger als 57 verschiedene Arten von Zulagemöglichkeiten gibt. Hier, glaube ich, müßte man doch einmal versuchen, etwas Positives zu bringen, etwa so, wie es uns der Referent der Stadt Nürnberg in einer Stadtratsitzung vorgetragen hat. Er hat uns an Hand der Zahlen über all die Zulagen usw., die er in Händen hat, ausgerechnet, daß, wenn man diese Zulagen gleichmäßig verteilen würde, in Nürnberg sämtliche — wohlgemeint: sämtliche — Einwohner, also vom Kind bis zum Greis, 1800 Kalorien bekämen. Das gilt also nur für die Stadt Nürnberg; ich kann mir aber nicht denken, daß es anderswo anders liegt, zumindest nicht in den großen Städten. Ich habe mir darauf gesagt: Da fährt doch der Schwer- und Schwerstarbeiter mindestens ebenso gut, wenn er für seine ganze Familie 1800 Kalorien bekommt, als wenn er allein 4000 erhält und seine Familie nicht. Nehmen wir den Durchschnittsstand, wie wir ihn im allgemeinen mit 3,5 Personen annehmen; rechnen Sie sich das auf den Kopf der Familie aus! Er fährt zum Teil sogar besser. Das ist einer von den Vorschlägen, die man eigentlich von den verantwortlichen Stellen erwarten müßte. Zumindest müßte man erwarten, daß man prüft, ob sie durchführbar sind. Ich glaube, es wäre wohl des Schweißes der betreffenden Referenten wert, daß sie sich einmal dieser Frage annehmen würden.

Der Herr Minister und alle Minister, deren Stats jetzt beraten werden, befinden sich in der glücklichen Lage, daß wir an ihrem Etat praktisch gar nichts ändern können. Er ist ja zu vier Fünfteln abgelaufen. Es haben auch sämtliche Fraktionen, die bisher gesprochen haben, erklärt, daß sie dem Etat zustimmen. Man könnte also beinahe der Ansicht sein, wir reden etwas zum Fenster hinaus und wir müßten uns eigentlich mehr mit dem nächsten Etat befassen. Das wird auch zweifellos geschehen; und ich hoffe, die Debatte in diesem Haus wird Veranlassung geben, daß nun von Seiten des Ministeriums aus auch wirklich positive Vorschläge auf diesem Gebiet gemacht werden. Positive Vorschläge auch auf einem Gebiet, das nur zum Teil zum Arbeitsbereich des Landwirtschaftsministers gehört; das ist das Problem der Siedlung, der Bodenreform, von dem der Kollege Maag schon gesprochen hat. Die Siedlung gehört zum Ressort des Landwirtschaftsministers, weil es sich hier um Bauernsiedlung dreht. Das aber, was unter Bodenreform verstanden wird, hat mit der Bauernsiedlung nur sehr indirekt zu tun.

Herr Kollege Maag war so liebenswürdig, darauf hinzuweisen, daß ich früher schon einmal erwähnt habe, man

(Dr. Einnert [SDP])

müßte sich auch mit A l e i n g a r t e n - und H e i m s t ä t t e n - siedlung befassen. Wir haben einmal den Beschluß gefaßt, hierfür einen Ausschuß einzusetzen. Ja, meine Damen und Herren, das mit den Ausschüssen ist so eine Geschichte. Ich denke hier immer an meinen schwäbischen Freund in Stuttgart, der gesagt hat: Wählet Se an Ausschuß von drei Mann, von denen zwei net komme, dann geschieht etwas! So, glaube ich, ist es bei vielen Ausschüssen. Geschehen ist gar nichts auf diesem Gebiet; und man müßte sich gerade auf diesem Gebiet einmal bemühen, nun den Großstädtern — ich spreche wiederum als Großstädter — und den Städten Rechnung zu tragen.

Ich weiß nicht, ob im Landwirtschaftsministerium ein Referat dafür besteht, um einmal nachzuprüfen, was in der Gartensiedlung, in der Heimstättenfiedlung alles geleistet wird und was den Arbeitern und Angestellten vor allen Dingen auch wiederum eine gewisse Sicherheit auf dem Ernährungssektor gibt. Ich sehe es an mir selbst; ich habe einen solchen Garten, ich habe Gemüse geerntet, und ich bin also besser daran wie andere. Das könnte man schaffen, wenn man die Siedlung, die Bodenreform wirklich fördert. Das, was Herr Staatsrat Nilas in einer ausgezeichneten Rede hierzu vorgetragen hat, ist, wenn man es nüchtern nachprüft, so kläglich, daß ich genau so wie der Kollege Maag sagen muß: Nicht sei eine Entel werden am Grabe weinen, sondern die Entel jener, denen ihre Wünsche nicht erfüllt werden konnten, weil man ein bißchen arg langsam vorgegangen ist. Die Zahlen, die dazu genannt worden sind, was die Landesfiedlung an Ansiedlung geleistet hat, sind jämmerlich. Ich glaube, es sind im ganzen 280 Bauern, die angesiedelt worden sind. Damit, glaube ich, sollte man gar nicht vor die Öffentlichkeit treten; damit werden wir ja ausgelacht. Es dreht sich nicht darum, ob Bayern 2,8 oder 2,9 Prozent sogenannten Großgrundbesitz hat, sondern es dreht sich darum, was Positives auf diesem Gebiet geleistet werden kann.

Und hier habe ich den Eindruck, es könnte mehr geleistet werden. Es sind auch die Menschen dafür da, nämlich die Bayern aus dem Sudetenland, aus Schlesien usw., die von Haus aus Bauern sind und die unter Umständen auch mit etwas weniger zufrieden sein könnten, als sie vielleicht bisher gewohnt gewesen sind. Es wird wohl beim Ressort des Arbeitsministers noch einmal über die Siedlungs- bzw. Heimstättenfrage zu sprechen sein.

Über eines muß ich mich wundern. Meine Damen und Herren, zum Landwirtschaftsministerium gehören die sogenannten Wirtschaftsverbände, die heute nun gerade kein großes Lob zu hören bekommen haben. Aber ein Wirtschaftsverband ist gar nicht genannt worden, und das ist der Brauwirtschaftsverband. Ich glaube, hier gilt das gleiche, was man sonst von den Frauen sagt, nämlich daß die besten Frauen die sind, von denen man nicht spricht. So scheint mir auch der Brauwirtschaftsverband anscheinend ohne Angriffsflächen zu sein. Aber ich hätte gedacht, daß der Herr Minister auch auf diesem Gebiet etwas Positives zu sagen gehabt hätte. Denn es dreht sich hier nicht darum, ob wir nun gerne ein gutes Glas Bier trinken — daß wir das tun, brauchen wir nicht zu verheimlichen —, sondern es dreht sich darum, daß die Brauereien, die Brauwirtschaftsindustrie — ich gebrauche das Wort Industrie mit Absicht — einen für Bayern sehr wichtigen Industriezweig darstellt, daß das Bier nicht ein Genussmittel allein ist, sondern daß hier ja 32 000 Brauereiarbeiter beschäftigt sind, daß in der Brauerei Hefe, Eiweiß usw. produziert werden, daß für die Landwirtschaft Abfälle an Trebern usw. vorhanden sind, die gerade in der Viehzucht, wo soviel an Futter fehlt, nutzbar angewendet werden können. Es dürfte doch wohl der Vorschlag an den Herrn Landwirtschaftsminister gemacht werden, trotz des Verbots der Militärregierung immer wieder den Versuch zu machen, diese Industrie in Bayern nicht zum Erliegen bringen zu lassen. Ich richte die Aufforderung an den Herrn Minister, sich beim Herrn Ministerpräsidenten, der anwesend ist, dafür einzusetzen, daß immer wieder der Versuch gemacht wird, unsere Brauereindustrie zu erhalten.

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Geschicht laufend, Herr Abgeordneter!)

Ich warne dringend davor, Vergleiche zu wählen, wie sie leider in der Landtagsitzung im Februar dieses Jahres vorgebracht wurden, nämlich zu sagen: Der Bauer trinkt dann lieber die Milch weg, wenn er kein Bier bekommt. Das ist kein Beweggrund. Hier handelt es sich allein darum, daß wir eine in späteren Zeiten zweifellos auch für unseren Export und für unsere Devisenbewirtschaftung sehr wichtige Industrie erst einmal am Leben erhalten und sie sogar nach Möglichkeit fördern. Ich bitte also dringend darum, daß die Brauwirtschaft nicht vergessen wird und daß alle Versuche gemacht werden, sie für uns zu erhalten.

Meine Damen und Herren! Es wäre zum Etat selbst manches zu sagen. Aber ich glaube, wenn wir uns an die Rede des Herrn Finanzministers erinnern, der ja letzten Endes keine, ich möchte sagen, einschränkende Hand über alle Ministerien hält, dann brauchen wir zunächst nicht viel zu sagen und nur zu hoffen, daß sich das, was der Herr Finanzminister geplant hat — nämlich den Abbau des nach aller Ansicht doch übersehten Verwaltungsapparats auf 80 Prozent zu erreichen —, beim nächsten Etat des Landwirtschaftsministeriums ebenfalls zeigt. Wir können, glaube ich, mit den Zahlen, wie sie heute bei uns üblich sind, in vielerlei sehr kurzer Zeit nicht mehr rechnen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie das werden soll. Aber ich glaube, es müßte in den Behörden, in den Verwaltungen mit allem Nachdruck an das gedacht werden, was kommen wird und kommen muß; denn das ist ja auch mit einer der Grundlagen all der Kritiken, die hier geübt worden sind: daß bei Zeiten vorgesorgt wird, daß wir uns nicht überraschen lassen, sondern, soweit es in menschlichen Kräften steht, vorbeugen.

In diesem Sinn, glaube ich, können wir dem Etat des Landwirtschaftsministers augenblicklich zustimmen mit dem Vorbehalt, daß wir erwarten, daß der nächste Etat den Forderungen, die hier gestellt worden sind, hauptsächlich bezüglich des Abbaus des Verwaltungsapparats Rechnung getragen wird.

(Beifall bei der SDP.)

Präsident: Ich schlage dem Hause vor, die Beratungen abzubrechen und sie wieder heute nachmittag 3 Uhr pünktlich fortzusetzen.

Die Sitzung ist vertagt.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 34 Minuten unterbrochen.

Die Sitzung wird um 15 Uhr 10 Minuten durch den Präsidenten Dr. Yorlacher wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich habe zunächst dem hohen Haus ein Schreiben des Generals Müller, das an mich als den Präsidenten des Bayerischen Landtags gerichtet ist, zur Kenntnis zu bringen. Er schreibt:

Sehr geehrter Herr Dr. Yorlacher!

Am 20. November 1947 übergebe ich offiziell meine Befehlsgewalt als Direktor der Militärregierung für das Land Bayern meinem Nachfolger, Herrn Murray D. van Wagoner. Von diesem Tage an sind alle Dienstgeschäfte mit diesem Büro über Mr. van Wagoner abzuwickeln. Mein besonderes Interesse fanden die Beratungen des nach 13 Jahren erstmalig frei gewählten Bayerischen Landtags. Ich bringe meine besten Wünsche zum Ausdruck dahingehend, daß er sich weiterhin als eine wirklich repräsentative Einrichtung im Dienste des bayerischen Volkes entwickeln möge. Jeden einzelnen Abgeordneten der gesetzgebenden Versammlung darf ich besonders ermutigen, die hohen Aspirationen des Volkes, das ihn erwählte, zu vertreten, desselben Volkes, das von ihm sowie von den anderen Abgeordneten erwartet, auf dem Wege zu einer wirklichen und tatkräftigen Demokratie geführt zu werden.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, dieses Schreiben, das das hohe Haus in besonderem Maße angeht, bekanntzugeben. Die Zeit, in der General Müller in Bayern die Geschäfte des Direktors der Militärregierung geführt hat, wird immer mit der Erinnerung verbunden sein, daß General Müller wesentlich mitgeholfen hat, dem bayerischen Volk als erstem deutschen Volk wieder eine demokratische Verfassung zu geben. Wir werden uns stets auch gerne zurückerinnern an die vertrauensvolle und verständnisvolle Zusammenarbeit der bayerischen Staatsregierung und der Volksvertretung mit dem Büro des Direktors der Militärregierung

(Präsident)

für Bayern. Ich darf in diesem Zusammenhang dem Wunsche Ausdruck geben, daß Herr General Müller auf dem neuen Posten, den er bezieht, besten Erfolg haben möge, und damit die Erwartung verbinden, daß wir in ihm einen Fürsprecher für unsere bayerischen und deutschen Belange in der Zukunft finden mögen.

(Beifall.)

Das Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Wir fahren in der Beratung fort. Das Wort hat der Abgeordnete Kraus.

Kraus (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bevor ich meine Ausführungen zum Etat des Landwirtschaftsministeriums beginne, muß ich einen Vorwurf des Herrn Abgeordneten Brunner zurückweisen, der die Genossenschaften gestern als korrupt bezeichnet hat.

(Brunner: Das ist nicht wahr!)

Wenn man schon über eine Genossenschaft ein Urteil fällen will, dann muß man auch in der Sachlage bewandert sein und darf nicht einen Obmann des Bauernverbandes mit einer Genossenschaft vergleichen. Darüber sind wir uns doch vollkommen im klaren; Engel sind wir alle nicht, und wir sind auch nicht als Idealisten geboren. Im übrigen aber bin ich der Meinung, daß in einer Genossenschaft doch eine ganz andere Kontrolle ausgeübt wird wie beim Handel. Ich war ja selbst von 1934 ab zwölf Jahre im Handel tätig und bin nun wieder in einer Genossenschaft, so daß ich da wohl ein Wort mitreden kann. Ich muß also diesen Vorwurf, die Genossenschaften seien korrupt, unter allen Umständen zurückweisen. So gehen die Dinge doch nicht!

Und nun zur Etatberatung! Wir haben schon des langen und breiten gehört, wie die Situation ist. Trotzdem muß ich zu verschiedenen Punkten des vorliegenden Etats Stellung nehmen, insbesondere deshalb, weil anscheinend verschiedene Mitglieder dieses hohen Hauses glauben, man könnte, wenn man alle Betriebe auf den Staat überleitet, vielleicht eine bessere Wirtschaft herbeiführen. Betrachten wir uns einmal nur die Staatsbetriebe des Landwirtschaftsministeriums! Ich weiß sehr wohl, daß der Staat gezwungen ist, zur Förderung der Landwirtschaft verschiedene Betriebszweige selbst in die Hand zu nehmen. Nun sehen wir aber doch, daß diese Betriebe alle Zuschußbetriebe sind.

Dann möchte ich an den Herrn Landwirtschaftsminister eine Frage richten: In Ihrem Etat, Herr Minister, befindet sich ein Posten für Sonderbeauftragte mit 225 000 Mark. Ich weiß nicht, ob wir in der Demokratie noch Sonderbeauftragte brauchen. Ich möchte bitten, diese Sonderbeauftragten endlich auch einmal durch einen demokratischen Ausdruck zu ersetzen. Weiter ist ein Posten mit 370 000 Mark enthalten für „ehrenamtliche Leiter“. Ich nehme an, es handelt sich dabei um die ehrenamtlichen Leiter der Ernährungsämter. Soviel ich unterrichtet bin, haben wir in Bayern 70 Ernährungsämter, so daß also 70 ehrenamtliche Leiter vorhanden sind. Wenn man die 370 000 Mark auf diese 70 ehrenamtlichen Leiter austeilt, dann kann man meiner Auffassung nach doch wirklich nicht mehr von ehrenamtlichen, sondern nur von hauptamtlichen Leitern sprechen.

Heute und auch gestern schon ist lange debattiert worden über den sogenannten Kartoffelkrieg. Ich möchte hierüber weiter kein Wort verlieren, sondern nur von Franken aus hierzu eine kurze Bemerkung machen. Wenn der Bauernverband und die Bayerische Staatsregierung den einen Zentner Kartoffeln genehmigt — und ich bin der Meinung, daß jeder in der Stadt einen Zentner bekommen soll —, dann muß dabei auf unsere Notstandsgebiete in Franken doch besonders Rücksicht genommen werden. Sämtliche Kommissionen haben festgestellt, daß die meisten unserer Bauern nicht einmal das nötige Saatgut haben. In weiten Gebieten des Mains sind die Kartoffeln heuer für die menschliche Ernährung überhaupt nicht geeignet. Sie sind infolge der Dürre so schlecht, daß man sie nicht kochen kann. Wenn man nun in Franken den Bauern auch noch diesen Zentner Kartoffeln wegnimmt, dann geht das auf das Konto Saatgut. Es war ja schon im heurigen Frühjahr so, daß z. B. in meiner Heimatgemeinde allein 50 Morgen Kartoffeln nicht gelegt werden konnten, weil das nötige Saatgut nicht vorhanden war. Wenn wir auf den gestrigen

Tag zurückblicken, dann muß ich sagen, es erübrigt sich jedes weitere Wort über den sogenannten Kartoffelkrieg. Herr Staatsrat Kiflas hat erklärt, es stimme nicht, daß zu wenig Kartoffeln geerntet wurden. Ich bin der Meinung, jede Maßnahme in dieser Richtung ist verfehlt. Man müßte vor allem dafür sorgen, daß von anderen Zonen Saatkartoffeln hereinkommen. Das ist die Aufgabe, Herr Minister, vor der wir stehen. Erst wenn diese Saatkartoffeln hereinkommen, können bei uns Speisekartoffeln freigemacht werden.

Dann hätte ich noch eine Bitte, Herr Minister: Sie haben gestern erklärt, die Hufnägeln sei behoben. Ich muß leider Gottes feststellen, daß in meinem Landkreis die Hufnägeln immer noch so knapp sind wie im Vorjahr. Zu dieser Hufnägeln kommt noch etwas anderes. Es sind nämlich bei uns, zumal der Winter vor der Tür steht und so wenig Gespannvieh haben, die Stollen und Griffe genau so rar wie die Hufnägeln. Wenn dann das Wetter so schlecht ist wie z. B. gestern und dann über Nacht Frost eintritt, sind die Bauern nicht in der Lage, ihre Pferde aus den Ställen zu nehmen, weil sie bei diesem Glatteis ohne scharfe Griffe und Stollen einfach nicht fahren können. In dieser Richtung müßte also auch etwas unternommen werden, und es ist nicht damit getan, daß man sagt, der Mangel sei behoben.

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Wird behoben, habe ich gesagt.)

— Dann bitte ich zu entschuldigen; ich habe das anscheinend überhört. Es eilt aber wirklich; darüber gibt es keinen Zweifel.

Und nun möchte ich noch auf einen Mißstand aufmerksam machen. Herr Minister, Sie haben gesagt, die Vermehrungsbetriebe haben sich seit dem vorigen Jahr, wenn ich richtig verstanden habe, von 30 000 Hektar auf 45 000 Hektar erhöht. Mag dem sein, wie es will, jedenfalls gehen aber in Bezug auf die Vermehrungsbetriebe sonderbare Dinge vor sich. Es ist nicht damit getan, daß man sagt, die Zahl der Vermehrungsbetriebe ist erhöht worden, sondern wichtig ist bei der ganzen Angelegenheit, daß wir das Saatgut bekommen, das diese Betriebe vermehren soll. Wie aber sieht es da aus, Herr Minister? Ich kann nur vom fränkischen Standpunkt aus sprechen und weiß nicht, wie es in anderen Gegenden ist. Vorausschicken möchte ich, daß bei uns, in meinem Landkreis, die Landwirtschaft so parzelliert ist, wie man das in ganz Bayern kaum in einer ähnlichen Weise vorfindet. Die Landwirtschaft hat im vorigen Herbst und im heurigen Frühjahr das nötige Saatgut nicht bekommen. Von der Landwirtschaftsstelle und von der Ackerbaustelle wurde zwar Elite — Saatgut und Hochzucht — Saatgut zum Vermehren angeboten. Was war die Folge? Jeder Pflücker in der Landwirtschaft hat vermehrt. So war es wenigstens in meinem Landkreis, Herr Minister. Ich habe hierwegen auch schon bei den landwirtschaftlichen Stellen vorgeschrien und glaube, in diese Dinge von der Genossenschaft aus auch etwas Einblick zu haben. Wir haben von dem Saatgut — das muß ich leider Gottes feststellen —, das wir den Vermehrungsbetrieben gegeben haben, nicht einmal das erwartete Drittel hereinkommen. Und wissen Sie warum? Weil jeder kleine und kleinste Zwergebetrieb vermehrt! Wir haben die reinste Vermehrungsflut. So gehen die Dinge auch nicht! Ich bin der Meinung, daß die Landwirtschaftsstellen angewiesen werden müßten, daß das teure Saatgut nur den Fachleuten, den Bauern zur Vermehrung übergeben wird und nicht irgend jemand, der vielleicht einen Acker in der Größe von 20 Mr hat, in Hunderte von Teilen parzelliert ist, wo dann links und rechts nichts ist und in der Mitte auch nichts wächst. So ist aber die Situation und nicht anders.

(Scharf: Das macht der Handel!)

— Das macht nicht der Handel, sondern es wird durch die Landwirtschaftsstellen nicht die nötige Kontrolle durchgeführt. Herr Kollege Scharf, es mag in Ihrer Gegend infolge der ganz anders gearteten Landwirtschaft vielleicht anders sein als bei uns in Franken. Wir haben in Franken mit einer parzellierten Wirtschaft zu rechnen, wie man sie in ganz Bayern sonst nicht antrifft. Bei der Vermehrung müssen also vor allem die Bauern bedacht und dann muß auch eine entsprechende Kontrolle geübt werden, damit das teure Saatgut nicht irgendwo in einem gewöhnlichen Betrieb verbraucht wird, sondern die Allgemeinheit einen

(Kraus [CSU])

Nutzen hat, indem man die größtmögliche Vermehrungsmenge herauszubringen sucht. Wir können ja heute aus dem Osten kein Saatgut mehr bekommen, sondern sind leider auf uns selbst angewiesen.

Dann muß ich noch ganz kurz auf einen anderen Mißstand zu sprechen kommen und, wie das heute schon öfter geschehen ist, auch die sogenannten Anhängsel des Landwirtschaftsministeriums etwas unter die Lupe nehmen, in erster Linie den Gartenbauwirtschaftsverband. Was dieser sich z. B. in der Obstversorgung geleistet hat, geht wirklich nicht mehr an.

(Sehr richtig!)

Wir haben in meiner Heimatgemeinde, Herr Minister, ein Soll von ungefähr 600 Zentnern gehabt; es können ein paar Zentner mehr oder weniger gewesen sein. Wir haben im Gemeinderat beschlossen, dieses Obst vor allem an die Flüchtlinge und Evakuierten auf ihre Gemüsekarte zu verteilen. Die Bauern haben das Obst abgeliefert und für das Pfund 22 Pfennige bekommen. Bei uns wachsen nämlich nicht die schönen, rotbackigen Äpfel, aber unsere Flüchtlinge und Evakuierten wären damit sehr zufrieden gewesen. Was hat nun der Gartenbauwirtschaftsverband getan? Er hat erklärt, das Obst muß aus der Gemeinde hinaus, und er hat dann von irgendwoher — man spricht doch immer von unseren Verkehrsschwierigkeiten — Obst mit Lastwagen herbeigeschafft, das, wie wir feststellen konnten, noch schlechter sortiert war als das unfrige, wobei das Pfund 65 Pfennige gekostet hat. 65 Pfennige, Herr Minister! Es wurde mir von anderen Dörfern meines Landkreises, als ich diese Angelegenheit zur Sprache brachte, gesagt, dort sei ähnliches passiert, das Pfund habe 70 Pfennige gekostet. So gehen die Dinge doch wirklich nicht!

(Stoß: Die wollen doch auch etwas verdienen!)

Daraufhin hat die Gewerkschaft der Mchaffenburg Gegend mit Recht Einspruch gegen diese Preiserhöhung erhoben. Die Mchaffenburg Gegend — Obernburg, Eschau, Sulzbach — ist eine Obstgegend. Dort haben die Flüchtlinge und Evakuierten, die selbst kein Obst haben, 10 oder 20 Kilogramm bekommen. Sie konnten diese aber nicht einmal kaufen, weil der Wochenlohn nicht gereicht hat. Die Gewerkschaft hat also mit Recht Einspruch erhoben. Was hat der Gartenbauwirtschaftsverband daraufhin getan? Er hat das sogenannte Industrieobst, Herr Minister, das 12 Mark gekostet hat beim Bauern, mitten in der Ernte auf 6 Mark heruntergesetzt. Was war die Folge? Daß acht Tage lang überhaupt kein Obst mehr abgeliefert wurde. Es ist in der Hochsaison über die Grenze oder weiß der Teufel wohin verschwunden. Tausende von Zentnern sind unkontrollierbar hinausgekommen. Dagegen hat der Gartenbauwirtschaftsverband nicht daran gedacht, dem Letzverteiler, der das Obst an die Verbraucher abgibt, von seinen 33 Prozent etwas abzugeben. Wenn so ein Letzverteiler, nachdem die Leute Schlange stehen, in ein paar Stunden 10 Zentner Obst verkauft, dann hat er dabei 300 Mark verdient. Ich bin der Meinung, man hätte da sehr wohl etwas wegnehmen und den Bauern diese 12 Mark lassen können. Es wäre dann viel mehr Obst unter die Bevölkerung gekommen.

(Sehr richtig!)

Soviel zum Gartenbauwirtschaftsverband! Von der Krautaffäre will ich überhaupt nicht reden; denn die spottet jeder Beschreibung. Da hat in Würzburg der Gartenbauwirtschaftsverband elf Gendarmen eingesetzt, die sollten das Kraut hüten, und ein Herr des Gartenbauwirtschaftsverbandes wurde, das ist sehr interessant, damit beauftragt, diesen Gendarmen die Kontrolle beizubringen: Es wird alles abgenommen, auch das letzte Häuptchen usw. Die Gendarmen haben diesen Befehl befolgt, der Herr des Gartenbauwirtschaftsverbandes aber hat die Situation ausgenutzt und hat sich bei dieser Gelegenheit etliche Paar Schuhe und — Herr Kollege Maag weiß das auch — Leder eingetauscht — dieser Herr des Gartenbauwirtschaftsverbandes, der den Gendarmen die Kontrolle beibringen sollte!

Staatsminister Dr. Baumgartner: Wie heißt der Herr? Ich bitte um den Namen.

Kraus (CSU): — Herr Minister, wir haben in Würzburg nur zwei solche Herren. Ich werde aber den Namen telegraphisch anfordern.

Staatsminister Dr. Baumgartner: Ich bitte dringend, mir den Namen zu nennen. Man kann nicht in der Öffentlichkeit jemand derart beschuldigen, ohne seinen Namen zu nennen.

Kraus (CSU): — Es beruht das auf Wahrheit. Die Angelegenheit ist auch im Kreistag behandelt worden. Ein Kreistagsmitglied von Unterbleichfeld hat das zusammen mit dem Landrat Meißner und dem Gendarmeriekommissar Kampacher vorgebracht. Den Namen bekommen Sie, Herr Minister, seien Sie da außer Sorge! Ich bin der Ansicht: Nachdem von der Besatzungsmacht uns kürzlich eine Demontageliste vorgelegt wurde, wäre es ganz gut, Herr Minister, wenn man auch hier einmal eine Demontageliste aufstellen würde, die diese Gebilde aus der unseligen Nazizeit aufführt. Der ganze Apparat würde damit endlich einmal wenigstens etwas in das Demokratische hinübergeleitet.

Im übrigen möchte ich Sie, Herr Minister, noch auf einen Mißstand aufmerksam machen. Es ist auch kein Zeichen von Demokratie, wenn man im Landwirtschaftsausschuß von einem Herrn dieser Wirtschaftsverbände den Vorwurf bekommt: Nun ja, früher sind die Kreisleiter gekommen, und heute kommen die Abgeordneten. Ich glaube, damit können wir uns als Abgeordnete nicht abfinden. Im übrigen ist ja der Herr Minister selbst Abgeordneter, und es könnte schließlich der Anschein erweckt werden, als käme ein Minister zu irgendeinem Leiter eines Wirtschaftsverbandes ähnlich wie früher der Kreisleiter gekommen ist.

Staatsminister Dr. Baumgartner: Wer hat diese Äußerung gemacht? „Früher sind die Kreisleiter gekommen, jetzt kommen die Abgeordneten“?

(Zietsch: Ich habe diese Äußerung seinerzeit gerügt. Das muß im Protokoll stehen.)

Kraus (CSU): — Es war der Leiter des Getreidewirtschaftsverbandes, Herr Scherer. Der Stenograph wird das aufgenommen haben.

(Stoß: Bist doch die Wirtschaftsverbände auf, die taugen sowieso nichts!)

— Zum mindesten müssen sie anders gestaltet werden. Mag es sein, wie es will, augenblicklich müssen wir uns noch mit der Sachlage abfinden.

Und nun, Herr Staatsrat, möchte ich noch ein Wort an Sie richten: Ich habe neulich im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft eine dringende Bitte an Sie gerichtet wegen unserer Regiehaltungen in Franken. Heute sind wir so weit, daß wir bereits Sägmehl füttern. Wir haben keine andere Möglichkeit mehr. Unsere Riegenböcke in den verschiedenen Regiehaltungen werden tatsächlich schon zum Teil mit Sägmehl gefüttert. Ich glaube, Herr Staatsrat, es müßte doch irgendwie möglich sein, nachdem man die Regiehaltung mit Müll und Not aufgebaut hat, sie über diese paar Monate hinüberzuretten. Ich bin nicht derjenige, der anspruchsvoll ist. Ich habe gesagt, ich bin mit Stroh zufrieden, weil wir durch die Umlage den Hafer hereinbekommen. Aber mit schönen Worten ist mir nicht mehr gedient. Wir stehen mit unserer Regiehaltung in unserem Landkreis vor dem Ruin; darüber gibt es keinen Zweifel. Unsere Bauern mußten wegen der Dürre die Hälfte ihres Viehs wegschaffen. Ich habe die dringende Bitte an Sie, Herr Minister, hier doch irgendwie zu helfen. Ich habe seinerzeit schon gesagt: Vielleicht wäre es möglich, aus dem Ablieferungsoll von Stroh, das vom Ochsenfurter Gau an die Besatzungsmacht kommen soll, hier etwas abzuzweigen. Davon haben wir aber bis jetzt noch sehr wenig gehört.

Und nun komme ich noch auf einen anderen Punkt zu sprechen. Sie wissen alle, daß ich schon im Februar 1947 einen Antrag eingebracht habe wegen der Bekämpfung der Wildschweine. Es ist heute früh schon vom Kollegen Maag darüber gesprochen worden, aber ich muß nachdrücklich noch einmal auf diesen Mißstand aufmerksam machen. Nicht nur die Wildschweine, sondern auch die Füchse und das ganze Raubvieh hatten dermaßen überhand genommen, daß wir ihrer in den Randgebieten nicht mehr Herr werden. Es treten hier Wildschweinerudel in der Gegend von Hafffurt auf, ich habe sie selbst gesehen, 30 Stück sind keine Seltenheit, sie kommen wie die Schafferden. Die spätaesäten Weizenfelder werden in einer Nacht durchgewühlt. Man ist nicht mehr in der Lage, dieses Tierzeugs Herr zu werden. Ich habe gestern bereits mit dem Landesjägerei gesprochen, daß wir vielleicht mit Hilfe der Besatzungsmacht hier Abhilfe schaffen. Die Wildschweine müssen auf dem Umstand ge-

**(Kraus [CSU])**

schossen werden, anders kann das Viehzeug nicht bekämpft werden. Vielleicht wäre es doch möglich, daß auf Grund dieser mißlichen Lage die Besatzungsmacht unsere alten und bewährten Jäger und Forstbeamten wenigstens jetzt vor dem Winter einsehen läßt. Die Schweine kommen zu Scharen aus dem Wald heraus. Vielleicht kann man hier doch diesem Glendsviehzeug auf den Buckel brennen. Jeder Kartoffelacker im Speßart, in der Gegend von Daffurt ist verloren, wenn wir im Frühjahr nicht in der Lage sind, einigermaßen diese Tiere zu bekämpfen. Daran ist hier kein Zweifel. Wenn die Wildschweine eine Ackerfurche erwischt haben, in die Kartoffel eingelegt sind, wühlen sie bis zu 100 Metern in einer Spur und finden jede Kartoffel. Ein gereiftes Weizenfeld ist diesen Bestien ein Federbissen. In meiner Heimatgegend bei Schweinfurt ist über Nacht ein Weizenschlag von 10 Morgen einfach dem Erdboden gleich gemacht worden. Man ist erstaunt darüber, wie die Bestien haufen und wüten. Herr Minister, ich habe die dringende Bitte, bekämpfen Sie die Wildschweine, dieses elende Raubzeug! Vielleicht ist es doch möglich, wenn man die Besatzungsmacht auf diesen Mißstand hinweist, daß man an unsere alten Jäger und alten Forstbeamten Gewehre herausgibt und damit im Winter gegen diese Vießer vorgeht; im Frühjahr bleiben sie nicht mehr draußen, da kommen sie nicht mehr so recht aus dem Wald und nur bei Mitternacht. Im Sommer können sie nicht so bekämpft werden wie im Winter.

Das sind die Gedanken, die ich bei der landwirtschaftlichen Angelegenheit vorbringen möchte. Im übrigen gesehen hat es nach der Sachlage gar keinen großen Wert, daß wir uns lang und breit über alle Fragen unterhalten. Der Haushalt steht und wird sich nicht viel ändern. Wir sind auch noch nicht souverän. So lange wir nicht selbst souverän sind, können wir schöne Reden halten, können den Landwirtschaftsminister bitten, können Forderungen stellen, aber er kann nicht, wie er will. Ich glaube ganz bestimmt, es wäre schon in der Wildschweinjache etwas geschehen, wenn uns die Arme nicht so gebunden wären. Wir brauchen zur Bekämpfung der Wildschweine irgendein Werkzeug, das die Besatzungsmacht nicht gern aus der Hand gibt. Darüber müssen wir uns klar sein. Wir müssen es immer wieder versuchen und auf die Mißstände hinweisen. Ich meine, daß auch die Besatzungsmacht zustimmen wird, wenn wir immer wieder die Forderung stellen. Sie wird schließlich einmal nachgeben.

Ich bitte deshalb im Hinblick auf die ganze Situation: Wir wollen doch alles daran wenden und versuchen, daß wir diesen Winter überstehen. Es ist nicht damit getan, daß wir nur kritisieren und bemängeln. Damit kommen wir nicht vorwärts, sondern wir müssen zusammenhelfen, Bauern und Arbeiter, Beamte und Angestellte, und müssen versuchen, über diese Notzeit hinwegzukommen.

(Beifall bei der CSU.)

**II. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Riedmiller.

**Riedmiller (SPD):** Meine Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, in die Debatte einzugreifen. Ich hatte mir lediglich vorgenommen, mich mit dem Antrag zu befassen, der sich mit den Tierkörperverwertungsanstalten beschäftigt. Der Verlauf der Debatte gibt mir aber Gelegenheit und Anlaß, einige Worte in diesem Zusammenhang vorausschicken.

(Stoß: Bitte etwas lauter!)

— Daß ich nicht lauter reden kann, daran bin ich nicht schuld, das danke ich noch Hitler, der mich nach Dachau gebracht hat. Ich konnte früher ganz kräftig brüllen.

Der Abgeordnete Weinzierl hat das, was sich zwischen den Gewerkschaften und dem Bauernverband angebahnt hat, eine Ehe genannt und hat gemeint, diese Ehe sei keine gute und würde schon wieder nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch der Auflösung verfallen. Er hat weiter betont, daß diese Ehe ihre Bewirklichung nur nach oben hin habe, aber nicht nach unten hin, das heißt nach der Seite der Mitglieder der beiden genannten Organisationen. Nehmen wir einmal an, es wäre so, so ist das für mich noch lange kein Grund, diesem Vorgang eine ganz gewaltige Bedeutung zuzumessen. Es ist zum ersten Male von verantwortlicher Seite, ob es nun gelingt oder nicht gelingt, der Versuch unternommen worden,

diese beiden Stände, die das Rückgrat unseres Landes, unserer gesamten Wirtschaft sind, einander näher zu bringen. Der Versuch allein ist es wert, daß er unternommen wurde. Ich bin noch lange nicht der Auffassung, daß dieser Versuch scheitern muß, sondern ganz im Gegenteil, ich wünsche den beiden Kontrahenten den allerbesten Erfolg, und zwar auf Grund meiner Erfahrungen. Ich stamme selber aus einem Bauernhaus und ich habe, wie der Herr Weinzierl, auch Verwandte. Wenn ich hinauskomme, komme ich mit meinen nächsten Verwandten zusammen, die alle Bauern sind. Ich habe es oft bedauert, als Arbeiter und als Gewerkschaftler, daß diese beiden Stände besonders in der Zeit bis zum Jahre 1914 sich soweit auseinandermanövriert haben, und zwar auseinandermanövriert, wo es absolut nicht notwendig gewesen wäre. Wenn der Bauer für seine Produkte, für sein Fleisch, berechtigterweise einen Pfennig oder zwei mehr haben wollte, haben die Arbeiter das sehr oft nicht begriffen. Wenn auf der anderen Seite die Arbeiter in den Städten um einen Pfennig oder zwei Pfennig Lohnerhöhung gekämpft haben, so hat man draußen auf dem Lande gesagt: Diese faulen Kerle wollen nicht arbeiten, sie wollen nur streiken und mehr Lohn haben. Auf Grund dieser Tatsache, dieses Kampfes der beiden Organisationen gegeneinander, war es möglich, daß die Industrie ungeheure Gewinne gemacht hat, war es möglich, für die Großagrarien diese Getreidezölle durchzudrücken, die gewiß nicht im Interesse derjenigen im Lande gewesen sind, auf deren Schutz es ankam.

Wenn also der Versuch unternommen wurde, Arbeiter und Bauern einander näher zu bringen, so bin ich der Auffassung, daß das wohl des Schweißes der Ehlen wert ist, und wir sollten diese Bemühungen und Anstrengungen nach allen Kräften unterstützen. Herr Weinzierl erklärt ja selber, daß er aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist oder doch mindestens einmal einer Gewerkschaft angehört hat. Ich habe mit Vergnügen festgestellt, daß er dort allenthalben gelernt hat, zu mindestens gerade auch in demokratischer Form, und ich werte seine Rede nicht nach der humoristischen Seite, sondern ich habe keinen Zweifel, daß sie für alle beiden Schichten einen sehr wertvollen Inhalt gehabt hat. Ich glaube, daß das auch ein Stück der Erfahrungen ist, die Sie in Ihrer Gewerkschaftszeit gemacht haben. Man soll sich endlich dazu bequemen, den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor unseres Wirtschaftslebens zu betrachten.

Noch ein Wort zu den Ausführungen meines Freundes Fischer und zu dem, was Kollege Reuter im Radio gesagt haben soll. Ich habe die Rede selber nicht gehört. Das, was der Kollege Fischer hier gesagt hat, war durchaus nicht als eine Drohung aufzufassen, das war eine Warnung an alle die Kreise, die heute noch nicht erkannt haben, daß die Uhr auf 5 Minuten vor 12 steht.

(Zuruf: Das wissen wir auch!)

— Ich habe noch nie einen Augenblick daran gezweifelt, daß Sie es wissen, Herr Kollege, ich zweifle aber sehr stark, daß dieses Wissen Gemeingut aller der Kreise ist, die Ihnen angehören.

(Who!)

Ich muß in diesem Zusammenhang noch das Folgende sagen: Dem Herrn Minister Baumgartner ist heute vielleicht mit Recht vorgeworfen worden, er sei in seiner Rede zu wenig den Interessen der Verbraucher gerecht geworden. Ich erinnere mich, gelesen zu haben, daß der Herr Minister an einer Stelle den Bauern gesagt hat, daß der Arbeiter, der unter den heutigen Verhältnissen noch arbeitet, als ein Held zu betrachten ist. Ich habe mich über diesen Ausdruck sehr gefreut. Es war nötig, daß das von dieser Stelle aus einmal gesagt wurde. Aber vergessen Sie nicht, daß dieser Held mit allen Helden gemeinsam hat, daß sein Heldentum nicht in entsprechender Weise gewertet wird! Ich hatte auch einmal das Vergnügen, vier Jahre lang ein Held zu sein — das war im ersten Weltkrieg —, und ich weiß nur, daß diese Heldentzeit eine der schlimmsten Zeiten war, die ich erlebt habe. Das trifft auch jetzt wieder auf unsere Arbeiter zu, die heute noch treu und ehrlich arbeiten, daß diese Arbeiter Helden sind, daß aber dieses Heldentum sehr wenig anerkannt und noch weniger materiell belohnt wird. Es beweist sich auch hier wieder, daß der ärmste Sohn der getreuesten für den Staat ist.

Nun ein Wort zu dem von der CSU eingebrachten Antrag betreffend Änderung der Satzung der Tierseuchenkasse!

(Niedmiller [SPD])

Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen — ich weiß nicht, ob schon der Herr Berichterstatter das Wesentliche darüber gesagt hat —, auf Grund meiner Erfahrungen etwas zu diesem Antrag zu sagen. Ich habe einen Zusatzantrag eingebracht, daß bei der Neuregelung der Lederstecks für die Zukunft auch an die Tierhalter Lederstecks ausgegeben werden, die gezwungen sind, ein verendetes Tier bei der Tierkörperverwertungsanstalt abzuliefern. Der Antrag wurde geboren aus der Überlegung, daß der Staat in hygienischer Beziehung das allergrößte Interesse hat, die Kadaververwertung in geordnete Bahnen zu lenken, aber auch aus der Auffassung, daß es die Aufgabe des Staates ist, auch die Kosten zu tragen. Bis jetzt war es so, daß die entstandenen Unkosten durch die Kreise getragen werden mußten. Das hat dazu geführt, daß eine große Unzufriedenheit mit der Arbeit dieser Anstalten entstanden ist. Man hat vor allem in den Kreisen, die in der heutigen Zeit, sagen wir das offen heraus, den Tierkadaver zum eigenen Nutzen verwerten wollen, die Gelegenheit benützt, um gegen die Anstalten als solche Sturm zu laufen. Die Anstalten als solche sind eine segensreiche Einrichtung, und es ist bezeichnend, daß nicht das zuständige Ministerium, das Innenministerium, nach dem Einmarsch der Amerikaner bemüht war, die Anstalten wieder in Gang zu setzen, sondern es war das Wirtschaftsministerium, aus der Erkenntnis heraus, daß hier wertvolle Produkte für unsere Volkswirtschaft anfallen, die andernfalls verlorengehen. Das Defizit der Anstalten ist zum großen Teil auf die Nichtablieferung der anfallenden Kadaver zurückzuführen, und das beruht wieder darauf, daß heute diese Produkte ganz anders ausgewertet werden können und daß ein ganz anderer Nutzen daraus gezogen werden kann für den einzelnen Besitzer oder für die Maschinenmeister, die sich wieder eingeschaltet haben, als wenn sie den Anstalten abgeliefert werden müssen. Es sind ungeheure Ertragnisse, die auf diese Art gewonnen werden. Ich habe mir die Zahlen aus der in meinem Kreis liegenden Anstalt geben lassen, die sich in den letzten neun Monaten ergeben haben. Es sind Zahlen, die für unsere Fettversorgung, Schuherzeugung usw. sehr wesentlich in Frage kommen. Der größte Teil dieser Abfallprodukte wäre verloren, wenn diese Anstalten nicht bestünden. Diese Anstalten müssen aber kontrolliert werden und deshalb begrüße ich es, daß die Tierseuchentafel nach diesem Antrag auch berufen ist, das Geschäftsbereichen derselben zu prüfen. Nach dieser Richtung muß noch allerhand getan werden. Es müssen vor allem die Einzugsgebiete geändert und es muß ein Anreiz geschaffen werden, daß der Bauer auch williger abgeliefert. Vor allem müssen auch die Verträge, die mit den Anstaltsbesitzern abgeschlossen worden sind, soweit die Anstalten verpachtet sind, einer Nachprüfung unterzogen werden.

Dann noch ein ganz kurzes Wort zu der Debatte, die sich mit der Tätigkeit unserer Landräte befaßt! Ich glaube, ich kann auch ein Wort dazu sagen. Der Herr Kollege Wimmer hat einen Zuruf gemacht, der zweifellos nicht richtig verstanden worden ist. Der Herr Kollege Wimmer wollte wohl sagen, daß es sehr wichtig ist, und ich halte das für absolut dringlich, einmal die Verantwortlichkeit der Landräte in jeder Beziehung klar herauszustellen, besonders in Bezug auf ihre Zuständigkeit gegenüber den Ernährungsämtern. Ich bin unter allen Umständen dafür, daß die Ernährungsämter unter die Disziplin der Landräte kommen, damit nicht die Landräte sich weiterhin auf die Unzuständigkeit, die oft Unzulänglichkeit ist, berufen können. Das gilt auch für manches andere Gebiet.

Nur ein Wort in diesem Zusammenhang über die Landräte selbst! Die Landräte wurden nach dem Einmarsch der Amerikaner von den Amerikanern in ihre Ämter kommissarisch eingesetzt. Die Amerikaner haben es teilweise schlecht, teilweise auch gut gemacht. Sie haben Leute genommen, die vielleicht auf Grund ihrer Sprachkenntnisse oder anderer Voraussetzungen dazu berufen wurden, das Amt des Landrats auszuüben. Es hat sich sehr bald gezeigt, daß die Spreu sich vom Weizen sonder. Man hat dann die Wahl der Landräte durchgeführt. Aber wenn nun die Amerikaner Mißgriffe gemacht haben, so kann man durchaus nicht behaupten, daß durch den demokratischen Aufbau, der sich dann vollzogen hat, durch die Wahl der Landräte, immer nur die Auswahl nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgt ist. Ganz im Gegenteil, gerade hier hat sich manchmal gezeigt, daß das,

was bei den Amerikanern die Sprachkenntnisse und andere Dinge bewirkt haben, bei der CDU das Mitgliedsbuch oder nur der Wille, Mitglied zu werden, bewirkt hat.

(Widerspruch bei der CDU.)

Ich glaube, daß nach dieser Richtung hin in der kommenden Zeit noch manches aufzuholen und nachzuholen ist, ja, ich bin der Auffassung, daß wir auf dem Gebiet der inneren Verwaltung erst dann wieder zu geordneten Verhältnissen kommen und zufriedenstellende Verhältnisse haben werden, wenn das Zahlenverhältnis, das wir hier haben, sich ändert, daß da drüben weniger der Herren sitzen und hier etwas mehr Einzug halten. Die Dinge liegen doch so, meine Damen und Herren von der CDU, man hat es in Ihren Kreisen sehr bedauert, daß die Koalition gesprengt wurde. Die Koalition ist nicht an den Verhältnissen gescheitert, die in der Regierung geherrscht haben, sie ist gescheitert, weil diese Verhältnisse nach unten hin sich in keiner Weise ausgeprägt haben. Aber erst, wenn es uns gelingt — und es wird uns gelingen in den kommenden Gemeindevahlen —, dieses Verhältnis zu ändern, dann bin ich der Überzeugung, daß auch die Frage der Landräte und die Verantwortlichkeit und die Bewährungsprobe der Landräte sich voll auswirken werden.

**II. Vizepräsident:** Es sind noch fünf Redner gemeldet. Dann ist Schluß der Rednerliste vorgeschlagen. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Brumberger.

**Brumberger (CSU):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ein altes Sprichwort sagt: In der Not der Zeit wird der Mensch manchmal ungerecht. An dieses alte Sprichwort mußte ich denken, als gestern und auch heute bei der Beratung des Landwirtschaftsausschusses von verschiedenen Rednern der linken Seite manch scharfes Wort fiel und manch harter Vorwurf gegen den Bauern erhoben wurde. Ich will nicht auf alle einzelnen Punkte eingehen, sondern nur einen Punkt herausgreifen. Als ausübender Bauer und als Vertreter eines Landkreises mit rein bäuerlicher Bevölkerung fühle ich mich hierzu nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet. Es wurde heute ganz besonders von dem Herrn Abgeordneten Dr. Rinnert gesagt, daß in den Vorortzügen nach den Großstädten täglich die Wahrnehmung gemacht werden könne, daß Hunderte oder sogar Tausende von Zentnern Kartoffeln vom Lande in die Stadt hereingeschleust werden und daß die Kartoffeln vorhanden sein müßten, sonst könnten sie nicht hereinkommen. Lassen Sie mich, obwohl diese Dinge schon eingehend behandelt worden sind, als Bauer zur Kartoffelfrage nur ein paar nach meiner Ansicht treffende Worte sagen! Wie stehen denn die Dinge in Wirklichkeit? Als infolge der anhaltenden Dürre im Laufe des heurigen Sommers bekannt wurde, daß die Kartoffelernte sehr schlecht ausfallen würde, als es Tatsache war, daß die Frühkartoffelernte nur einen Bruchteil der erwarteten Menge eingebracht hatte, da begann schon mit dem Einsetzen der Kartoffelernte im September der Zustrom aus der Stadt hinaus aufs Land. Es wurden nicht nur die Bauernhöfe, sondern sogar die Äcker und Felder der Bauern draußen von Leuten überlaufen, die in beredten Worten ihre Nöte schilderten und eindringlich darlegten, daß sie keine Kartoffeln zu Hause haben. Diesen Leuten wurden schon viele, viele Zentner gegeben. Sie dürfen überzeugt sein, daß keine Wucherpreise verlangt wurden, wie so gerne behauptet wird. Ich kann hier selbst als Bauer sprechen. Ich übertreibe nicht, sondern möchte nur den Standpunkt der Bauern darlegen, der heute nicht genügend gemürdigt worden ist. Ich komme darauf zu sprechen, weil hier von der linken Seite der Vorwurf erhoben wurde, daß der Bauer kein Herz hätte. Wer bringt es als anständiger Bauer fertig, diese abgehärmten Frauen und Männer, die hinauskommen und um ein bißchen Kartoffeln bitten, abzuweisen? Ich nicht, das sage ich Ihnen offen. Ich könnte Ihnen mit Hunderten von Beispielen aufwarten, wo so gehandelt wurde. Ich bringe es nicht fertig und meine Frau auch nicht. Ich habe ihr gesagt: Gib jedem etwas! Wenn man Kartoffeln herausnimmt und die Leute kommen und bitten um Kartoffeln, kann man sie doch nicht einfach abweisen. Wenn aber einer abgewiesen worden ist, dann hat es gleich geheißen: „Saubauer, unverschämter“. Das ist gesagt worden. In welcher Zwangslage befindet sich da der Bauer! Wie soll er sich verhalten? Soll er wirklich herzlos sein, einen konsequenten Standpunkt einnehmen und jedem die Tür weisen? Das wäre an sich recht. Aber wer bringt das fertig? Ich nicht.

**(Brumberger [CSU])**

In der Öffentlichkeit muß einmal klargestellt werden, daß auf diese Weise sehr viele Kartoffeln auf illegalem Wege verschwunden sind. Es war damals schon bekannt, daß höchstens ein Zentner Kartoffeln zugeteilt wird. So hatten eben die Leute das Bestreben, sich mit Kartoffeln zu versorgen. Das war vom Standpunkt dieser Leute aus begreiflich. Beim Bauern müßte es aber als herzlos betrachtet werden, wenn er diese Leute einfach vom Platz wegweist und ihnen nichts gibt. Ich wollte, daß jeder einmal Gelegenheit hätte, eine Woche lang draußen an der Stelle einer Bauersfrau zu sein. Dann könnte er ein anderes Lied singen. Viele Tausende von Zentnern sind auf diesem Wege weggegangen, und zwar nicht zu Wucherpreisen. Ich selbst habe mehr als zehn Zentner auf diese Weise verschentt. Mancher Bauer ist nicht in der Lage, sein Ablieferungssoll zu erfüllen, weil er seine Kartoffeln nicht verwuchert, sondern weil er sie verschentt hat und nun keine mehr besitzt.

Das wollte ich zum Ausdruck gebracht haben. Urteilen Sie nun selbst, ob Sie den Bauern, der Kartoffeln auf diese Weise hergegeben hat, auch zu den räumigen Schafen zählen wollen oder zu den Anständigen rechnen.

(Beifall bei der CSU.)

**II. Vizepräsident:** Das Wort hat der Abgeordnete Schmidt Gottlieb.

**Schmidt Gottlieb (MdB):** Meine Damen und Herren! Wenn es sich um die Ernährungslage dreht, so interessiert das selbstverständlich uns Bauern, aber nicht nur uns, sondern das interessiert das ganze Volk; denn Hunger tut weh, und jeder Mensch hat einen Magen, der befriedigt werden will. Darum möchte ich kurz zur Ernährungsfrage Stellung nehmen. Es ist so und bleibt so und wird nicht anders sein können, als daß die Landwirtschaft oben doch letzten Endes das Fundament des Staates ist und bleibt. Wenn wir die Ernährungsfrage lösen, dann haben wir alles gelöst. Hier müssen wir aber zu allererst bei der Landwirtschaft anfangen; denn davon hängt alles ab. Der Bauer hat deshalb nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich um diese Fragen zu kümmern. Wenn man vom Bauern verlangt, daß er das Letzte hergibt, dann kann er mit Recht erwidern, daß er dies tun will, daß man ihm aber auch das geben muß, was er zur Produktion der Nahrung braucht.

Wenn heute von der Ernährung gesprochen wird, so ist sie untrennbar mit dem Bauernhof verbunden. In Wirklichkeit ist der Bauernhof nicht der Hof des Bauern, sondern der Hof des Volkes. Je mehr aus dem Bauernhof herausgewirtschaftet wird, desto mehr ist für die Ernährung des Volkes vorhanden. Deshalb möchte ich kurz die Frage beantworten, die ein Kollege heute vormittag aufgeworfen hat, ob ein Landwirtschaftsminister zugleich Ernährungsminister sein kann. Jawohl, das kann er und muß er sogar sein; denn ein Landwirtschaftsminister, der nicht zugleich Ernährungsminister ist, ist kein Landwirtschaftsminister. Ein Landwirtschaftsminister hat die Pflicht, die Landwirtschaft in die Höhe zu bringen, damit die Produktion dauernd steigt. Je mehr nämlich die Produktion steigt, desto leichter kann die Ernährung sichergestellt werden. Je mehr vorhanden ist, desto mehr können wir verteilen. Ihr wißt alle: Wo nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren. Darum ist es die Pflicht des Staates und die Pflicht vor allem auch des Landwirtschaftsministers, auf den Bauernhof zu schauen und ihn in die Höhe zu bringen, damit er das leisten kann, was das Volk von ihm verlangt und verlangen muß. Da müssen wir aber heute anerkennen, daß unser Landwirtschaftsminister sich in dieser Hinsicht eingeseht hat, so gut er es konnte. Er hat sich dafür eingesetzt, daß auf den Bauernhof Rumpfdünger und all das kommt, was auf ihn kommen muß. Herr Landwirtschaftsminister, ich spreche Ihnen persönlich und vielleicht auch im Namen aller Bauern und des Volkes den Dank dafür aus, daß Sie die Zivillcouragie hatten, zu sagen: Das und das können wir leisten und das andere können wir nicht leisten.

(Beifall, vor allem bei der CSU.)

Wir danken Ihnen, daß Sie gesagt haben: Zunächst kommt unser bayerisches Volk und muß hier ein jeder seinen Zentner Kartoffeln im Keller haben, und dann kommen erst die anderen; denn die anderen machen es uns bestimmt auch nicht anders.

Wie kann der Landwirtschaftsminister die Ernährungsfrage lösen? Ich habe bereits angeführt: erstens durch Produktion. Zur Produktion gehört aber viel. Wenn man selbst Bauer ist, weiß man, was auf dem Bauernhof noch alles zur Steigerung der Produktion geschehen könnte. Wir wollen uns daran erinnern, wie dieser unglückselige Krieg unser ganzes Volk ins Elend gestürzt hat und was mit allen diesen Kräften und mit all diesem Geld hätte getan werden können, wenn sie zur Friedensproduktion anstatt zu diesem unseligen Menschenmorden verwendet worden wären.

(Zuruf von der SPD: Ein Paradies!)

— Die Welt müßte unbedingt ein Paradies sein, wenn all das zum Wohl des Volkes anstatt zu Mordzwecken verwendet worden wäre.

(Sehr gut! links.)

Sodann ist zweitens der Landwirtschaftsminister, da er auch Ernährungsminister ist, selbstverständlich auch für die Erfassung verantwortlich. Ich glaube, wer auf dem Lande ist und wer aufs Land kommt, der wird hier dem Landwirtschaftsminister keinen Vorwurf zu machen brauchen. Unsere Bauernbörser wimmeln oft von Kommissionen. Unlängst hatte ich zwei Kommissionen draußen, die sich angemeldet hatten, und dann kam noch eine dritte dazu. Die sagten: Nein, wir gehen, da sind heute schon zu viele da. Also eine Kommission sagt hinter der anderen. Kein anderer Stand würde sich in dieser Hinsicht mehr gefallen lassen, als sich der Bauernstand gefallen läßt. Er hat auch keine Zeit für etwas anderes; denn er muß seine Arbeit verrichten und alles andere laufen lassen. Also, Herr Landwirtschaftsminister, ich gebe Ihnen hier die Anerkennung: Was in dieser Hinsicht erfährt wurde, ist vollauf genug. Wenn man ohnehin eine Kommission hinter der anderen herlaufen läßt, kann man wirklich nicht mehr tun. Wenn wir so viele Leute für die Produktion hätten, als wir zur Erfassung haben, dann wäre die Kartoffelernte entsprechend größer geworden.

(Weiterkeit.)

Nun noch ein Wort zur Verteilung! Der Herr Ministerpräsident hat sich als Grundlage für seine Regierungserklärung die Worte Recht und Gerechtigkeit genommen. Wenn dieser Grundsatz durchgeführt wird, dann können wir das bestehende Loch stopfen. Wenn es nämlich nicht gestopft wird und wenn das so weiter geht, führt uns der Weg ins Chaos. Alles spricht heute von der Ernährung und jeder möchte seinen Teil davon haben. Wir alle im Landtag sind dafür verantwortlich, daß vor allem derjenige heute Nahrung erhält, der in der Arbeit steht. Dieser hat in erster Linie einen Anspruch darauf, sei es der Bauer, sei es der Mann an der Esse, sei es der Beamte im Büro. Der Berufstätige muß seine Ernährung sichergestellt sehen. In Wahrheit ist derjenige, der heute arbeitet und seine Pflicht erfüllt, der Dumme und Betrogene, weil er nicht Zeit hat, zum Hamstern zu gehen, und weil er mit den paar Pfennigen, die er verdient, nicht auf den Schwarzen Markt gehen kann und daher hungern muß. Herr Ministerpräsident, hier haben wir dafür zu sorgen, daß mit aller Härte eingegriffen wird. Ich bin auch Schmied. Ein Schmied hat aber seinem Fürsten zugerufen: Landgraf werde hart, hart wie dieses Eisen! Das ist nötig, andernfalls kommen wir zu keiner Ordnung.

Ich möchte noch auf etwas aufmerksam machen. Als im April und Mai von Kollegen ausgeführt wurde, daß man hinausgehen und den Bauern den roten Hahn aufs Dach setzen muß, habe ich von dieser Rednertribüne aus gewarnt davor, solche Zustände einreißer zu lassen. Ich habe gesagt, wir gehören alle zusammen, unsere Arbeiter und alle Stände. Nur wenn wir zusammenhalten, können wir all das meistern, was zu meistern ist. Als wir uns damals den Kopf darüber zerbrachen, wie wir die Ernährungsfrage meistern sollen, habe ich gesagt, wie wird es sein, wenn vielleicht die Ernte nicht so ausfallen sollte, wie wir wünschen, weil etwa eine Dürre, Nässe oder sonst etwas eintritt? Ich bin bestimmt kein Prophet und ich wollte, es wäre nicht eingetroffen. Leider hat heuer die Dürre geherrscht. So haben wir keine richtigen Kartoffeln geerntet, obwohl wir die gleiche Arbeit mit dem Stecken gehabt haben. Man sagt sonst, der dümmste Bauer hat die größten Kartoffeln. Das hat heuer auch nicht gestimmt. Wir können nichts dafür, daß es nicht geregnet hat. Man soll nicht den Bauern als Herrgott ansehen. Früher hieß es, Not lehrt beten. Heute möchte man meinen, sie lehrt

(Schmidt Gottlieb [WAB])

bloß schimpfen. Aber mit Schimpfen ist nichts getan. Von der Landwirtschaft ist getan worden, was getan werden konnte, damit die Menschen ihre Kartoffeln erhalten. Für die Dürre ist sie nicht verantwortlich. Von den Kommissionen ist oft mehr Beschlagnahme worden, als verantwortet werden kann, so daß nicht einmal immer das erforderliche Saatgut sichergestellt ist. Ein Kollege hat gesagt, wenn wir verhungert sind, hilft uns das Saatgut nichts. Wenn es schon so weit wäre, wäre dies richtig. Aber wir müssen auch wieder an die nächste Ernte denken. Ich hoffe, wir werden es trotzdem schaffen. Ich gebe zu, wenn wir heuer die Hälfte des Saatguts angebaut und eine gute Ernte gehabt hätten, dann hätten wir mehr Kartoffeln gehabt als jetzt. Wir müssen daran denken, der Bauer allein kann das Gebot so vieler Menschen zum Herrgott: Gib uns unser tägliches Brot! nicht erfüllen, sondern der Himmel muß sein Gedeihen dazu geben.

Dann möchte ich vor allem noch darauf hinweisen, daß insbesondere das Grundübel der Kompensationen erfaßt werden muß. Es muß allmählich aufhören, daß nur mit Lebensmitteln gehandelt werden kann. Wir sehen draußen im Lande, daß der Ehrliche nicht die Platten für seine Scheune hat. Er hat sein Dach nicht decken können, damit die Ernte nicht auswächst. Wer sich aber selbst geholfen hat, hat alles bekommen, was er brauchte. Das darf in Zukunft nicht mehr sein. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß das Allernotwendigste gemacht werden kann. Dem Bauern, der sich Tag für Tag müht und seine Landwirtschaft versorgt, darf nicht das Notwendigste zur Erzeugung fehlen. Ich bin Bürgermeister in einer Gemeinde von 500 Köpfen. Im letzten Monat sind uns im ganzen drei Paar Schuhe zuteil geworden. Das ist doch ein Schicksal. Stellen Sie sich einmal vor, daß ein Bauer heute den ganzen Tag hinter dem Pflug gehen muß. Wie lange wird er es aushalten, wenn es naß ist und er hat den ganzen Tag Wasser in den Stiefeln? Wo bekommen wir wieder Ersatz für einen Bauern? Alles schimpft wohl auf den Bauern, aber merkwürdigerweise bekommen wir keine Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Wir haben aber heute Flüchtlinge aus allen Himmelsrichtungen. Überall wird anerkannt, so wie bei uns in Bayern wird nirgends in der Landwirtschaft gearbeitet. Also können wir feststellen, daß unsere Landwirtschaft und unsere Bauern ihre Pflicht erfüllt haben.

Zum Schluß möchte ich dem Herrn Landwirtschaftsminister darin vollständig recht geben, daß wir Bayern die Ernährungsfrage nicht endgültig lösen können. Wenn das möglich wäre, was hätten wir dann früher mit all den Erzeugnissen gemacht, die andauernd von außen angeliefert worden sind? Wir müssen einig sein und mit aller Macht an das Weltgewissen appellieren, hauptsächlich an die demokratischen Staaten, die uns von den Nazis erlöst haben, daß sie vor allem unseren Arbeitern die Werkstätten und Maschinen belassen, weil es nicht angeht, daß man dauernd Millionen von Menschen die Nahrungsmittel schenkt. Wir müssen endlich einen Friedensvertrag bekommen und verdienen, damit wir ausführen können. Wir müssen die landwirtschaftlichen Flächen der Ostgebiete, insbesondere unser Ostpreußen, die die anderen absolut nicht brauchen, unbedingt zurück haben, weil wir diese Gebiete für Millionen von Menschen benötigen. Ich kann Euch ein Beispiel sagen. Ein Flüchtling aus meiner Gemeinde ist unlängst heimlich in das Sudetenland gegangen. Er war auf seinem Bauernhof gewesen. In seinem schönen Dorf, einem größeren Dorf, sind zwei einzige Familien. Seinen Bauernhof aber hat er genau so angetroffen, wie er ihn verlassen hat. Er hatte am letzten Tage noch Hafer gedroschen. Jetzt standen die Maschinen noch auf demselben Platz, und der Hafer ist noch nicht gedroschen. Wir müssen immer und immer wieder darauf pochen, daß solches Unrecht, das man uns um der Nazis willen widerfahren läßt, endlich abge schafft werden soll. Mit der Zeit muß ein Volk das andere leben lassen. Wenn auch hier wieder Recht und Gerechtigkeit eintritt, wird auch das deutsche Volk wieder in die Höhe kommen.

(Beifall bei der WAB.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Kaiser.

Kaiser (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn ich zum Landwirtschaftssetat das Wort ergreife, so stenogr. Ber. des Bayer. Landtags 1947/48. Bd. II. 86. Sitzung. (NMV)

deshalb, weil im Augenblick der Landkreis Augsburg dem sogenannten Kartoffelerfassungsexperiment der Aktion Groß und Fischerbrenner vom Ernährungsministerium in erhöhtem Maße ausgesetzt ist. Ich mußte zufällig gestern geschäftlich nach Hause und habe während meiner kurzen Anwesenheit mir telephonisch aus dem Landkreis Augsburg gestern abend Situationsberichte über die Art und die Methoden der Erfassung geben lassen müssen. Ich möchte folgendes feststellen: Der Friede zwischen Frankfurt und dem Bayerischen Landwirtschaftsministerium in dieser Angelegenheit ist geschlossen, der Krieg geht aber nun draußen in unserem eigenen Lande von Hof zu Hof weiter. Über die Ablieferungspflicht und über anständige oder unanständige Bauern zu sprechen, ist nicht meine Aufgabe. Als Bürgermeister weiß ich genau wie andere, daß man den unanständigen Ablieferer in der Gemeinde kennt und daß die örtliche Exekutive nach unserer Auffassung schon bisher dafür gesorgt hat, daß eine ordnungsmäßige Ablieferung durchgeführt wird. Ich mache in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß eine Reihe von Gemeinden gerade in dem Bezirk, wo jetzt die Kartoffelerfassungsfaktion startet, nach dem Zeugnis der amtlichen Stellen ausgezeichnete Ablieferer waren. Ich ergreife hier nur das Wort, um darauf aufmerksam zu machen, daß der schwäbische Bauer nicht gewillt ist, Gestapo-Manieren und fleghafteste Benehmen in der Durchführung der Kartoffelerfassung entgegenzunehmen. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß die Rechtsbasis, auf der diese zum Teil ungeordneten Praktiken der Exekutive vorgenommen werden, außerordentlich schwach ist. Es wird eine Kriegsverordnung vom August 1939 als Grundlage für die spezielle Erfassung der Kartoffeln verwendet. Wer die Bestimmungen dieser Kriegsverordnung kennt, weiß, daß diese Kommissionen alles beschlagmahnen können. Es gibt in der jungen Demokratie in den verschiedenen Ländern bereits Justizbehörden und Gerichte, die wiederholt entschieden haben, daß die nationalsozialistischen Gesetze und Verordnungen keine Gültigkeit mehr besitzen.

Und nun möchte ich bei dieser Gelegenheit folgendes fragen: Sind dem Herrn Minister diese mir berichteten Ubergänge bekannt? Wenn ja, was ist nach dieser Richtung geschehen? Hat der Herr Minister nur von sich aus Weisung gegeben, die Kartoffeln zu erfassen, oder gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom August 1939, das damals von der nationalsozialistischen Regierung als Kriegsverordnung erlassen worden ist? Ich stelle fest: Ich habe gleich heute morgen, nachdem die Bürgermeister meines Bezirks sich gegen die Art und Weise der Erfassung und Durchführung der Kontrolle von sich aus in ihrer Eigenschaft als Ortspolizeistellen wenden, veranlaßt, daß im Bezirk Augsburg der Polizeireferent des Landrats alle Gemeinden, in denen diese Aktion durchgeführt worden ist, auffucht. Soweit mir berichtet wird, wird es hier verschiedene Klagen wegen Hausfriedensbruchs und in verschiedener anderer Hinsicht geben. Wir werden den Betreffenden dann auch in der Exekutive letzten Endes die Demokratie von unter her aneziehen.

(Beifall.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Krenzl.

Krenzl (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, hohes Haus! Wir stehen in einer Inflation der Zulagen, in einer Inflation des Schwarzhandels, in einer Inflation der Wirtschaftsverbände, in einer Inflation wie im Jahre 1922, da jeder geschrien hat „Hört doch auf mit den Kommunalverbänden“ und jeder Sehnsucht bekommen hat nach der freien Wirtschaft. Wenn mir zugerufen worden ist, als ich zur Rednertribüne ging, ich sei doch nicht von der Landwirtschaft, so möchte ich darauf sagen, daß ich auch aus Bauernkreisen stamme und daß ich auch ein bäuerlicher Vertreter bin. Aber eines möchte ich sagen: Diese traurige Zeit, in der wir leben, tut es uns scheinbar an, daß wir dieselben Dummheiten machen, die 1922 und 1923, ja von 1924 bis 1933 gemacht worden sind, daß man immer nach anderen gesucht hat, die schuldig sind, und gerufen hat: Haltet den Dieb! Damals hat man die Juden gemeint, später haben die Synagogen gebrannt. Was ist daraus geworden? Heute sind unsere Kirchen und Dome kaputt, aus dem „Haltet den Dieb!“ ist ein fürchtbares Chaos geworden. Heute ruft man: „Haltet den Dieb!“, und die einen meinen den Handel, die anderen die Industrie, die

(Exempl [CEU])

dritten den Bauern und schließlich ist es gar noch der Schwornsteinfeger, weil er einmal im Kamin ein Gschlechtes erwischt hat. Verallgemeinerungen sind ganz deplaciert. Wenn ich beispielsweise sage: Der Meier hat gestohlen, so muß ich das nachweisen, und wenn ich es nachgewiesen habe, so haben damit noch lange nicht alle Meier in ganz Deutschland gestohlen.

Herr Dr. Schlögl hat gestern vom Schwarzhandel, von den Schiebungen, von der Eisennot, der Senfemot und der Mistgabelnot gesprochen und hat auf den Handel angespielt und angedeutet, daß man schließlich dazu übergehen müßte, den Handel zu vergenossenschaftlichen. Da werden Sie schlechte Erfahrungen machen. Denn wenn ich eine Statistik aufstellen würde darüber, was in den Genossenschaften gefehlt worden ist, so wäre vielleicht diese Statistik größer, als was im Handel gefehlt worden ist. Sie dürfen den freien Handel nicht mit dem vergleichen, wovon ich Ihnen jetzt erzähle. Nach Schwandorf kam ein Vermittler von Nägeln, das Kilogramm um 9 Mark. Ich habe mit dem Mann verhandelt. Ich bin zum Wirtschaftsministerium gefahren und habe gefragt, ob das strafbar ist. Ich bin zum Regierungswirtschaftsamt Regensburg gefahren und habe gefragt, ob es strafbar ist. Ich habe dann gehört, daß in München die Nägel um 9 Mark pro Kilogramm auf legalem Wege gekauft worden sind, und vorgestern habe ich gehört, daß ein Quantum dieser Nägel noch nicht bezahlt, aber von einem Kollegen meiner Fraktion beschlagnahmt worden ist. Diese Sorte Händler sind nicht unsere Kollegen, diese Sorte Händler betrachten wir nicht als Kaufleute, sondern die betrachten wir als das, was sie sind: als Lumpen. Genau so liegt der Fall, von dem ich heute in der Frankfurter Presse lese. Da ist man bei einem Bauern auf Leder gestoßen, das 40 Jahre für ihn, seine Familie und sein Gefinde reichen würde, auf eine Kiste mit Hufnägel und auf eine Kiste Hufeisen. Das war in Hessen. Da hat man gesagt, Sie müssen zu einem anständigen Bauern gehen. Man ist dann zu einem anständigen Bauern gegangen und den hat man verhaftet. In Bayern ist derartiges noch nicht vorgekommen. Ich glaube, daß der Herr Landwirtschaftsminister Baumgartner recht hat, daß nirgends die Bauern so streng überwacht werden wie in Bayern. Aber wenn schon irgendwo bei einem Bauern so etwas vorkommt, so möchte ich um keinen Preis alle Bauern dessen beschuldigen, was einmal in einem Fall aufgedeckt worden ist. Man muß auch die Ursachen unseres Schwarzhandels etwas beleuchten. Dazu gehören auch die Fabriken, die als Lohnzulagen zum Anreiz für die Arbeiter Waren geben, so eine Kochgeschirrfabrik in Nürnberg Kochgeschirr, eine andere Porzellan-gefäße, wieder eine andere Sensen oder Sichel. Die Arbeiter bringen diese Dinge gegen Lebensmittel an den Mann. Auf der einen Seite besteht der gute Wille, die Arbeiter durch Hingabe von Wertgegenständen anzureizen, auf der anderen Seite wird aber dadurch dem Schwarzhandel oder Grauen Markt Ware zugeführt. Das führt auch zu einer Inflation. Eine andere Sache ist es, wie wir zu dieser Verführung auf wirtschaftlichem Gebiet kommen. Der kleine Teil der vorhandenen Textilwaren wird größtenteils über Sonderkontingente vergeben. An die breite Masse unserer Bauern, die keine Socken mehr haben, geht nichts hinaus. Aber an die Sonderkontingente kommt es und dort hat man so viel, daß man es wieder verdrallermanschieben kann. Ich rede hier oberpfälzisch. Ich möchte hier bloß das Lob hervorheben, das der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner dem Handel gezollt hat anlässlich der großen Versammlung von 2000 Personen in der Großküche am 22. Oktober 1947, wo er ausgeführt hat:

Ich darf Ihnen allen für Ihre mühevollen, aufopfernde Arbeit danken. Wenn Sie nicht gewesen wären, hätte ich die schwere Arbeit als Landwirtschafts- und Ernährungsminister in den letzten zwei Jahren nicht vollbringen können. In aller Offenheit und vor aller Öffentlichkeit spreche ich heute hiermit dem Einzelhandel für die außerordentliche Leistung in der Ernährungswirtschaft meinen Dank und meine Anerkennung aus. Ich habe auch den Dank und die Anerkennung vom Herrn Ministerpräsidenten und von der Bayerischen Staatsregierung zu vermitteln.

Das klingt ganz anders als das, was gestern sein Freund und mein Freund Dr. Schlögl über den Handel gesagt hat.

(Zuruf: Das war am Versöhnungsfest!)

— Das war nicht am Versöhnungsfest, es geht ihm halt auch einmal der Gaul durch.

Eine andere Frage! Ich bin zwar nicht Landwirt, aber ein bißchen verstehe ich auch davon. Ich habe in meiner Heimat die Obstbaumzucht gefördert, und da möchte ich dem Herrn Landwirtschaftsminister nahelegen, die Obstbaumzucht zu verzehnfachen und zu verzwanzigfachen. Es ist zu machen. Unsere Bauern und unsere Obstbaumschulen in Bayern bemühen sich sehr. Es fehlt ihnen aber jetzt an Wildlingen, an genügend fruchtbarem Gelände, um die Obstkerne zum Treiben zu bringen. Da muß das Landwirtschaftsministerium bald etwas tun, damit unsere Baumschulen nicht ohne Seklinge sind. Die müssen im nächsten Frühjahr schon eingesetzt werden.

Was die Obstverteilung anlangt, so möchte ich sagen, wenn der Gartenbauwirtschaftsverband versagt hat, dann probieren Sie es doch einmal und stellen mich nächstes Jahr als Diktator für die Obstversorgung auf. Ich garantiere Ihnen, nächstes Jahr wird das Obst in ganz Bayern so verteilt, daß auch meine alten Hausleute hier in München, er ist 85 Jahre und sie ist 80 Jahre alt, die nicht hamstern können, Obst bekommen. So hat der größte Teil nichts erhalten, und nur eine gewisse Sorte von Menschen ist zum Zuge gekommen. Endlos wurden die Eisenbahnen belastet. Als ich am 17. September nach Stuttgart fahren mußte, mußte ich zwei Stunden auf den Puffern fahren. Es waren lauter Obsthamsterner im Zuge. Das kann nicht so weitergehen. Dann sind die Obsthamsterner in Öhringen und Bensdorf übernachtet zu 50 und 60 in einer Scheune, in Kuhställen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Hier hat es tatsächlich an der Organisation gefehlt. Ich garantiere Ihnen: Übergeben Sie diese Verteilung dem freien Handel, geben Sie das Obst frei, dann wird auch das Obst so verteilt werden, daß alle etwas bekommen. Meines Erachtens fehlt es denen am grünen Tisch an Organisations-talent.

Wir leben in einer Zeit, in der jeden die Not beißt. Aber wir leben in einer Zeit, in der auch große Opfer gebracht werden. Was vorhin der Kollege von der WWS gesagt hat, ist richtig. Wenn man alle diese Warenmengen zusammen nimmt, die heute in den Schnellzügen und in den Personenzügen nach München, Nürnberg und Würzburg in Kuffäden und in Koffern gebracht werden von Leuten, die draußen auf dem Lande Kartoffeln gegraben haben, von Leuten, die ein Arrecht auf die Hilfe der Bauern haben als deren Verwandte, die in die Stadt gezogen sind, von Leuten, die auf Grund von Bekanntschaft und Freundschaft Anspruch auf die Hilfe der Bauern haben, so glaube ich, gehen diese Warenmengen, wenn man sie statistisch erfassen könnte, nahe an das heran, was wir an Lebensmitteln auf Marken bekommen. Andernfalls wäre es ein biologisches Rätsel, daß wir überhaupt noch leben können. Da muß gesagt werden: Der Bauer hat ein Gewissen, der Bauer hat ein Herz. Wir müssen dem Bauern danken, daß er oft das Letzte und dann wieder das Letzte hergibt, und am nächsten Tag weint ihm eine Frau etwas vor und gibt er wieder das Letzte her. Ich möchte auf einen Satz hinweisen, den ein großer Gelehrter einmal gesagt hat: „Die Dinge, die jemand im Überfluß besitzt, muß er an die Mittellofen abgeben, weil der Mensch, was die Nutznießung anlangt, gehalten ist, die Sachgüter nicht als eigene, sondern als gemeinsame anzusehen.“ Das ist ein theologisch-philosophischer Satz von Thomas von Aquin. Ich stehe auf dem Standpunkt, es hilft uns alles Neben nichts, wenn es uns nicht gelingt, an das Gewissen der Menschen heranzukommen. Alle Kirchen und auch der Vorsteher der jüdischen Gemeinde müssen einen Aufruf erlassen, daß Schwarzhandel eine Sünde ist, daß Schwarzhandel ein Verbrechen sein kann. Wenn wir nicht das Gewissen der Menschen schärfen hilft uns alles nichts. Nur dann, wenn es uns gelingt, den Menschen wieder auf den Weg zu Gott und zu der Verantwortung vor Gott zu bringen, nur dann, wenn es uns gelingt, das religiöse Gewissen der Menschen zu erneuern und die Not und das Elend gemeinsam in christlicher Liebe zu tragen, werden wir diese Notzeit bestehen und aus ihr als ein großes, geeinigtes und geprüftes Volk hervorgehen. Wenn ich von meinem religiösen Gedanken aus dem Bauern sage, du bist der Nährvater des bayerischen Volkes, und wenn

**(Arempl [CSU])**

ich dem Bauern, wie jedem anderen Stand, ins Gewissen rede, so tue ich mehr, als wenn ich heute da und dort „Haltet den Dieb!“ rufe. Nein, schlagen wir uns alle an unsere Brust und werden wir Christen der Tat und der wahren Innerlichkeit und Liebe, damit wir unser Volk wieder einführen können in die Gemeinschaft der Völker des Friedens. Möge das bayerische Volk lernen zu beten und mögen wir uns alle in dieser geschichtlichen Stunde, die in diesen Tagen eingeseht hat, besinnen, daß wir unser Elend ertragen und Opfer bringen, damit Gott uns hilft. Und mögen die Menschen, die die Welt regieren, so vernünftig handeln, daß ein wirklicher Völkerfriede wird!

**II. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schlögl.

Dr. Schlögl (CSU): Ich habe mit den Reden zum Landwirtschaftsetat begonnen und möchte auch damit schließen, nachdem mein Name bei der Diskussion so häufig genannt worden ist.

Zunächst eine grundsätzliche Bemerkung. Das eine dürfen die Damen und Herren glauben, der schwierigste Posten, auf dem in Bayern überhaupt ein Minister steht, ist der Posten des Ernährungsministers. Man könnte über Klagen und Mißstände lange reden, aber es hat gar keinen Sinn. Ich weiß selbst, was dieser Minister tagtäglich zu arbeiten hat, welchen Verdruß er jeden Tag hinterzuschlucken muß. Ich spüre das jeden Tag fast am eigenen Leib, ich habe ja Gelegenheit, mit ihm tagtäglich zu telefonieren, und weiß, wie dann das Barometer steht. Genau so, wie wir ihn anklagen könnten, könnte der Landwirtschaftsminister heute den Bauern anklagen. Er hat auch Material, das ich kenne. Aber damit kommen wir nicht vorwärts. Wir müssen das eine feststellen: Der Herr Minister hat tatsächlich seine Pflicht getan. Dafür müssen wir ihm dankbar sein. Sein Posten erheischt wirklich kolossale Nerven und eine kolossale Arbeitsfreudigkeit. Er muß manche Dinge mit in Kauf nehmen, die ein anderer Minister nicht in Kauf zu nehmen braucht. Damit habe ich bereits die Frage beantwortet, die gestellt worden ist, wie der Bauernverband zum Landwirtschaftsminister steht. Wenn ich ein Professor wäre wie mein Kollege Dr. Stang, würde ich eine Notenskala aufmachen und sagen: Zum Landwirtschaftsminister stehen wir, wenn ich ihn benoten will, sehr gut. Manchmal ist unser Standpunkt auch sehr stürmisch, je nach den Verhältnissen. Zu seinen Referenten haben wir auch zum Teil ein gutes, zum Teil aber auch ein schlechtes Verhältnis. Ich habe gestern schon dazu gesprochen. Meine Rede wurde so aufgefaßt, als ob ich irgendwie beamtenfeindlich wäre und etwas Beamtenfeindliches im Sinne hätte. Das ist in keiner Weise der Fall. Es gibt aber leider Gottes Beamte, die sich schwer daran gewöhnen können, daß wir jetzt eine Demokratie haben, daß ein großer Berufsstand da ist, der über eine halbe Million Mitglieder zählt. Die Beamten sind eigentlich die Ursache, daß manche Beziehungen zum Ministerium nicht so sind, wie sie sein sollten. In Zukunft wird wahrscheinlich manches von selbst besser werden.

Nun hat es mich sehr gestreut, daß eine Reihe von Vorednern, besonders mein Freund Weinzierl, in so launiger Weise unser Verhältnis Bauernverband — Gewerkschaften geschildert hat. Wenn mein Freund Weinzierl glaubt, wir hätten zuerst eine Verlobungszeit einführen müssen, so möchte ich ihm erwidern, daß wir schon eine Verlobung gehabt haben. Unser Verhältnis geht schon auf Anfang 1946 zurück. Es hat bis zum Eheschluß ziemlich lang gedauert. Die Ehe ist jetzt geschlossen, aber die Flitterwochen sind noch nicht vorüber. Infolgedessen ergeben sich manchmal Schwierigkeiten, wir werden aber an der Gesamtidee festhalten. Denn unsere beiden großen Berufsstände müssen sich gegenseitig finden, wenn auch hier und da Mißgriffe vorkommen. Ich weiß das. Wenn die politischen Parteien — das gilt ganz allgemein — unser Eheverhältnis manchmal nicht so würdigen, wie es notwendig ist, so habe ich dafür auch Verständnis, weil man eben glaubt, diese beiden Berufsstände würden, wenn sie einmal einig und die Flitterwochen vorbei sind, eine große Macht darstellen. Das ist auf der einen Seite richtig, aber auf der anderen Seite wieder falsch. Wir streben in keiner Weise darnach, die freie Entscheidung des Parla-

ments irgendwie zu beeinflussen. Wir wollen nur eines haben, daß die beiden Berufsstände unbedingt das erreichen, was in anderen demokratischen Staaten selbstverständlich ist. Ich darf bloß an Dänemark erinnern. Dort besteht dieses Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Bauernverband seit über 50 Jahren. Beide Verbände arbeiten wirklich wunderbar zusammen, ohne daß deswegen die politischen Parteien daran Aufstoß nehmen.

Dann hat Herr Kollege Scharf heute eine große Rede gehalten, zum Teil gegen Windmühlen. Was ich am Landwirtschaftsetat kritisiert habe, war ein Etatposten von 7,5 Millionen Mark zur Förderung der ländlichen Wirtschaftsbildung, der landwirtschaftlichen Berufsausbildung sowie der ländlichen Hauswirtschaft. Damit sind die Landwirtschaftsschulen und die Hauswirtschaftsschulen gar nicht gemeint. Die stehen in einem ganz anderen Etatposten. Wir legen größten Wert darauf und freuen uns, feststellen zu können, daß unsere Berufsorganisation mit den Landwirtschaftsschulen und ihren Lehrern aufs innigste zusammengearbeitet. Was ich hier kritisiert habe, ist etwas ganz anderes. Man will eine Art Hofberatung oder Beratungsring einführen, wo die Organisation unseres Verbandes nicht so eingeschaltet wird, wie es notwendig ist. Ich bin überzeugt, daß wir den Herrn Minister hierzu als Bundesgenossen bekommen werden. Denn der Herr Landwirtschaftsminister hat am 15. August 1945 unserer Organisation eine große Parole gegeben. Ich darf sie nach dem Wortlaut des Protokolls zitieren. Sie lautet:

Wir müssen uns von der Allmacht des Staates lösen, koste es, was es will, und ich werde meine ganze Kraft hierfür einsetzen.

Damals allerdings war Dr. Baumgartner noch nicht Landwirtschaftsminister. Ich bin überzeugt, daß er dieses Wort wahr machen wird. Ich möchte davor warnen, daß man den Versuch unternimmt, irgendwie eine dem Staat hörige Organisation einzuführen. Ich warne davor, weil damit nicht gedient ist und weil wir damit wieder in die Methode der alten Freisbauernschaften zurückfallen würden. Darauf hat sich meine Kritik gegen die 7 Millionen, die im Etat eingeseht sind, bezogen. Wir müssen größten Wert darauf legen, daß wir mit den Landwirtschaftsschulen und den Hauswirtschaftsschulen, da das Schulwesen sich in der Hand des Staates befindet, innig zusammenarbeiten. Wir haben von unserer Organisation aus hierfür das größte Verständnis und freuen uns, daß gerade die Landwirtschaftsschulen mit uns so zusammenarbeiten.

Gestern hat Herr Staatsrat Dr. Niklas gesprochen. Er ist sicherlich einer der besten Beamten, über die Bayern verfügt. Aber er ist auch in mancher Hinsicht sehr gefährlich. Er ist nämlich gestern zu den Militaristen übergegangen und hat von einer Schlacht gesprochen, die noch andauert, und daß man während dieser Schlacht die Bataillone nicht austauschen darf. Ich habe die Meinung, daß man das tun darf. Denn, wenn man sieht, daß die alten Mittel nicht ausreichen, muß man neue Wege gehen. Eines steht für mich fest: So stark durchorganisiert wie unser Erfassungssystem in Bayern ist es nirgends in der ganzen amerikanischen und auch nicht in der britischen Zone. Hier hat Dr. Baumgartner einen Apparat aufgezäumt, der wirklich für den Bauern sehr unangenehm sein kann, wie Kollege Kaiser vorhin ausgeführt hat, der sich aber schließlich zugunsten der Städte auswirkt. Dafür kann ja Baumgartner letzten Endes nichts, daß man sich in Frankfurt überschätzt hat, d. h. daß man dort fiktivweise eine Zahl angenommen hat. Ich muß mich hier schützend hinter den Landwirtschaftsminister stellen, weil gerade er mit allen Mitteln versucht hat, den Beweis zu führen, daß wir in Bayern diese Kartoffelernte eben nicht gehabt haben. Dabei hat er ja, was in ganz Deutschland nicht geschehen ist, sogar die Polizei mit eingeseht, eine Maßnahme, über die man verschiedener Meinung sein kann. Aber eines steht für mich fest: Baumgartner hat damit aller Welt und auch der amerikanischen Militärregierung gegenüber bewiesen, daß er gewillt ist, alles zu tun, was für die Ernährung des Volkes notwendig ist.

(Hagen Lorenz: Hofbegehungskommissionen!)

— Ich habe Klagen über Hofbegehungskommissionen bekommen, ich habe aber auch sehr viele gute Urteile bekommen. Es kommt eben darauf an, wie die Hofbegehungskommissionen zusammengesetzt sind. Es war nicht überall so, wie es

(Dr. Schlögl [CSU])

Herr Kollege Kaiser geschildert hat. Ich weiß, bei den Hofbegehungskommissionen haben manche aus anderen Beweggründen alles mögliche angestellt. Aber hierfür kann man nicht den Landwirtschaftsminister verantwortlich machen. Denn wenn er sich um jedes Exekutivorgan kümmern müßte, dann hätte er viel zu tun. Er hat seine Weisungen hinausgegeben. Im übrigen darf ich verraten, daß der bayerische Ministerrat demnächst diese ganze Materie auf eine gesetzliche Grundlage stellen wird, wie es unserer heutigen Demokratie entspricht.

(Riechl: Das ist wichtig; jawohl!)

Dann hat ein Kollege, und zwar der erste Redner nach mir, es sehr gerügt, daß im Bayerischen Bauernverband ein Obmann existiert, der für diese Stelle nicht geeignet sei. Ich muß Ihnen sagen, die Obmänner werden von den Bauern selbst gewählt. Wenn uns solche Dinge mitgeteilt werden, dann werden wir ihnen selbstverständlich nachgehen. In der nächsten Generalversammlung kann ein derartiger Obmann wieder verschwinden.

Nun möchte ich mich noch etwas mit meinem Kollegen Dr. Sinnert auseinandersetzen.

(Zuruf: Ist weggegangen.)

— Das macht nichts, seine Parteifreunde werden ihm das mitteilen. Herr Kollege Sinnert hat uns heute eine Abhandlung über das Hamsterwesen vorgetragen. Er hat allerdings eines vergessen, daß er nämlich in der geschichtlichen Entwicklung der Hamsterei nicht weit genug zurückgegangen ist. Das Hamsterwesen stammt nämlich schon aus der Nazizeit.

(Zuruf: Das war im alten Rom schon so.)

— Selbstverständlich; ich rede ja von der modernen Hamsterei.

(Zuruf: Kaiser Diokletian.)

— Das weiß ich auch, aber ich will bloß die moderne Hamsterei etwas unter die Lupe nehmen, nachdem der Herr Kollege Sinnert uns einen längeren Vortrag gehalten hat. Während der Nazizeit hat man bereits die Stationen so klein festgesetzt, daß sich die Menschen von selber auf das Land ergossen haben. Das wird so lange bleiben, als es überhaupt Mangel an Lebensmitteln gibt. Das ändern wir nicht, kein Landwirtschaftsminister kann das ändern.

(Dr. Dehler: Solange es Zwangswirtschaft gibt, wird es Hamsterei geben.)

— In dem Moment, in dem die Zwangswirtschaft erledigt ist, wird der Bauer nicht mehr so viele Verwandte haben und werden die Hamsterei ausbleiben.

Aber nun die Kardinalfrage, die Herr Kollege Sinnert gestellt hat, war die: Wo bringen die Bauern immer wieder Ware her? Sie müssen — das war die logische Folgerung — also den Staat und damit auch den Ernährungsminister in jeder Form auskünsteln.

Wir wollen nicht die kleinen Hamsterei treffen, sondern die Leute, die berufsmäßig ein Gewerbe daraus machen. Wenn man oben in Norddeutschland dem Herrn Landwirtschaftsminister nicht das notwendige Gehör schenkt, so trägt nicht er die Schuld; die Leute da oben wissen ganz genau, warum sie das gestatten: damit mehr Ware nach Norddeutschland hineinkommt.

Der Herr Kollege Sinnert hat sehr stark beanstandet, daß die Bauern trotzdem immer wieder etwas hergeben. Meine Damen und Herren, das ist klar, weil eben von Norddeutschland die Ware herunterkommt. Wir haben ja gar nicht die Fabriken, um unsere Landwirtschaft in Bayern zu versorgen. Ich habe gestern bereits die Hufnägelversorgung angeschnitten. Eine einzige Fabrik stellt in Deutschland tatsächlich Hufnägel her, es ist eine Fabrik in Hamburg. Infolgedessen kommen diese Waren eben von oben herunter, und wenn die Bayern Hufnägel brauchen, müssen sie sie sich auf diesem Wege beschaffen. Ich habe gestern festgestellt — es handelt sich um eine Statistik, die mir noch Minister Dr. Bohn gegeben hat —, daß 65 Prozent aller Hufnägel verschwinden und nicht bei den Bauern angelangt sind, und — das hat mir vor allem der Kollege Krempf sehr verübelt; ich wiederhole es noch einmal — wenn die Verteilung auch heuer nicht funktionieren sollte, dann hat der Handel bei den Bauern ausgespielt. Es ist undenkbar, daß

wir das noch ein weiteres Jahr ertragen. Dann muß die Verteilung in genossenschaftlicher Weise erfolgen, weil nach der Aufstellung des Herrn Ministers Bohn feststeht, daß die Hufnägel dem Handel hundertprozentig ausgeliefert worden sind.

(Stoß: Sie sind noch beim Handel.)

— Sie sind beim Handel, und da komme ich mit Kollegen Krempf ewig nicht zusammen. Es ist richtig, ich schäme jeden guten Handeltreibenden; aber diejenigen, die tatsächlich ihr Gewerbe dazu ausnützen, um zu horien und die Verteilung irgendwie zu stören, müssen ausgeschlossen werden. Der Handel müßte dafür sorgen, daß diese unsauberen Elemente tatsächlich verschwinden. Das wäre seine Aufgabe. Ich habe aber in der Tageszeitung noch niemals gelesen, daß von seiten des Handels ein Aufruf ergangen wäre, in dem man gesagt hätte: Wer irgend etwas verschiebt oder horiet, der macht sich straffällig, der schändet den Berufsstand. Wir in der Bauernschaft machen das ständig. Ich bin auch gestern von all diesen Bauern abgerückt. Also so sind die Dinge in Wirklichkeit. Herr Kollege Krempf, ich werfe keinen Stein auf den Berufsstand als solchen, sondern ich sage nur eines: Der Berufsstand müßte sich unter allen Umständen selber von all diesen Elementen säubern, die ihn schädigen.

Damit hätte ich im allgemeinen die Fragen beantwortet, die an mich gestellt worden sind. Ich habe nur die eine große Bitte: Wir Abgeordneten haben die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, mithelfend dafür zu sorgen, daß die Ernährung des Volkes sichergestellt wird. Hier müssen wir dem Herrn Landwirtschaftsminister dankbar sein für die Arbeit, die er geleistet hat. Fehlgriße macht jedes Ministerium; es wird auch das Landwirtschaftsministerium Fehlgriße machen. Aber im großen und ganzen gesehen glaube ich feststellen zu dürfen, daß der Ernährungsminister seine Arbeitskraft, zum Teil sogar in hohem Maße, in erster Linie für die Verbraucher eingesetzt hat. Wir Bauern könnten manchmal über ihn viel mehr klagen. Wir tun es nicht. Wir haben aber die Überzeugung, daß heute die Ernährung im Vordergrund steht. Deswegen bin ich ja auch gestern bereit gewesen, zu erklären, daß die Bauern sicherlich — unser Präsidium wird gewiß damit einverstanden sein — zusätzlich freiwillig noch einen Zentner Kartoffeln abgeben werden, wenn die Bauern in der anderen Zone auch mittun. Denn die Kartoffelnot muß unter allen Umständen beseitigt sein. Wenn sich in die Kartoffelversorgung nicht so viele Stellen eingemischt hätten, dann hätten wir diese Lage überhaupt nicht vorzubringen. Gerade dadurch, daß dieser Versuch mit dem Wirtschaftsrat gemacht worden ist, ist die Misere gekommen. Es ist ja nur ein Versuch, wie mit Recht ausgeführt worden ist. Aber was man sich bei der Kartoffelversorgung geleistet hat, das hat gezeigt, daß man da oben in Frankfurt in Zukunft vorsichtiger sein sollte und daß insbesondere eines unterbleiben muß: Deutsche Dienststellen dürfen sich in Zukunft nicht mehr gegenseitig ausspielen. Das hoffe ich im Interesse des deutschen Ansehens, und das hoffe ich auch im Interesse der deutschen Volkswirtschaft.

Präsident: Damit ist der Rednerreigen erfreulicherweise geschlossen.

Das Schlusswort hat der Vertreter der Staatsregierung, Herr Staatsminister Dr. Baumgartner. Ich erteile ihm das Wort.

Staatsminister Dr. Baumgartner: Meine Damen und Herren! Es kann mir jetzt nicht mehr viel passieren, nachdem sich der letzte Redner, der Herr Abgeordnete Dr. Schlögl, schützend hinter mich gestellt hat.

(Heiterkeit bei der CSU.)

und nachdem sich der Vertreter der WLB, der Herr Abgeordnete Schmidt, schützend vor mich gestellt hat. Also vorn und hinten bin ich beschützt.

(Dr. Schlögl: Ist mir aber schwer gefallen.)

Ich möchte zunächst sämtlichen Herren Abgeordneten, die sich bemüht haben, zum Etat zu sprechen, meinen Dank aussprechen. Ich darf nun ganz kurz zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen. Ich greife nur die wichtigsten Dinge heraus, die den ganzen Landtag angehen. Ich darf die Herren Abgeordneten versichern: Die Dinge, die ich nicht erwähne, habe ich mir notiert und werde sie in meiner Referentenbesprechung behandeln, damit die Mißstände, die zum Teil festgestellt worden sind, abgestellt werden.

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Die ganze Debatte hat ein Spiegelbild unserer ganzen Not und der Stimmung unseres Volkes draußen gegeben. Ich freue mich, daß sich die Herren Abgeordneten so ausgesprochen haben. Ich freue mich ganz besonders, daß die Herren Abgeordneten der Opposition zu meinem Ministerium so sachlich und so ruhig Stellung genommen haben. Von meiner eigenen Fraktion bin ich in viel schärferer Weise behandelt worden.

(Zuruf von der SPD: Die MW hat sich doch vor Sie gestellt!)

Nun kurz zu den einzelnen Punkten: Der Herr Landtagspräsident und der Herr Abgeordnete Kraus haben gleich am Anfang heute die Wildschweinplage behandelt; auch während der Debatte ist sie öfters zur Sprache gekommen. Ich darf hier mitteilen, daß wir uns mündlich und schriftlich wiederholt an die Militärregierung gewandt haben um Abhilfe und um bessere Ausstattung mit Gewehren, aber nicht nur mit Karabinern, sondern mit Gewehren mit Zielfernrohren, weil man die Wildschweine, wie die Sachverständigen wissen, mit Gewehren mit Zielfernrohren am besten bekämpfen kann. Wir haben uns in diesem Jahr neuerdings wieder an die Militärregierung gewandt, und zwar am 22. Februar 1947, am 20. Mai 1947 und am 14. August 1947. Wir haben bis jetzt keine Erledigung erreichen können. Wir haben bis jetzt mit unseren ständigen mündlichen und schriftlichen Ersuchen nicht erreicht, daß wir eine Hilfe bekommen, um die Wildschweine besser bekämpfen zu können. Wir werden unsere Bemühungen in dieser Richtung hin fortsetzen. Ich glaube bestimmt, daß wir auch bei dem neuen Gouverneur, nachdem sich der Landtag heute so deutlich ausgesprochen hat, mit dieser unserer schwerwiegenden Sorge Gehör finden.

(Dr. Stang: Halten wir wieder einmal eine Hoggagd dort!)

— Ja.

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fischer darf ich kurz folgendes bemerken: Es ist schade, daß mir die Zeit nicht zur Verfügung steht, dem Landtag das Material zu unterbreiten, was ich seit zwei Jahren an den Ernährungsämtern B auszufehen habe. Da würde der Herr Abgeordnete Fischer als Kollege der Ernährungsämter B Verschiedenes von mir zu hören bekommen.

Einen Punkt hat der Herr Abgeordnete Fischer erwähnt, der sehr richtig ist — auch der Herr Abgeordnete Rinnert ist darauf zu sprechen gekommen —, nämlich die Einwände gegen das Zulagewesen. Weil mir das so wichtig scheint, darf ich zu diesem Punkt ein paar Worte sagen. Ich bin persönlich der Überzeugung und habe das schon seit Monaten ausgesprochen, daß das ganze Zulagewesen, so wie es heute ist, geändert werden muß.

(sehr richtig!)

daß das heutige Zulagewesen bereits eine Geheimwissenschaft ist und daß wir mit dem Zulagewesen so nicht mehr durchkommen. Die Kritik bezieht sich in der Hauptsache auf zwei Punkte. Erstens einmal gibt es zwei Berufe, die bei dem heutigen Zuteilungssystem fast leer ausgehen; das sind die geistigen Berufe und die Hausfrauen. Zweitens bezieht sich die Kritik darauf, daß man sagt, man soll überhaupt das ganze Zulagewesen ändern. Nun darf ich Sie daran erinnern, daß sich das Zulagewesen seit dem Jahre 1945 dauernd geändert hat, daß wir durch den Anschluß an die britische Zone wiederum eine Änderung bekommen haben, weil die britische Zone — das darf ohne Haß und Günst festgestellt werden — im Zulagewesen bedeutend großzügiger war als wir in der amerikanischen Zone. So haben wir während der ganzen Zeit immer wieder Änderungen gehabt. Ich darf Ihnen zeigen, was wir gegenwärtig in der Hauptsache für Zulagen haben: Normalarbeiterzulagen, Teilschwerarbeiterzulagen, Schwerarbeiterzulagen, Schwerstarbeiterzulagen, Bergteilschwerarbeiterzulagen, Bergschwerarbeiterzulagen, Zulagen für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, politische Zulagen, Zulagen für Versehrte, Gesundheitszulagen, Zulagen für ambulante Kranke, Zulagen für unvorhergesehene Überarbeit, Zulagen für regelmäßige Mehrarbeit, Gaststätten- und Kantinenzulagen usw. Was der Herr Abgeordnete Rinnert gesagt und auch der Herr Abgeordnete Fischer erwähnt hat, daß es immer mehr Kranke und immer mehr

Versehrte werden und daß auch teilweise so leichtfertig Atteste ausgestellt werden, dazu muß ich sagen: Man hat hier und da den Eindruck, daß die Atteste nicht besonders gewissenhaft ausgestellt werden. Die ambulanten Kranken haben sich von 150 000 in der 90. Periode auf 458 000 in der 107. Periode vermehrt.

(Hoi!)

Die Teilschwerarbeiter haben sich von der 90. Periode auf die 107. Periode von 308 000 auf 543 000, die werdenden und stillenden Mütter von 120 000 auf 166 000, die Schwerarbeiter von 280 000 auf 414 000 vermehrt. Ich kann den Gründen von hier aus natürlich nicht nachgehen, ich will hiermit nur andeuten, daß Verschiebungen eintreten.

Aber nun ist das Interessanteste, daß bei sämtlichen Zulagearten — Normalarbeiter, Teilschwerarbeiter, Schwerarbeiter und Schwerstarbeiter —, wenn man eine Statistik aufstellt, Bayern fast überall im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung am Schluß steht. Wir haben jetzt Untersuchungen angeestellt. Der Herr Abgeordnete Stöck hat auch gewünscht, wir möchten doch hier Untersuchungen anstellen. Ich darf dem Haus versichern, wir haben bereits Untersuchungen angestellt und stehen in Verhandlungen mit dem bizonalen Ernährungsamt in Frankfurt, wo wir den Nachweis führen, daß Bayern bei fast sämtlichen Zulagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, am wenigsten Zulagen gibt und daß es Länder gibt, die weitaus mehr Zulagen geben, obwohl die Bevölkerungsstruktur keine andere ist wie in Bayern. Ich darf Sie versichern: Ich glaube, daß wir mit unseren Vorschlägen, das ganze Zulagewesen über den Haufen zu werfen, recht bekommen werden und daß auch Frankfurt bereits einzieht, daß man mit dem heutigen Zulagewesen nicht mehr durchkommen kann. Sie werden sehr bald von uns Näheres hören. Ich bin gerne bereit, dem Ernährungsausschuß des Landtags unsere Vorschläge zu unterbreiten. Ich will Sie hier nicht mit Einzelheiten über das Zulagewesen befassen.

Zu der Fischversorgung darf ich erklären, Herr Abgeordneter Fischer: Es ist nicht richtig, was in der Öffentlichkeit behauptet worden ist, daß Bayern deshalb so geringe Kontingente hätte, weil es die Kontingente nicht abberufen hat. Bayern hat wöchentlich und periodenweise seine Kontingente immer rechtzeitig angefordert, und zwar sogar, daß wir statt eines zehnprozentigen Schwundsatzes, mit dem man bei Fischen bis zum letzten Verbraucher unmöglich durchkommen kann, einen höheren Schwundsatz angerechnet bekommen, weil wir auf allen Gebieten derart hohe Verluste hatten, daß nicht einmal die Normalverbraucher zu ihrer Fischration kommen konnten, die ihnen zugestanden ist. Sie dürfen versichert sein, daß ich den Anschuldigungen, die seinerzeit gegen unser Ministerium erhoben worden sind, sofort nachgegangen bin und feststellen mußte, daß von unserer Seite aus hier wirklich alles geschehen ist. Ich darf Sie, meine Herren Abgeordneten, auch auf die Veröffentlichungen in der Presse verweisen, wo wir die ganzen Anwürfe bereits richtiggestellt haben.

Der Herr Abgeordnete Fischer hat auch noch wegen der Sonigverteilung gesprochen. Es findet zur Zeit von meiner Landesprüfstelle eine Überprüfung der Zinerverbände statt. Sie ist noch nicht abgeschlossen. Ich werde auch hier dem Ernährungsausschuß des Landtags über das Ergebnis dieser Prüfung gerne Bericht erstatten.

Ein großes Kapitel in der ganzen Debatte haben die Wirtschaftsverbände eingenommen. Ich habe aber leider vermisst, daß mir aus dem Haus Vorschläge gemacht werden, was ich bei der jetzigen Zwangswirtschaft, in der wir alles, Kartoffel, Fleisch, Eier, Gemüse, Getreide usw. bewirtschaften müssen, an die Stelle der Wirtschaftsverbände setzen soll. Ich möchte bitten, daß wir die schwerwiegenden Fragen der Wirtschaftsverbände auch im Ernährungsausschuß des Landtags behandeln, damit die Herren Abgeordneten Gelegenheit haben, von sich aus Vorschläge zu machen, weil aus der Praxis heraus verschiedene Gedanken vorhanden sind, wie wir diese Landesstellen aufziehen, falls wir uns dazu entschließen sollten, die Verbände in ihrer jetzigen Art nicht mehr weiter bestehen zu lassen. Ich bin für alle Vorschläge dankbar. Ich darf aber darauf hinweisen: Solange die Zwangswirtschaft existiert, werden wir Stellen für Kartoffel, Fleisch, Getreide usw. brauchen. Wie ihre Namen sind und welche Rechtsform sie haben, darüber müssen wir uns eben im Landtag noch weiter unterhalten.

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Einen breiten Raum in der ganzen Debatte hat der Gartenbauwirtschaftsverband eingenommen.

(Stoß: Das ist der übelste.)

Ich möchte Sie bitten, zu berücksichtigen, daß der Gartenbauwirtschaftsverband deshalb so im Richte der Kritik steht, weil die Erfassung von Obst und Gemüse am schwierigsten ist. Ich möchte den Zwischenruf zurückweisen, der gemacht worden ist, daß der Gartenbauwirtschaftsverband eine Sabotageorganisation ist. Man müßte dem Landtag schon sehr genaues Material vorlegen können, um zu beweisen, daß der Gartenbauwirtschaftsverband eine Sabotageorganisation ist. Ich darf die Herren Abgeordneten daran erinnern, daß die Schwierigkeiten des Gartenbauwirtschaftsverbandes, die mir seit zwei Jahren bekannt sind, in zwei Gründen beruhen: erstens darin, daß Bayern früher 40 Prozent des ganzen Gemüses vom Ausland und 20 Prozent des Gemüses von außerbayerischem Gebiet eingeführt hat, also 60 Prozent des Gemüses und des Obstes von außerhalb Bayerns; daß wir jetzt mit den 40 Prozent auskommen sollen, bei 2½ Millionen Menschen mehr, ist ein schwieriges Problem. Das zweite Problem beim Gartenbauwirtschaftsverband ist das — das hat mir der Reichsminister Dietrich bestätigt —: Wir haben es weder im ersten Weltkrieg noch im zweiten Weltkrieg noch nach dem zweiten Weltkrieg in irgendeinem Land Deutschlands fertig gebracht, jeden Obstbaum und jeden Kirschbaum zu bewirtschaften. Das war faktisch ein Ding der Unmöglichkeit. In Stuttgart, in Württemberg, bringen sie es nicht zusammen. Ich verstehe Ihre Kritik und Ihre Einwürfe. Meine größte Sorge ist immer die gewesen: Wie erfassen wir das ganze Obst? Und wenn wir das ganze Obst hundertprozentig erfassen, von jedem Obstbaum in ganz Bayern, dann trifft auf eine Person 1,9 Pfund Obst in ganz Bayern. Wenn wir Engel wären und die Allmacht Gottes hätten und es uns gelingen würde, daß nicht jeden Tag zur Kirschzeit 100 000 Menschen mit Rucksäcken hinausfahren, wenn man hinter jeden Obstbaum und hinter jeden Zweig eines Obstbaums einen Gendarm stellen könnte, dann würde pro Kopf der Bevölkerung in Bayern 1,9 Pfund Obst treffen. Wir verteilen 3 Pfund, weil wir von auswärts auch noch etwas bekommen haben, aus dem Lindauer Gebiet und einem Teil von Württemberg. Württemberg hat aber nur 25 Prozent des Obstes geliefert, das wir hätten bekommen sollen. Es ist nicht so, daß der Gartenbauwirtschaftsverband auf allen Gebieten versagen würde. Nach der Erfahrung, die ich bis jetzt gemacht habe, neige ich jetzt mehr der Auffassung zu und die heutige Kritik des Landtags hat mich wieder darin bestärkt, daß ich dem Ernährungsausschuß des Landtags eine Organisationsänderung vorschlage, und zwar dahingehend, daß es kein Gartenbauwirtschaftsverband, der als einziger Verband seine Artikel selbst erfassen muß, so gemacht wird wie bei Getreide, Kartoffeln, Vieh und den anderen landwirtschaftlichen Produkten, daß wir die Ernährungsämter mehr als bisher einschalten. Wir werden zu gar keiner anderen Regelung kommen. Im Wirtschaftsjahr 1946/47 sind 1,8 Millionen Doppelzentner Gemüse und 35 104 Doppelzentner Obst erfaßt worden. Man kann hier nicht von einem Versagen sprechen, wo wir überhaupt nur 40 Prozent des Bedarfes gedeckt und 2½ Millionen Menschen mehr haben. Ich möchte Sie daher bitten, meine Herren Abgeordneten, die großen Schwierigkeiten zu sehen, die wir im Gartenbauwirtschaftsverband haben.

Es ist dann vom Herrn Abgeordneten Fischer gesagt worden, daß beim Gartenbauwirtschaftsverband kein Verwaltungsrat besteht. Beim Gartenbauwirtschaftsverband besteht ein Verwaltungsrat. In ihm sind auch die Gewerkschaften vertreten. Der Verwaltungsrat ist gebildet, und zwar sind in ihm 23 verschiedene Berufe vertreten, die ich hier nicht extra vorzulesen brauche. Herr von Wenzel ist auch persönlich angegriffen worden. Herr von Wenzel ist nicht Parteigenosse und ist auch nicht leitender Beamter des Reichsnährstandes gewesen.

Es ist auch behauptet worden, daß kein Haushaltsplan vorliegt. Meine Damen und Herren! Der Oberste Rechnungshof überprüft sämtliche Wirtschaftsverbände. Der Oberste Rechnungshof kennt den Haushaltsplan jedes Verbandes. Und wer die präzise und genaue Arbeit des Obersten Rechnungshofs kennt, weiß, daß hier die Dinge in Ordnung gehen und daß der Haushaltsplan auch des Gartenbauwirtschaftsverbandes

des wie aller Verbände strengstens überprüft wird und in Ordnung geht.

Dann hat der Herr Abgeordnete Fischer gesagt, in der Kartoffelaktion hätte man vier bis sechs Wochen früher arbeiten müssen. Ich bin sehr überrascht, daß das ein bayerischer Abgeordneter, der noch dazu Ernährungsamtsleiter ist, dem bayerischen Landwirtschaftsminister in aller Öffentlichkeit sagt. Herr Abgeordneter Fischer, Sie wissen doch, daß ich, als die Kartoffelernte noch nicht im Gange war, im ganzen Lande die Staatskundgebungen abgehalten habe, die ja auch kritisiert worden sind. Wenn ich sie nicht gehalten hätte, hätte es geheißen, ich habe nichts getan. Kein Minister in ganz Deutschland hat das Volk so aufgewiegelt und so aufgepeitscht und angesichts der kommenden Not in eine solche Psychose versetzt. Der eine hat gesagt, ich hätte das zu früh getan; ein anderer hat gesagt, ich hätte es zu spät getan; ein anderer wieder hat gesagt, ich hätte zu wenig getan. Herr Abgeordneter Fischer, ich habe schon, während die Kartoffelernte noch im Gange war, die ganze Kartoffelernte beschlagnahmt, bevor das Gesetz von Frankfurt gekommen ist. Ich habe in den Staatskundgebungen die Bürgermeister, Landräte, Ernährungsämter, die Genossenschaften, den Handel, die ganzen Erfassungsorgane auf die ganzen schwerwiegenden Zusammenhänge angesichts der Dürre und der schlechten Kartoffelernte aufmerksam gemacht. Ich habe meine Maßnahmen in der Kartoffelernte Bayerns — das behaupte ich vor dem ganzen Landtag und vor dem ganzen bayerischen Volke — nicht um eine Minute zu spät getroffen. Es kann mir niemand im ganzen Lande sagen, ich hätte irgendwie zu spät Maßnahmen getroffen.

Die Gründe, warum wir alle zusammen, warum auch der Herr Abgeordnete Fischer in seinem Ernährungsamt die Sorgen haben, sind ganz andere, und ich wundere mich, daß heute im Hause nur dreimal im ganzen das Wort Dürre gefallen ist, unsere größte Katastrophe seit Jahrzehnten! Es ist nur Kritik geübt worden, zum Teil berechtigt, zum Teil unberechtigt. Wir sind alle schwache Menschen, wir können nicht alles allein besser machen, aber das Wort Dürre habe ich, wie gesagt, nur dreimal gehört, und zwar zweimal aus dem Munde von Bauern, einmal aus dem Munde eines SPD-Abgeordneten. So liegen die Dinge, meine lieben Freunde.

Ich darf Sie, Herr Abgeordneter Fischer, an die Maßnahmen erinnern, die ich nach den Staatskundgebungen getroffen habe. Ich darf daran erinnern, daß ich, wie Sie wissen, vom Ministerium aus 110 Prüfer eingeklagt habe, die die schärfsten Maßnahmen draußen in allen Ernährungsämtern durchgeführt haben. Man sieht ja die Reaktion des Herrn Abgeordneten Kaiser, der mir Gestapo-Methoden vorwirft. Ein anderer Abgeordneter wirft mir vor, daß ich nichts getan habe. Ich habe 250 Kommissionen in ganz Bayern eingeklagt, bei denen sogar ein Polizeibeamter als schützendes Organ, um die Staatsautorität darzustellen, dabei war. Ich bin viel bekämpft worden, ich bin aber froh, daß ich das gemacht habe. Ich freue mich auch, daß der Abgeordnete Weinzierl und der Abgeordnete Schmidt von der BVP das anerkannt haben. Wir können vor ganz Deutschland sagen, daß Bayern hier getan hat, was es tun konnte. Ich werde die Mißgriffe, die gemacht worden sind, selbstverständlich nicht billigen und werde da, wo solche Mißgriffe vorgekommen sind, den Dingen nachgehen. Man kann mir aber hier nicht den Vorwurf machen, wir hätten nichts getan oder wir hätten zu spät gearbeitet.

Dann ist auch noch ein Zwischenruf gemacht worden, der Landwirtschaftsminister sei schuld an der Panikstimmung. Das erinnert mich so an einen anderen Vorwurf, den ich vom Herrn Stadtrat Lohmann in Nürnberg bekommen habe — das habe ich über den Hamburger Sender gehört —, der bayerische Landwirtschaftsminister habe den Bauern Tips gegeben, daß sie nichts abliefern sollen. Meine Damen und Herren, ich habe nicht bekanntgegeben, daß wir nur einen Zentner bekommen. Ein Zentner wurde von Frankfurt aus angeordnet. Und das war richtig, weil wir es ja nicht verantworten können, zwei Zentner bekanntzugeben, wenn wir nicht zwei Zentner geben können.

Die Misere in der ganzen Kartoffelsache, das Durcheinander, die Meinungsverschiedenheiten sind dadurch entstanden, daß viel zu viele Menschen mitgeredet und viel

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

zu viele Stellen dreingesprochen haben. Ich darf Ihnen die Stellen einmal nennen. 14 verschiedene Stellen haben sich mit der Kartoffelfrage befaßt, ob sie etwas verstanden haben oder nicht: zunächst einmal das Statistische Landesamt, das zuständig ist für die Schätzungen, dann die Ministerien, der Wirtschaftsrat, das Verwaltungskamt für Ernährung, der Exekutivrat, die Militärregierungen der Länder, die Bipartite Control Group, der Ministerrat von verschiedenen Stellen, ferner die Presse, das Radio, die Gewerkschaften, der Bauernverband, die Parteien und die Landtage. Jetzt können Sie sich vorstellen, wie es der Landwirtschaftsminister recht machen soll und wem er es recht machen soll, wenn sich 14, 15 verschiedene Stellen mit der Kartoffelfrage befassen!

Nur das eine hat man nicht beachtet: die einwandfreien Schätzungen aus allen Landkreisen, die in Bayern 92 Doppelzentner ausmachen. Ich ändere hier meine Meinung nicht, und die Tatsachen haben mir recht gegeben: Wir haben in Bayern nicht mehr als 92 Doppelzentner je Hektar. Wir bringen aus dem ganzen Land nicht mehr heraus. Wir haben das Defizit und ich habe in Frankfurt schon vor Wochen Kartoffeln angefordert, weil wir in Bayern den einen Zentner nicht herbringen. Das ist die Wahrheit über diese ganze Kartoffelsache.

Dann möchte ich vor allem nicht unwidersprochen lassen, wenn man in aller Öffentlichkeit erklärt, wir tun nicht genug. Ich kann das deshalb nicht unwidersprochen lassen, weil sonst das Ausland den Eindruck bekäme: Da brauchen wir nichts mehr zu liefern, die Deutschen verlangen selbst, wenn eigene Abgeordnete im Parlament sagen, da geschieht nichts, es wird nicht genug getan. Angesichts des furchtbaren Ernstes, in dem sich das deutsche Volk befindet, müssen wir im Bayerischen Landtag über alle Parteien hinweg der Meinung sein, daß von unserer Seite aus das Menschenmögliche geschieht, was getan werden kann in der Produktion, in der Verteilung, in der Erfassung. Ich danke Ihnen für Hinweise, für Kritik, für Verbesserungsvorschläge, aber eine Pauschalbehauptung, als ob wir nicht genug tun würden, würde ich mit Bedauern zurückweisen müssen, weil das Folgen nach sich ziehen könnte, die unsere hungernden Millionen Menschen zu büßen hätten.

Der Herr Abgeordnete Fischer hat dann die Zahlen bekanntgegeben, die wir festgestellt haben über das, was verwirrschaftet worden ist. Er weiß als Ernährungsamtsleiter sehr genau, daß noch weitaus größere Zahlen vor der Werkschaftung bewahrt worden sind durch unsere Landesprüfer, die landauf, landab im ganzen Lande tätig sind.

Die Frau Abgeordnete Zehner hat an mich die Frage gestellt, wieviel wir für die Ausbildung der Bäuerinnen und der Bauernmädchen aufwenden. Ich darf der Frau Abgeordneten antworten, daß wir für diesen Zweck 1½ Millionen Mark auswerfen. Dazu kommen noch 300 000 Mark für die beamteten Hauswirtschaftslehrerinnen.

Der Herr Abgeordnete Weinzierl hat die Zulassung beim Viehwirtschaftsverband kritisiert. Ich darf ihm sagen: Wir haben bei allen Verbänden Zulassungsausschüsse. Ich habe bereits gestern darüber gesprochen. Wenn es hier Schwierigkeiten gibt, bitte ich Sie, Herr Abgeordneter, beim Beschwerdeausschuß Beschwerde einzulegen, damit dort die Frage behandelt werden kann, in der der Herr Abgeordnete glaubt, daß irgend etwas nicht in Ordnung geht.

Eine große Rolle hat in der Debatte in letzter Zeit die Andeutung gespielt, die der Herr Vizepräsident Kühler gemacht hat, als er als Abgeordneter über die 50 Gramm Fett gesprochen hat. Ich habe schon den Zuruf gemacht: Diese Weisheit, 50 Gramm Fett aufzurufen, stammt nicht von Dr. Baumgartner! Ich habe die Originalunterlagen mitgebracht, nach denen ich von Frankfurt die Anweisung bekommen habe, wie ich den Aufruf zu gestalten habe. Ich habe diese Originalunterlagen auch schon bei der Militärregierung vorweisen müssen, weil man geglaubt hat, der Dr. Baumgartner habe dies gemacht. Ich habe außerdem gewirkt und habe auch die Herren von den Gewerkschaften aufgeklärt, daß es sich um einen Teilaufruf handle. Ich bedauere sehr, daß dieses Versehen von Frankfurt aus gesehen ist, und bin überzeugt, daß man aus dieser Sache gelernt hat. Es hätte noch deutlicher zum Ausdruck kommen

müssen, daß es sich um einen Teilaufruf handelt und daß der weitere Aufruf erst noch folgen wird.

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Sinnert darf ich noch sagen: Der Herr Abgeordnete Dr. Sinnert vermißt in meiner Rede hauptsächlich einen Aufbauplan, wie ich mir die ganze Ernährungslage in der nächsten Zeit vorstelle usw. Dazu muß ich feststellen: Ich bin nicht berechtigt, in die Befugnisse des Direktors für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt einzugreifen und einen Plan für die Zukunft zu entwerfen. Ich habe nur festgestellt, wie wir stehen, daß fast die einzige Säule, die wir in der Ernährungswirtschaft haben, die Brotversorgung ist und daß wir auf allen anderen Gebieten vom Januar ab in ganz große Schwierigkeiten kommen werden. Wir haben vom Januar an Schwierigkeiten bei Fett, Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung, Schwierigkeiten mit der Obst- und Gemüseversorgung usw., Schwierigkeiten auf allen anderen Gebieten. Ich habe gesagt, daß wir nur 5 bis 6 Monate mit unserem Getreide reichen, daß wir die 150 Gramm Fett ohne Hilfe des Auslandes nicht durchhalten können, weil unsere Milchversorgung, unsere Milchanklieferung durch die schlechten Futtermittelverhältnisse und durch den Viehabbau so ist, daß wir nicht einmal die 150 Gramm halten können.

Der Herr Abgeordnete Dr. Sinnert hat auch noch erwähnt, daß die Züge überfüllt seien mit Kartoffeln und daß Tausende von Zentnern Kartoffeln danebengegangen seien. Dazu bitte ich zu bedenken: Bei diesen Tausenden von Zentnern ist auch der Zentner dabei, der vom Bürgermeister genehmigt, von den Normalverbrauchern mitgenommen werden durfte. Diesen haben die Leute in den Zügen transportiert. Es wurden aber auch Kartoffeln in Kisten nach außerhalb Bayerns geschickt. Aber Bielefeld hat bis jetzt, wie ich ja schon erwähnt habe, alle unsere Forderungen, Bahnkontrollen durchzuführen und unsere Polizei in die Bahnhöfe hineinzulassen, um die Züge zu kontrollieren, zurückgewiesen. Seit zwei Jahren führe ich vergebens den Kampf, daß unsere Polizei die Bahn und Post kontrollieren kann, wo uns Tausende von Tonnen von Lebensmitteln für Bayern verlorengehen.

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kraus möchte ich bemerken: Es freut mich, daß der Herr Abgeordnete Schmidt von der WPD dem Herrn Abgeordneten Kraus gezeigt hat, wie eigene Fraktionskollegen zueinander sprechen. Der Herr Abgeordnete Kraus hat gefragt, was es mit dem Titel Sonderbeauftragter für eine Bewandnis hat. Dieser Titel wurde vom Reichsnährstand, von der jetzigenzeitigen Bilanz, übernommen und wurde nie in Anspruch genommen.

Weiter hat der Herr Abgeordnete Kraus gefragt, was es mit den ehrenamtlichen Leitern ist. Die ehrenamtlichen Leiter bekommen 150 Mark monatliche Aufwandsentschädigung. Die im Etat enthaltene Summe ist etwas höher, weil wir auf Wunsch des Landtags wahrscheinlich dazu übergehen werden, einige Ernährungsämter dort, wo besonders große Schwierigkeiten bestehen und große Gebiete vorhanden sind, noch zu errichten.

Ferner hat der Abgeordnete Kraus gefragt, ob wir uns wegen Saatkartoffeln bemühen. Wir haben bis jetzt in diesem Jahre 4000 Tonnen Saatkartoffeln aus Holland bekommen und bemühen uns auch weiter. Vorgestern hat mich der neue Gouverneur gefragt, ob die Kartoffeln besser herauskommen, wenn wir unseren Bauern mehr Saatkartoffeln für die Zukunft, für das nächste Frühjahr usw. versprechen. Ich habe dem Herrn Gouverneur geantwortet, auf das kann ich mich nicht einlassen, weil uns im vorigen Jahre 50 000 Tonnen Saatkartoffeln von der Tschechei versprochen wurden, die wir aber nicht bekommen haben. Wir haben auf diesem Gebiet große Schwierigkeiten.

Zu dem Vorwurf, der dem Herrn Dr. Scherer vom Getreidewirtschaftsverband gemacht wurde, er hätte gesagt, früher sind die Kreisleiter gekommen, jetzt kommen die Herren Abgeordneten, darf ich folgendes richtigstellen: Es werden sich verschiedene Abgeordnete noch erinnern, wie es im Ernährungsausschuß war. Der Herr Dr. Scherer hat einen Fall erwähnt, daß ein Geschädigter früher mit seinem Kreisleiter zum Getreidewirtschaftsverband gekommen ist und immer abgewiesen werden mußte, und daß jetzt der gleiche Geschädigte wieder mit seinem Abgeordneten gekommen ist.

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

(Zietsch: Nein, nein, so war das nicht, Herr Minister!)

— Das erklärt mir der Herr Dr. Scherer und er kann den Herren Abgeordneten im Ernährungsausschuß den Fall erklären, wie der betreffende Abgeordnete mit dem Geschäftler gekommen ist, der früher mit dem Kreisleiter gekommen ist.

(Zietsch: Im Protokoll werden wir es finden,

Herr Minister. Es war anders!)

Ich bitte, auch diese Angelegenheit im Ernährungsausschuß weiter zu behandeln, weil ich Wert darauf lege, daß diese Dinge in Ordnung gebracht werden.

Zu den Vermehrungsflähen, von denen der Herr Abgeordnete Kraus gesprochen hat! Ich habe in meiner Rede gestern erwähnt, daß wir von 30 Hektar auf 47 Hektar gegangen sind, und der Herr Abgeordnete hat sich beschwert, daß sich jetzt alles vermehrt, daß viel zu viele Vermehrungsbetriebe da sind. Da darf ich dem Herrn Abgeordneten antworten, daß die Landwirtschaftsstellen angewiesen sind, sämtliche Vermehrungsbetriebe draußen zu überprüfen und zu kontrollieren. Wer nicht ordnungsgemäß abliefern und alles meldet, der wird von der Saatenanerkennung ausgeschlossen. Es ist also von meinem Ministerium aus hier schon gesehen, was geschehen konnte. Eine vollkommene Ausschließung der kleinen Betriebe von der Vermehrung möchte ich nicht durchführen, weil die Kleinen sich ja immer beschweren, daß sie gar nicht vermehren dürfen und daß nur die Großkopfeten vermehren dürften. Ich möchte deshalb bitten, daß wir schon den richtigen Mittelweg einschlagen und daß auch die kleinen Betriebe vermehren können.

Nun zu dem Vorwurf des Herrn Abgeordneten Kraus, daß das Obst in der eigenen Gemeinde zuerst 22 Pfennige gekostet hätte und dann um 65 Pfennige gekauft werden mußte. Dieser Fall klärt sich folgendermaßen auf: Das Obst mußte bei uns erfaßt werden, weil zu der Zeit, als das Obst in dem unterfränkischen Dorf erfaßt wurde, überhaupt noch nicht bekannt war, daß wir württembergisches Obst bekommen. Das württembergische Obst, das dann so schlecht fortiziert in diese Gemeinde hineinkam, hat diesen hohen Preis ausgemacht.

Bezüglich der Kraut-Aktion könnte ich jetzt den Herren Abgeordneten auch ein Lied singen. Wie Sie wissen, haben wir in Ismaning die Polizei für die Krautaktion einsetzen müssen. Da ist der Bürgermeister von Ismaning gekommen und hat sich hilferufend an mich gewendet, die Bauern könnten sich nicht mehr retten, es kämen 1500 Krauthändler täglich, die sogar von den Wegen und von der Bahn weg noch die Krautköpfe wegholen. Dann habe ich die Polizei einsetzen lassen. Das Kraut konnte gerettet werden. Es ist auch behütet worden. Dann sind aber die Bauern wieder gekommen und haben gesagt, ich solle die Polizei wieder wegtun, weil sie das Kraut zum Teil nicht haben verkaufen können. Sie sehen, wie immer man es auch macht, ist eine Kritik möglich. Die Dinge sind eben sehr schwierig. Ich meine, wir versuchen, unter Heranziehung aller beteiligten Kreise immer einen gesunden Mittelweg zu gehen, um immer dem ersten Prinzip gerecht zu werden: den hungern- den Menschen zu helfen.

Der Herr Abgeordnete Raifer hat dann noch ausgeführt, daß wir bei der Kartoffelerfassung Gestapomanieren durchführen. Ich habe schon erwähnt, daß es für mich sehr schwer ist, hierzu Stellung zu nehmen, weil selbst das hohe Haus hier gezeigt hat, daß es verschiedener Meinung ist; die einen sagen, ich tue zu viel, die anderen sagen, ich tue zu wenig. Der Herr Abgeordnete fragt mich, ob mir die Übergriffe bekannt sind. Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen sagen, mir sind Übergriffe bekannt und ich habe Anweisung gegeben, daß diese Übergriffe abgestellt werden. Wir sind aber auch Dinge bekannt, Herr Abgeordneter, bei denen ich als Landwirtschaftsminister verpflichtet war, einzuschreiten, und zwar gerade in Ihrem Wahlkreis. Da hat der Herr Landrat von Augsburg sich geweigert, meine Kommissionen arbeiten zu lassen. Deshalb habe ich eingegriffen. Es ist scharf durchgegriffen worden, Herr Abgeordneter. Wir haben in einigen Gemeinden einige schwarz geführte Schweine beschlagnahmt. Das muß ich tun. Ich muß hier als Minister auch dem Verbraucher gegenüber gerecht sein.

(Zuruf.)

— Herr Abgeordneter, ich habe die Anweisung gegeben, daß die Kartoffelerfassung durchgeführt wird.

(Zuruf.)

— Herr Abgeordneter, dort, wo Kartoffelmieten verschwiegen worden sind, wurde auch nachgesehen, was der Bauer an Vieh, was er an Schweinen hat, und wenn er eine Kartoffelmiete verschwiegen hat, ist ihm ein Schwein weggenommen worden, wenn sich zudem noch herausgestellt hat, daß das Schwein schwarz geführt wurde.

(Baumeister: Das war nicht der Fall!)

— Das war der Fall, Herr Abgeordneter Baumeister. Ich habe die ganzen Unterlagen, sonst würde ich das hier nicht öffentlich behaupten. Wenn mir Gestapo-Methoden vorgeworfen werden, muß ich dem Haus erklären, warum ich diese scharfen Maßnahmen treffen mußte. Aber ich erkläre ausdrücklich zum Schutze unserer anständigen Bauern, daß das Ausnahmefälle sind. Aber in solchen Ausnahmefällen mußte ich durchgreifen. Ich bitte die Herren Abgeordneten, dafür Verständnis zu haben.

(Zuruf.)

— Nein, Herr Abgeordneter, dieser Fall spielt im Landkreis Augsburg und ich bitte Sie, Verständnis dafür zu haben. Ich bitte, persönlich bei mir die Akten einzusehen, wie die ganze Sachlage ist.

Meine Herren Abgeordneten! Ich bin damit am Ende meiner heutigen Ausführungen angelangt. Ich habe schon gesagt, Einzelheiten darf ich im Ernährungsausschuß besprechen. Ich möchte bitten, daß Sie Verständnis aufbringen für die großen Schwierigkeiten, die wir auf allen Gebieten haben. Sie kennen mich, meine Herren Abgeordneten, seit zwei Jahren. Sie wissen, was ich auf dem ganzen Gebiet bis jetzt gearbeitet habe. Sie wissen, daß ich durchgreife. Sie wissen, daß ich Aufklärung im ganzen Lande schaffe. Sie wissen auch, daß meine Beamten, meine Organisationen machen, was menschenmöglich ist. Ich glaube, es gibt niemand, der in ganz Bayern seit zwei Jahren soviel Kummer, soviel Sorgen, soviel Arbeit hat und soviel Vorwürfe von allen Seiten bekommt wie ich als Ernährungs- und Landwirtschaftsminister. Ich danke Ihnen daher für Ihre sachliche Kritik, für Ihre sachlichen Vorschläge und für Ihre sachliche Arbeit im Parlament, meinem schweren Amt gegenüber, in der heutigen Zeit. Glauben Sie mir, daß mein Ministerium, daß meine Beamten, Arbeiter und Angestellten und ich selbst als Minister in dieser furchtbaren Notlage, in dieser furchtbaren Zeit des Hungers und des Elends unser Herzblut daransetzen, zu tun, was wir tun können, um die Not zu lindern. Wir verlangen keinen Dank. Wir verlangen keine Anerkennung. Wir verlangen nur das eine, daß wir uns nicht in eine Kritik verlieren dort, wo sie nicht angebracht ist, sondern die Überzeugung haben, daß von deutscher Seite aus das Menschenmögliche geschieht.

In einigen Wochen beginnen erst die großen Schwierigkeiten. Ich sehe die Dinge vor mir. Ich weiß, daß dieser Landtag sich in einigen Wochen vor ganz anderen und ernsteren Situationen befinden wird. Es ist dann nicht die Schuld von uns Deutschen. Man kann dann nicht sagen, wir hätten nicht alles getan. Es ist nicht unsere Schuld, daß wir das deutsche D it g e b i e t nicht zur Verfügung haben. Es ist nicht meine Schuld, daß wir die ausländischen Einfuhren an Fett, die wir brauchen, nicht haben. Es ist nicht meine Schuld, daß wir noch keinen Friedensvertrag haben, daß wir die Handelsverträge nicht haben, die wir brauchen. Es ist nicht meine Schuld, daß wir die Kredite nicht haben, um die angebotenen Lebensmittel vom Ausland kaufen zu können. Es ist nicht Schuld des bayerischen Volkes, des bayerischen Parlaments, des bayerischen Landwirtschaftsministeriums, wenn wir, 43 Millionen Menschen auf 205 000 Quadratkilometern zusammengepreßt, erklären müssen, daß wir niemals uns selbst ernähren können. Das muß vor aller Welt ausgesprochen werden. Hier nützt die Kritik nicht, hier nützt alles nichts, hier nützen auch nicht bessere Erfassungsmethoden und nicht höhere Produktion allein. Hier nützen auch nicht stundenlange und tagelange Debatten in einem Parlament. Wir müssen vor aller Welt erklären, daß wir aus uns allein nicht leben können, daß wir den deutschen Osten brauchen, daß wir Handelsverträge, daß wir Kredite, daß wir Fettsinfuhren, daß wir einen Friedensvertrag brauchen und daß man uns aufnehmen möge unter die friedfertigen Völker der Welt.

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Das, meine Herren Abgeordneten, wollte ich Ihnen sagen. Und ich möchte Sie bitten, daß Sie in Ihren Wahlkreisen dahingehend Aufklärung schaffen. Zum Schluß darf ich Ihnen noch einmal für die ruhige und sachliche Kritik und Ihre große Anteilnahme an den Beratungen meines Staats den Dank aussprechen.

(Lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Damit ist die Beratung abgeschlossen.

Die Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers geben mir Veranlassung, zu erklären, daß das hohe Haus in einem Punkt nicht befriedigt sein kann, das ist die Frage der sachverständigen Behandlung der Wildschweinejagd. Der Herr Landwirtschaftsminister allein ist außerstande, der Wildschweineplage Herr zu werden. Mit Zielfernrohren allein ist das nicht zu machen.

(Zuruf: Er hat die Gewehre vergessen!)

Er braucht die Unterstützung des hohen Hauses. Das ist wirklich eine sehr ernste Angelegenheit, weil hier die Bauern allmählich so mißmutig werden, daß sie sich sagen: Der Anbau der Felder hat keinen Zweck mehr. Hier muß etwas Durchgreifendes geschehen. Ich meine, wir bleiben bei dem Vorschlag, den ich heute früh gemacht habe, daß die Abgeordneten der Gebiete, wo die Wildschweineplage eine Rolle spielt, sich beim Landwirtschaftsminister melden und daß hier die Regierung unter dem Herrn Ministerpräsidenten bei dem Direktor der Militärregierung für Bayern eine Vorstellung erhebt. Das ist unter allen Umständen nötig, weil es sich hier um die Sicherung der Felderbestellung und der Volksernährung handelt. Das kann man nicht mehr so treiben lassen. Die Wildschweine sind schon bis in die oberbayerischen Gebiete gewandert und treiben sich dort in außerordentlicher Anzahl herum. Ich bitte also, diese Frage in dem Sinne zu erledigen und bitte den Herrn Landwirtschaftsminister, in der Richtung sobald als möglich die Initiative zu ergreifen, und ich erwarte die Abgeordneten, die mitmachen wollen, sich beim Landwirtschaftsminister zu melden.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Ich rufe auf Kapitel 701, Zentrale Verwaltung. Hier ist einschlägig ein Antrag Baumeister, bei Kapitel 701 C auf Seite 13 des Haushalts einen neuen Titel 337, Zuschüsse an unverschuldet in Not geratene Bauern, mit 500 000 Mark Ausgaben einzufügen.

Wer diesem Antrag Baumeister und Genossen zustimmen will, der möge sich erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit erhöht sich bei Kapitel 701 C die Summe der fortwährenden Ausgaben von 72 068 000 Mark auf 72 568 000 Mark und der Gesamtschluß des Kapitels 701 A bis C auf 79 180 700 Mark, ferner der Zuschußbedarf des Kapitels auf 72 607 800 Mark. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf die Kapitel 702, Ernährungsämter A, 703, Landstelle München, 704, Obere Siedlungsbehörden. — Nachdem kein Widerspruch aus dem Hause vorliegt, stelle ich die einhellige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Kapitel 711 — ich brauche wohl die Überschrift nicht wiederzugeben — und die Kapitel 712, 713, 714, 715 und Kapitel 721.

Wer den genannten Kapiteln zustimmen will, möge sich vom Plaze erheben. — Ich stelle auch hierzu die einhellige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf die Kapitel 731, 741, 742, 743. — Ich stelle zu den Kapiteln 731, 741, 742 und 743 die Zustimmung des Hauses fest, nachdem kein Widerspruch erfolgt ist.

Ich rufe auf die Kapitel 751, 752, 753, 754, 755, 761, 762, 763, 764. — Ich nehme, nachdem kein Widerspruch vorliegt, die Zustimmung des Hauses zu den aufgerufenen Kapiteln an.

Ich rufe auf die Kapitel 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778. — Ein Widerspruch aus dem Hause liegt nicht vor. Ich nehme auch hier die Zustimmung des Hauses an. — Es ist so beschlossen.

Stenogr. Ber. des Bayer. Landtags 1947/48. Bd. II. 36. Sitzung. (NMV)

Unter Berücksichtigung des Antrags Baumeister erhöhen sich die Ausgaben bei den Abteilungen A und B auf 111 377 800 Mark und der Zuschußbedarf auf 99 087 600 Mark.

Wir kommen zur Abstimmung über die Abteilung C, Forsten, mit den Kapiteln 791 bis 796. Die Gesamtsumme der Einnahmen beträgt 95 834 150 Mark, die der Ausgaben 74 990 770 Mark und damit die der Reineinnahmen 20 843 380 Mark. — Ich nehme auch hierzu die Zustimmung des Hauses an, nachdem ein Widerspruch nicht erfolgt. Ich stelle das fest.

Wir kommen nun zu den einzelnen Anträgen. Vielleicht ist es möglich, daß sich die Berichtstatter in kurzen Sätzen auf das Wesentlichste beschränken.

Ich rufe zunächst auf:

**Antrag der Abgeordneten Prüssent und Genossen betreffend Ergänzung der Verordnung über die Tierseuchenkasse (Beilage 685).**

In Verbindung damit steht der Antrag Niedmiller und Fraktion:

Der Landtag wolle beschließen:

Bei Neuregelung der Ausgabe von Lederchecks an die Tierbesitzer sind die Tierkörperverwertungsanstalten mit einzubeziehen.

Berichtstatter ist der Abgeordnete Scharf; ich erteile ihm das Wort.

**Scharf (CSU) [Berichtstatter]:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Den Bericht, den ich Ihnen über die 9. Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu erstatten habe, hat Herr Kollege Niedmiller vorhin in der Aussprache zum Haushalt bereits gegeben. Ich darf mich deshalb ganz kurz auf das Wesentliche beschränken.

Der Antrag Prüssent verlangt, daß die Defizite, die bei den Tierkörperbeseitigungsanstalten bestehen, von der Tierseuchenkasse übernommen werden sollen. Es fragt sich zunächst einmal, warum derartige Defizite und in welchem Umfang sie entstehen. Diese Tierkörperbeseitigungsanstalten, welche im Vollzug des Tierseuchengesetzes vom 1. Februar 1939 in den Jahren 1939 bis Ende 1942 errichtet wurden, entstanden unter dem Druck des Nazifsystems, und zwar mit sehr hohen Gesteungskosten. Die Folge davon war, daß diese Tierkörperbeseitigungsanstalten durch ihre Erträge kaum die Verzinsung decken konnten. Dazu kam noch der unglückliche Umstand, daß die Einzugsgebiete der einzelnen Tierkörperbeseitigungsanstalten, wie es im Nazifsystem üblich war, distriktsmäßig vom grünen Tisch aus in Berlin festgelegt wurden. Weiterhin wurden die anfallenden Produkte der Tierkörperbeseitigungsanstalten, wie Fleischmehl, Knochenmehl und Fette, mit einem erheblichen Unterpriß bezahlt. So kommt es, daß viele der Tierkörperbeseitigungsanstalten mit einem Defizit von 10 000 bis 70 000 Mark im Jahre abschließen.

Es ist nun ein verständlicher Wunsch der Landwirtschaft, daß diese Defizite nicht auch noch von den Landwirten getragen werden müssen. Man hat sich gesagt, daß diese Tierkörperbeseitigung eine hygienische Maßnahme ist, eine Maßnahme, die vor allem auch geeignet ist, Tierseuchen zu verhindern. Wir haben in Bayern eine eigene Tierseuchenkasse, die dazu bestimmt ist, in Krisenjahren den Landwirten mit Zuschüssen unter die Arme zu greifen. Die Tierseuchenkasse hat auch die Aufgabe, vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung von Tierseuchen zu finanzieren.

Glücklicherweise haben wir in den letzten zehn Jahren kein Tierseuchenjahr gehabt, und so verfügt die Tierseuchenkasse über einen ganz ansehnlichen Fonds für den Krisenfall. Allerdings hat auch die Naziseuche allerhand Geld gekostet; denn die haben seinerzeit die Reserven für sich in Anspruch genommen.

Bis jetzt wurden die Defizite der Tierkörperbeseitigungsanstalten in der Weise gedeckt, daß je beitragspflichtiges Tier 20 Pfennige erhoben wurden, das heißt, mit der Einkassierung des Beitrags zur Tierseuchenkasse konnten gleichzeitig bis zu 20 Pfennig zur Deckung des Defizits der Tierkörperbeseitigungsanstalten eingehoben werden. Die Summe der dabei herauskommenden Gelder konnte aber nicht ausreichen, um diese Defizite zu decken.

Ich habe als Berichtstatter den Vorschlag gemacht, daß mindestens die Hälfte des Defizits von der Tierseuchenkasse und die andere Hälfte vom Staat übernommen wird. Ich bin

(Scharf [CSU])

von dem Gedanken ausgegangen, daß die Allgemeinheit einerseits an der Verhütung von Tierseuchen und andererseits an der wirtschaftlichen Verwertung der Tierkadaver im höchsten Maße interessiert ist und daß damit die hierdurch entstehenden Kosten nicht einseitig auf die Schultern der geschädigten Landwirtschaft abgeladen werden dürfen.

Es wurde nun im Verlauf der Aussprache von Seiten des Kollegen Niedmiller der Vorschlag gemacht, man müßte unbedingt die Anstalten auch noch mit einem gewissen Risiko belasten, weil sonst die Gefahr zu groß wäre, daß sich die Geschäftsführer unter Umständen sagen, sie könnten jetzt in aller Ruhe Defizite machen, der Staat und die Tierseuchenkasse sorge ja dafür, daß diese Defizite geregelt werden. Deshalb wurde der Antrag in der Weise formuliert, wie ich ihn Ihnen jetzt vorlese.

**Präsident:** Ich bitte, von der Verlesung Abstand zu nehmen; der Antrag liegt den Abgeordneten vor. — Herr Dr. Stang!

**Dr. Stang (CSU):** Ich bin schon der Meinung, daß es so nicht geht, einfach zu erklären, es könne jeder Abgeordnete den Antrag. Viele Abgeordnete haben die Beilage nicht zur Hand. Es ist notwendig und entspricht der Würde des Hauses, daß jeder weiß, über welchen Gegenstand abgestimmt wird. Infolgedessen erscheint es mir angezeigt, daß der Antrag verlesen wird.

(Stoc: Dann wäre es notwendig, daß die Herren Abgeordneten auch dableiben.)

**Präsident:** Dazu möchte ich doch etwas sagen. Ich will erreichen, daß wir bei diesem Antrag und den folgenden Gegenständen nicht hängenbleiben. Wir haben vor Weihnachten ein so wichtiges Pensum zu erledigen, daß wir selbst davor graut. Die Beilagen sind Ihnen gedruckt zugegangen. Die einzelnen Abgeordneten, die an diesen Fragen interessiert sind, kennen die Beilagen, wenn ich sie aufrufe. Damit ist die Sache in Ordnung. Wir müssen jetzt in einem anderen Tempo arbeiten wie in den schönen Friedenszeiten und müssen sehen, daß wir den Anschluß an den neuen Etat gewinnen. Deshalb müssen wir hier möglichst aufarbeiten. Wenn aus dem Hause Widersprüche kommen oder wenn Auseinandersetzungen notwendig sind, werde ich selbstverständlich anders verfahren. Wenn aber die Dinge glatt gehen, wie bei solchen Anträgen, dann sehe ich nicht ein, daß sich das Haus mit Kleinigkeiten solange aufhalten soll. — Bitte, Herr Kollege Scharf!

**Scharf (CSU) [Berichterstatter]:** Ich muß noch auf einen Druckfehler aufmerksam machen, der in Beilage 685 enthalten ist. Im Schlußsatz muß es statt „Tierzuchtasse“ „Tierseuchenkasse“ heißen.

Ich bitte das hohe Haus, dem Antrag zuzustimmen.

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. — Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses nach Beilage 685, der von keiner Seite bestritten wird, im Zusammenhang mit dem Antrag Niedmiller und Fraktion:

Der Landtag wolle beschließen:

Bei Neuregelung der Ausgabe von Lederschecks an die Tierbesitzer sind die Tierkörperverwertungsanstalten mit einzubeziehen.

Wer diesen beiden Anträgen zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. — Ich stelle die einstimmige Annahme durch das Haus fest.

Ich komme zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

**Antrag Stoc und Genossen betreffend Aufhebung der Verordnung des Wirtschaftsministeriums über das Fermentieren und Schneiden von Kleinpflanzertabak.**

**Antrag Dr. Zwicknagl und Genossen betreffend Bearbeitung von Kleinpflanzertabak im Lohn (Beilage 686).**

**Hierzu Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Gundhammer und Genossen vom 22. Oktober 1947.**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Brunner. Ich erteile ihm das Wort.

**Brunner (FDP) [Berichterstatter]:** Hohes Haus! Bei diesen Anträgen handelt es sich um nichts anderes als um

die Aufhebung des Verbots des Fermentierens und Schneidens von Kleinpflanzertabak. Der Berichterstatter gab die Anordnung bekannt. Der Mitberichterstatter sprach sich dafür aus, daß man den Kleinpflanzern wieder das Recht geben solle, den Tabak selbst zu schneiden oder in Lohn schneiden zu lassen. Den Einwendungen des Finanzministeriums, daß es nicht auf die paar Mark ankomme, sondern daß es sich darum handle, die Tabakwirtschaft vor dem völligen Chaos zu bewahren, konnte sich der Ausschuß nicht anschließen. Herr Staatssekretär Sühler wies darauf hin, daß heute fast jeder Tabak anbaue; er wünschte nur, daß jeder den Tabak auch selbst rauchen müsse. Man ging von 200 Pflanzen auf 50 Pflanzen herab, um den Vorwurf, daß mit dem selbstgebauten Tabak eventuell Schwarzhandelsgeschäfte getrieben werden, zu entkräften.

Dem Antrag hat sich der Ausschuß angeschlossen und ihn einstimmig angenommen. Ich bitte auch Sie, diesen Antrag anzunehmen.

(Beifall.)

**Präsident:** Zu dem Antrag des Ausschusses liegt ein Änderungsantrag Dr. Gundhammer und Fraktion vor. In diesem Falle muß ich die zwei Anträge verlesen.

Der Antrag des Ausschusses lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die vom bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft im „Bayerischen Staatsanzeiger“ Nr. 29 vom 14. Dezember 1946 veröffentlichte Verordnung, wonach das Fermentieren und Schneiden von Kleinpflanzertabak in Lohn verboten und eine Sammelstelle zur Ablieferung solchen Tabaks errichtet wurde, wird dahin ergänzt, daß diese Verordnung nur bei Anbau von mehr als 50 Pflanzen in Frage kommt.

Der Änderungsantrag Dr. Gundhammer und Fraktion lautet:

Die Verordnung des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft vom 14. Dezember 1946 wird insoweit aufgehoben, als der Inhalt dieser Verordnung nur bei Anbau von mehr als 200 Tabakpflanzen in Frage kommt.

Es besteht also ein Unterschied zwischen 50 und 200 Pflanzen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Dr. Gundhammer und Fraktion abstimmen. — Wer dem Antrag zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen. Damit ist der Ausschußantrag erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

**Antrag Held und Genossen betreffend Bedrohung der Hühnerbestände in der Oberpfalz durch Fälsche (Beilagen 511 und 853).**

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Zehner. Ich erteile ihr das Wort.

**Zehner (CSU) [Berichterstatterin]:** Der Antrag des Ausschusses lautet:

Die Hühnerbestände in Bayern werden schwerstens von den Fälschen und anderem Raubwild heimgejagt. Ganze Dörfer melden Ausfälle von 60 und mehr Stück.

Die Staatsregierung wird ersucht, umgehend mit der Militärregierung über Maßnahmen zu verhandeln, die geeignet sind, diesen Übelstand im Interesse der Eierwirtschaft und der Hühnerhalter abzustellen.

Über diese Frage wurde in diesem Hause schon oft gesprochen. Der Antrag wurde im Ausschuß einstimmig angenommen. Ich bitte das hohe Haus, sich diesem Beschluß anzuschließen.

**Präsident:** Die Frau Kollegin Zehner hat den Antrag des Ausschusses bereits zur Verlesung gebracht. Ich kann mir also die Verlesung ersparen. — Nachdem der Antrag im Ausschuß einstimmige Annahme gefunden hat und auch hier im Hause kein Widerspruch erfolgt, ist der Antrag einstimmig angenommen. Ich stelle das fest. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Es folgt der nächste Gegenstand.

**Antrag der Abgeordneten Stoc und Genossen betreffend Ausbau des Referats für landwirtschaftliches Maschinenwesen im Landwirtschaftsministerium (Beilagen 663 und 854).**

(Präsident)

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Maag. — Ich erteile ihm das Wort.

**Maag (SPD)** [Berichterstatter]: Hohes Haus! Der Antrag wurde im Ausschuß durchbesprochen. Sowohl der Berichterstatter wie der Mitberichterstatter haben ihre Zustimmung gegeben. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und damit begründet, wie ich heute früh schon in meinem Referat ausgeführt habe, daß gerade das landwirtschaftliche Maschinenwesen sehr gefördert und vom Landwirtschaftsministerium ein Preisauschreiben für einen vernünftigen Traktor, der für alle Mittelbetriebe gangbar ist, veranstaltet werden müsse. Ich bitte auch Sie, dem Antrag zuzustimmen.

**Präsident:** Ein Widerspruch aus dem Hause erfolgt nicht. Ich stelle die Zustimmung zum Antrag nach Beilage 663 fest. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand:

**Antrag der Abgeordneten Stoß und Genossen betreffend Abgabe von Lebensmittelfkarten an asoziale Elemente** (Beilagen 664 und 855).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Fischer Wilhelm. Ich erteile ihm das Wort.

**Fischer Wilhelm (SPD)** [Berichterstatter]: Die Begründung des Antrags ist eigentlich heute in der Debatte schon gegeben worden. Auch dieser Antrag nach Beilage 664 ist vom Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen einstimmig angenommen worden. Insbesondere ist von den Rednern der verschiedenen Parteien hervorgehoben worden, daß die Maßnahmen der Stadt München als besonders nachahmenswert zu empfehlen sind. Auch der Regierungsvertreter hat erklärt, daß in dieser Beziehung bereits Bemühungen des Ministeriums vorliegen, um eine schärfere Erfassung oder Ausscheidung der asozialen Elemente zu erreichen. Auch hinsichtlich der Frage, wie man den Personenkreis der Selbstversorger von den nicht tatsächlich in der Landwirtschaft Beschäftigten säubern könne, sind Vorschläge in der Richtung gemacht worden, die Landesprüfer des Ernährungsministeriums anzuweisen, bei der Prüfung der Ernährungsämter A eine schärfere Handhabung vorzunehmen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Ich bitte Sie deshalb ebenfalls, diesem Antrag des Ausschusses zuzustimmen.

**Präsident:** Der Antrag ist in Beilage 664 abgedruckt. Er hat die Zustimmung des Ausschusses gefunden. Wenn ich keinen Widerspruch höre, stelle ich auch die einhellige Zustimmung des Hauses fest. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

#### Anträge der Abgeordneten

1. **Stoß und Genossen** betreffend Regelung für das Weiden und Streugewinnen in Wäldern und Südländern (Beilage 666),
2. **Bezold Otto und Genossen** betreffend Einfuhr von Kraftfuttermitteln für die durch die Dürre besonders betroffene Landwirtschaft (Beilage 684),
3. **Guth und Genossen** betreffend Abgabe von Waldstreu aus Staatsforstbetrieben in Gebieten, die außerordentlich von der Dürre betroffen sind (Beilage 703),
4. **Ragengast und Genossen** betreffend Behebung der durch die Dürre in Franken aufgetretenen Futternot (Beilage 704),
5. **Sühler, Zeißlein, Guth und Genossen** betreffend Maßnahmen zur Behebung der katastrophalen Notlage der Landwirtschaft (Beilage 706).

Abgeordneter Kraus ist Berichterstatter. — Ich erteile ihm das Wort.

**Kraus (CSU)** [Berichterstatter]: Hohes Haus! Der Herr Präsident hat die Anträge verlesen. Die Sache wurde im Ausschuß durchbesprochen und es wurde versichert, daß in der Streugewinnung alles unternommen worden ist, was möglich war. Es soll mit den Privatwaldbesitzern verhandelt werden, daß auch in deren Wäldern die Streugewinnung

vorgenommen werden kann. Ferner soll das Ministerium versuchen, die Gebiete, die besonders von der Dürre betroffen worden sind, mit Kunstdünger und Kraftfuttermitteln besser zu versorgen. Die Anträge wurden durch den Ausschuß einstimmig angenommen. Ich bitte das Haus, das gleiche zu tun.

**Präsident:** Es handelt sich hier um die in Beilage 856 aufgeführten Anträge, wobei der Ausschuß Zustimmung zu sämtlichen Anträgen beantragt. Es sind die Anträge auf den Beilagen 666, 684, 703, 704 und 706. — Ein Widerspruch auf dem Hause erfolgt nicht. Ich stelle die Zustimmung zu den genannten Anträgen fest.

Wir kommen zum

**Antrag der Abgeordneten Weiglein und Genossen betreffend Entschädigung der Bauern für den durch die angeordnete Schweinebestandsverminderung entstandenen Schaden** (Beilage 857).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Vogl; ich erteile ihm das Wort.

**Vogl (SPD)** [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß im Juli des heurigen Jahres durch die Schweineaktion sehr viele Bauern um ihr Geld, das sie so sauer verdienen müssen, betrogen worden sind.

In sehr vielen Fällen hat die Landwirtschaft diese Ferkel damals um den Preis von 3 Mark pro Kilogramm gekauft, und für 1,20 Mark mußten diese Ferkel wieder abgeliefert werden. Es sind auch andere Fälle bekannt, in denen die Bauern überhaupt kein Geld für ihre Schweine erhalten haben, die auf dem Transport verschwunden sind. Des Weiteren sind sehr viele Schweinezüchter da, die die Schweine vom Zuchterband für 900 bis 1000 Mark gekauft hatten und bei der Ablieferung einen Preis von 150 bis 200 Mark erhielten.

Der Antrag wurde im Ausschuß einstimmig angenommen und ich bitte auch um Ihre Zustimmung.

**Präsident:** Der Antrag ist abgedruckt auf Beilage 812 und hat die Zustimmung des Ausschusses gefunden. — Ich stelle auch die Zustimmung des Plenums fest; es ist so beschlossen.

Dann ist hier noch einschlägig — das ist auf der Tagesordnung nicht richtig vermerkt — der

**Antrag der Abgeordneten Stoß und Genossen betreffend Einspruch gegen die Ernennung von Schlange-Schöningen und Frohne zu Direktoren beim Wirtschaftsrat** (Beilage 733).

Wir behandeln den Antrag heute nur, soweit er Schlange-Schöningen betrifft.

Ich erteile dem Berichterstatter, Abgeordneten Gehring, das Wort.

**Gehring (CSU)** [Berichterstatter]: In seiner 19. Sitzung vom 30. September 1947 hat der Ausschuß für Wirtschaftspragen den vorliegenden Antrag behandelt.

Der Berichterstatter stellte zunächst die Kompetenz des Bayerischen Landtags in dieser Sache in Frage. Der Mitberichterstatter ersuchte um Zustimmung zu dem Antrag, der nur zur Unterstützung des betreffenden Teils der Abgeordneten des Wirtschaftsrats dienen solle. Schlange-Schöningen sei wegen seiner Tendenzen und seiner politischen Belastungen aus der Vergangenheit, Frohne aus dem letzten Grunde untragbar. Auch der Abgeordnete Emmert nahm gegen eine Einmischung des Bayerischen Landtags in diese Angelegenheit des Wirtschaftsrats Stellung. Abgeordneter Weidner schloß sich im Namen seiner Partei diesem Standpunkt an. Der Vorsitzende erkannte zwar die Berechtigung des Antrags an, hielt aber hierfür den Landwirtschaftsausschuß für zuständig. Abgeordneter Piechl war der gleichen Meinung. Der Abgeordnete Stinglwagner widersprach dem Vorsitzenden, da der Antrag ausdrücklich auf die politische Vergangenheit abgestellt ist. Der Antrag sei deshalb abzulehnen, weil er die Kompetenz des Landtags überschreite. Abgeordneter Frischent äußerte sich im gleichen Sinne. Das Recht der Kritik an Schlange-Schöningen könne vom Landtag ja im Rahmen einer allgemeinen Wirtschafts- und Ernährungsdebatte geübt werden.

Abgeordneter Bodesheim machte darauf aufmerksam, daß auch der Verkehrsdirektor in dem Antrag erwähnt ist. Der Vorsitzende bemerkte, der Antrag solle lediglich den bayerischen Vertretern im Wirtschaftsrat zur Information dienen.

(Gehring [CSU])

Der Mitberichtersteller hielt an seiner Auffassung fest und erinnerte an den Fall von Dr. Ugark, wo der Bayerische Landtag auch das Recht der Kritik in Anspruch genommen habe.

Der Berichtersteller beantragte mit der vom Abgeordneten Emmert gegebenen Begründung Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuß hat so beschlossen.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Stock hat das Wort.

**Stock (SPD):** Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat unterm 28. August 1947 folgenden Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag erklärt, daß die Ernennung Schlange-Schönningens zum Direktor des Ernährungsamtes beim Wirtschaftsrat im Hinblick auf die politische Vergangenheit Schlange-Schönningens für das bayerische Volk nicht tragbar ist.

Ich möchte den anderen Absatz, der den Direktor Frohne betrifft, weglassen, weil der bei der Beratung des Stats des Verkehrsministeriums behandelt werden soll. Meine Herren, ich erwähne das deshalb, weil nicht der Verdacht entstehen soll, daß wir hier wiederum zurückfallen in die Kartoffeldebatte. Das hat damit nichts zu tun; denn diesem Antrag, der am 28. August 1947 gestellt worden war, ging ein Antrag voraus, der von der sozialdemokratischen Fraktion des Parlamentarischen Rats beim Länderrat gestellt wurde und folgenden Wortlaut hatte:

Der Parlamentarische Rat beim Länderrat in Stuttgart hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß Dr. Schlange-Schönning, Hamburg, zum Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Wirtschaftsrats gewählt wurde. Dr. Schlange-Schönning war in der Zeit der Weimarer Republik maßgebendes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, hat als solches gegen die Weimarer Republik scharf Stellung genommen und mitgeholfen, daß die Nazis zur Macht kommen konnten. Das deutsche Volk kann es nicht verstehen, daß ein solcher Mann heute eine der wichtigsten Stellen im Wirtschaftsrat bekleidet.

Der Parlamentarische Rat beim Länderrat spricht Dr. Schlange-Schönning sein schärfstes Mißtrauen aus. Der Parlamentarische Rat erwartet, daß als Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beim Wirtschaftsrat ein Mann gewählt wird, der auf Grund seiner Befähigung und seiner politischen Vergangenheit alle Gewähr bietet, die ungeheuren Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Ernährung zu meistern.

Meine Damen und Herren! Über diesen Antrag hat sich im Parlamentarischen Rat beim Länderrat eine Debatte entwickelt. In dieser Debatte wurde fast einmütig bedauert, daß Herr Schlange-Schönning als Direktor des Ernährungsamtes in Frankfurt gewählt wurde. Nur auf Grund einer Mitteilung des Herrn Generalsekretärs Rohmann, der erklärte, daß der Parlamentarische Rat beim Länderrat für diese Angelegenheit nicht zuständig sei, wurde darüber nicht abgestimmt. Er erklärte, der Parlamentarische Rat sei deshalb nicht zuständig, weil der Direktor für Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt dem Länderrat keine Weisungen zu geben habe, währenddem — das haben wir ja gesehen — der Direktor des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft Weisungen an die Länder geben kann und gegeben hat. Aus dem Grund haben wir dann diesen Antrag hier im Landtag gestellt.

Nun weiß ich, nachdem der Ausschuß zur Ablehnung unseres Antrags kam, nicht, ob den Herren Kollegen im Ausschuß bekannt war, wie sich Herr Schlange-Schönning in der Vergangenheit gegenüber der Weimarer Republik benommen hat. Ich möchte Sie nicht allzu lange aufhalten; leider haben sich ja auch die Siebreihen bei den Herren Kollegen sehr gelichtet. Er hat am 11. August 1928 einen Artikel geschrieben, der in der „Oberhessischen Bauernzeitung“, dem Organ des hessischen Bauernverbandes, erschienen ist und folgenden Wortlaut hatte — ich bitte genau Obacht zu geben, welsch exemplarische Sätze darin enthalten sind —:

Wer den heutigen Parlamentarismus beobachtet in seinen Irrungen und Wirrungen, seinen unziemlichen wirtschaftlichen Interessenkämpfen, seinem wilden Auseinanderplätzen von Parteimeinungen in kleinen Dingen, der zieht Vergleiche und sieht, daß dies grenzenlos zerrissene Volk nicht so sehr zugrunde geht am Feind, sondern an sich selbst, das heißt an dem System, das es sich hat aufdrängen lassen und mit deutscher Gründlichkeit in Reinkultur exerziert. So brauchen wir Deutschnationalen uns nicht den Kopf zu zerbrechen. Wir sind und bleiben Monarchisten sowohl aus Gefühl wie aus Verstand.

Mit gleicher Deutlichkeit muß aber doch wohl ausgesprochen werden, daß es sich im Augenblick um etwas Dringendes handelt. Die Monarchie als die dem deutschen Volk wesensnotwendige Lebensform wird nicht wiederkehren durch Volksversammlungen und parlamentarische Abstimmungen, sondern nur durch eine neue weltgeschichtliche Erschütterung schwerster Art,

(hört, hört!)

die endgültig über Deutschlands Sein oder Nichtsein entscheidet. Die Nation für diesen sicher kommenden Augenblick mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften bereit zu halten, das ist meinem Gefühl nach die historische Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei. Darin liegt die größte Idee, die ein geknechtetes Volk überhaupt haben kann: Die Befreiung aus eigener Kraft, nicht durch Feindes Gnade.

Meine Damen und Herren, diese große Idee und dieses große Ereignis, das Herr Schlange-Schönning 1928 in der Oberhessischen Volkszeitung niedergelegt hat, haben wir erlebt.

(Zuruf: Gründlich!)

Wir haben es gründlich erlebt, meine Damen und Herren. Wir sehen die Trümmer; wir sehen 39 Millionen tote; wir sehen 20 Millionen Krüppel. Das ist die Gründlichkeit, mit der Herr Schlange-Schönning seinerzeit 1928 das Nazistystem herbeigeführt hat.

(Zuruf von der CSU: Herr Kollege Stock, was sagt denn die Befugungsmacht?)

— Meine Damen und Herren, ich kann dabei nicht nach der Befugungsmacht fragen, sondern ich habe selbst politische Verantwortung und muß, wenn mir das bekannt wird, danach handeln. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

(Krempel: Herr Stock, ist das Nazistystem mit der Monarchie gleich? — Gegenruf Dr. Hoegner: Durch die Deutschnationalen sind die Nazis zur Macht gekommen!)

— Herr Kollege Krempel, wenn Sie Obacht gegeben hätten, hätten Sie gemerkt, daß er ja noch etwas anderes schrieb neben der Monarchie.

(Zuruf von der SPD: Harzburger Front!)

Er schrieb den Satz:

Die Nation für diesen sicher kommenden Augenblick mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften bereit zu halten, das ist meinem Gefühl nach die historische Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei.

(Zuruf: Kriegsheker!)

Und was war dies?

Darum ist die Frage so ungeheuer ernst: Kleine Rechte mit stärkster Kritik an den Fehlern des heutigen Systems und Mißhoß aller derer, die die tägliche Betonung einer selbstverständlichen Gesinnungstreue nicht für der politischen Weisheit letzten Schluß ansehen, oder große Rechte, die an sich heranziehen, was irgendwo denselben Zielen zutreibt?

Meine Damen und Herren! Ich glaube, deutlicher konnte Herr Schlange-Schönning sich im Jahre 1928 nicht ausdrücken. Damit hat er verlangt, daß eben der Nationalsozialismus mit an die Macht gezogen wird, damit hat er das verlangt, was sich dann am 30. Januar 1933 ergeben hat, und damit ist er mit schuldig an dem Unglück, das heute uns Deutsche alle betrifft. Daher, glaube ich, ist es notwendig, daß der Bayerische Landtag in seiner Gesamtheit unserem Antrag seine Zustimmung gibt.

(Sehr richtig!)

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. **Gundhammer**.

**Dr. Gundhammer (CEU):** Hohes Haus! Die Frankfurter Institution hat in der Öffentlichkeit, insbesondere bei uns in Bayern, von Anfang an schwere Bedenken hervorgerufen und in ihrer bisherigen Tätigkeit Anlaß zu einer außerordentlich lebhaften Kritik gegeben. Eine der Persönlichkeiten in Frankfurt, die am schärfsten auf den öffentlichen Widerstand gestoßen sind, war Herr Schlange-Schöninggen.

Wir sind hier aber nicht die Institution, welche den Herrn Schlange-Schöninggen eingeseht hat; wird sind auch nicht die Institution, welche ihn absetzen kann. Und ich glaube, man wird sich den schon im Landtagsausschuß vorgebrachten Bedenken gegen eine Abstimmung über einen solchen Antrag nicht verschließen können.

Wir haben im Bayerischen Landtag einen Ausschuß, der interzonale Fragen zu behandeln hat. Dort wäre vielleicht über die Angelegenheit zu sprechen und es wäre Fühlung zu nehmen mit den Abgeordneten, welche in Frankfurt Bayern vertreten. Deren Sache ist es, in Frankfurt zu diesem Problem Stellung zu nehmen.

Wir werden deshalb von meiner Fraktion aus, wenigstens von der großen Mehrheit aus, diesem Antrag nicht zustimmen können.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. **Dehler**.

**Dr. Dehler (SPD):** Meine Damen und Herren! Ich habe schon damals im Parlamentarischen Rat beim Länderrat die Diskussion mit Herrn Kollegen Stock geführt. Es ist nicht ganz so, wie er die Dinge heute dargestellt hat. Die Diskussion ist damals bewegtsächlich geführt worden, und am Ende hat Herr Kollege Stock den Antrag der SPD im wesentlichen zurückgezogen, schon in der Hauptsache deswegen, weil er nicht durchgedrungen wäre.

Ich habe schon damals den Standpunkt vertreten: Man kann über einen Politiker in seiner Abwesenheit nicht beschließen. Das ist doch eine Unmöglichkeit. Ich darf vielleicht einmal salvtierend von vornherein sagen: Wir liegt es vollkommen ferne, mich für einen Deutschnationalen einzusehen. Ich decke durchaus das, was der Herr Kollege soeben gesagt hat, nämlich daß die Deutschnationalen politisch wesentlich Schuld an dem Sieg des Nationalsozialismus tragen,

(sehr richtig!)

daß wir jetzt bei unseren Auseinandersetzungen vor allem mit dem deutschnationalen Geist zu rechten haben.

Der Herr Kollege Wimmer hat vorhin, nachdem der Herr Kollege Stock die Äußerung des Herrn Dr. Schlange-Schöninggen vom Jahre 1928 vorgelesen hatte, von der Harzburger Front gesprochen. Ja, meine Damen und Herren, wer von Ihnen weiß denn nicht, daß Schlange-Schöninggen nicht an der Harzburger Front teilgenommen, sondern sich von der deutschnationalen Partei losgesagt hat? Er hat ja gar nicht mitgetan. Lesen Sie seine Schrift „Am Tage danach“! Ich brauche ihn nicht zu verteidigen. Er war der Mann, der sich von den Deutschnationalen getrennt hat und mit Treviranus und anderen Leuten ins Kabinett Brüning gegangen ist, der dann in klarer Opposition zum Kabinett Papen gestanden hat. Sie können doch einen Mann nicht beurteilen nach einer Erklärung, die im Jahre 1928 fiel, und können seine spätere politische Tätigkeit nicht vollkommen wegschieben. Auf jeden Fall war Schlange-Schöninggen von 1931 an ein ausgeprägter Gegner der Partei, von der er sich getrennt hat, von der er ausgeschieden ist, und war ein Mann Brünings. Er war kein Teilhaber an dem Unheil, das damals in Harzburg beschlossen worden ist.

Aber das nur als Beispiel. Man kann hier in unserem Rahmen nicht über einen Mann rechten, ohne daß man ihn hört. Das ist das primitivste Erfordernis einer Fairness. Ich spreche dem Bayerischen Landtag nicht das Recht ab, sich über alle Persönlichkeiten, die politisch tätig sind, auch zu äußern. Schlange-Schöninggen ist eine politische Persönlichkeit. Der Wirtschaftsrat ist kein Parlament im Sinne der Demokratie. Darum, glaube ich, haben wir auch das Recht, zu sagen: Der Mann ist uns nicht genehm. Aber wenn wir das tun wollen, dann müssen wir ihn hierher zitieren.

(Stock: Das geht doch nicht!)

— Herr Kollege Stock, wie wollen Sie darüber urteilen auf Grund eines Zeitungsartikels und sagen, ein Mann sei nicht fähig, einen politischen Posten auszufüllen? Das ist doch unmöglich. So geht es doch nicht.

Ich bin nicht der Meinung, die der Kollege Dr. Gundhammer hier vertreten hat, daß wir nicht zuständig seien. Nein: es gibt nur Demokratie im Rahmen der Länder, sonst gibt es keine.

(Stock: Sehr gut!)

Die mittlere Instanz, die der Wirtschaftsrat darstellt, ist keine demokratische Institution. Deshalb reklamiere ich für uns das Recht, auch über Persönlichkeiten zu urteilen, die vom Wirtschaftsrat aufgestellt worden sind. Aber wir können das nicht in der Form machen, in der es hier versucht wurde. Es würde ein bitteres Unrecht sein, jetzt einen Mann auf Grund eines dürftigen Materials kaltzustellen. Zumindest müßten wir einen Untersuchungsausschuß bestellen, der versucht, Herrn Schlange-Schöninggen zur Rechenschaft zu ziehen und sich von ihm Material geben zu lassen. So, wie der Antrag gestellt ist, ist er nach meiner Meinung unbedingt abzulehnen.

**Präsident:** Damit ist die Rednerliste geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den ersten Teil des Antrags auf Beilage 660. Er lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag erklärt, daß die Ernennung Schlange-Schöninggens zum Direktor des Ernährungsamtes beim Wirtschaftsrat im Hinblick auf die politische Vergangenheit Schlange-Schöninggens für das bayerische Volk nicht tragbar ist.

Der Antrag des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art lautet auf Ablehnung.

Wer dem Ausschußantrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das Präsidium ist der Meinung, daß die Mehrheit steht. Der Antrag des Ausschusses ist also angenommen; der Antrag auf Beilage 660 in seinem ersten Teil ist abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Nun möchte ich noch gerne erledigen die

Mündlichen Berichte des Ausschusses für die Geschäftsordnung zu den Schreiben

- des Abgeordneten Pöschel vom 4. November 1947 betreffend Aufhebung seiner Immunität (Beilage 864);
- des Staatsministeriums der Justiz vom 14. November 1947 betreffend Strafverfolgung des Abgeordneten Meißner (Beilage 865).

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. **Hille**.

Nachdem der Geschäftsordnungsausschuß in beiden Fällen beschlossen hat, den Anträgen nicht stattzugeben, wird es ja nicht lange dauern, Herr Abgeordneter Dr. Hille.

**Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter]:** Meine Herren, ich bin doch der Meinung, daß wir die Materie morgen früh als ersten Punkt behandeln.

(Zustimmende Zurufe.)

Es muß hier etwas Grundsätzliches gesagt werden; wir können das nicht unterdrücken.

**Präsident:** — Gut, Herr Kollege Hille; dann wollen wir gar nicht weiter reden. Wir setzen das dann morgen als ersten Punkt auf die Tagesordnung. Das Haus ist damit einverstanden.

Morgige Tagesordnung also — einen Moment noch! — die Berichte des Ausschusses für die Geschäftsordnung und dann weiter der Mündliche Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft.

Die Sitzung wird für morgen früh 9 Uhr anberaumt. Ich bitte, morgen früh pünktlich um 9 Uhr zu kommen.

Jetzt tagt anschließend noch schnell der Ältestenrat.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 41 Minuten.)

